Inländer gegenüber Immigranten benachteiligt S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 50 – 11. Dezember 2015

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Brüssel ignoriert die Signale der Völker: Marine Le Pen, Chefin des Front National, vor jubelnden Anhängern auf Korsika Bild: Getty

EU in Lebensgefahr

Die ideologische Verblendung der Polit-Eliten treibt Europa in die Spaltung

Nationalisten siegen in Frankreich, eine Mehrheit der Briten votiert für den EU-Austritt: Bringt die Asylflut das Ende der Europäischen Union?

Eigentlich war es eine Randnotiz, und doch warf die Szene ein grelles Licht auf das Ausmaß der Existenzkrise, in welche die Europäische Union schlittert: Mit lauten Parolen schrien sich dänische und deutsche Demonstranten über die Grenze bei Flensburg hinweg gegenseitig an, rund 50 auf der dänischen, etwa die doppelte Menge auf der deutschen Seite.

Die Dänen wollten bessere Grenzsicherung, um ihr Land vor der Asylflut zu schützen. Die Deutschen brüllten dagegen die Parole „Wir bleiben offen!" Unwillkürlich schießen dem Betrachter da die Schwarz-Weiß-Bilder deutscher und französischer Studenten durch den Kopf, die in den 50er Jahren zur Grenze stürmten, um die Schlagbäume wegzureißen und ein Fest der europäischen Eintracht zu feiern. 60 Jahre später stehen sich Europas Bürger verständnislos an der Grenze gegenüber. Soweit ist es gekommen.

Merkels Politik der uferlosen Öffnung Deutschlands für alle Elenden und Hoffnungslosen dieser Erde treibt sich wie ein Sargnagel immer tiefer in die Idee der europäischen Einheit. Diese Öffnung hat dazu geführt, dass im November bei einer Umfrage erstmals eine Mehrheit der Briten für den Austritt ihres Landes aus der EU votiert hat. 2016 oder 2017 wird es dazu eine Volksabstimmung geben. Der Sieg der Nationalen Front bei den französischen Regionalwahlen wird ebenso wesentlich auf die Asylpolitik zurückgeführt. In Calais, wo sich Tausende tummeln, die nach England wollen, hat Marine Le Pen die absolute Mehrheit errungen.

> Brüssel antwortet mit Ermahnungen und Drohungen

Wo schon der Euro tiefe Risse in der Einheit der Europäer hinterlassen hat, droht ihr die obergrenzenlose Öffnung für Zuwanderer nun den Rest zu geben. So vollendet die ideologische Verblendung der herrschenden Eliten Europas ihr Werk der Zerstörung einer grandiosen Idee.

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz räumt selbst ein, wie ernst die Lage ist: „Die Europäische Union ist in Gefahr. Niemand kann sagen, ob es die EU in zehn Jahren noch geben wird", warnt er in einem Interview. Leider aber zieht er die völlig falschen Schlüsse. Nicht die EU versage, so Schulz, sondern Mitgliedstaaten, die ihre Grenzen wieder selbst schützen und der EU Rechte zugunsten von mehr nationaler Eigenständigkeit entziehen wollen.

Damit dokumentiert er, stellvertretend für seine Standesgenossen in Brüssel, Berlin und anderswo, dass er nichts verstanden hat und sogar im Begriff ist, die Spaltung Europas noch weiter voranzutreiben. Der Ruf nach mehr Eigenständigkeit ist die Antwort auf die Unbelehrbarkeit der Tonangeber in der EU. Auf die Abwehrhaltung in immer mehr Ländern aber antwortet Brüssel mit Ermahnungen und Drohungen. Damit wird alles noch schlimmer gemacht. Einsicht? Umkehr? Fehlanzeige. Somit scheint der Weg in den Abgrund vorgezeichnet zu sein. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Einfach grotesk

Auf den Bundestag ist Verlass. Solidarisch, bündnistreu und ohne ein entsprechendes UN-Mandat hat er den „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung Frankreichs, des Irak und der internationalen Allianz zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch den IS" beschlossen. Mit anderen Worten: Wieder einmal schickt er Soldaten ohne ein strategisches Konzept in den Einsatz. Denn die Politik hat sich darum gedrückt, zu definieren, welche deutschen Interessen mit dem Einsatz vertreten werden sollen, und klare Ziele in diesem „Krieg gegen den Terror" zu formulieren. Stattdessen hören wir altbekannte Floskeln über die Verantwortung für den Frieden in der Welt. Bevor die Regierung aber Soldaten in den Krieg schickt, muss sie ein sicherheitspolitisches Konzept vorlegen. Das ist sie vor allem den Soldaten selbst schuldig, denn die sollten wenigstens wissen, wofür sie ihre Haut zu Markte tragen.

Überhaupt ist die ganze Situation einfach grotesk. Da kommt eine ganze Armee Syrer in unser Land, die meisten männlich, jung, gesund und damit wehrdienstfähig. Aus ihnen ließe sich eine Streitmacht gegen den IS aufstellen, deren Stärke jener der gesamten Bundeswehr in deren besten Zeiten entspräche. Da es sich überwiegend um Fachkräfte handeln soll, darf bei ihnen ein hohes Maß an Intelligenz und Lernfähigkeit vorausgesetzt werden. Dementsprechend dürften sie innerhalb kurzer Zeit zu einsatzfähigen Soldaten ausgebildet werden können. Doch die jungen Syrer legen sich lieber in Deutschland in die soziale Hängematte, statt ihre Heimat gegen die Mordbanden des IS zu verteidigen. Das überlassen sie gern jungen deutschen Soldaten. Der Bundestag macht's möglich.

Gefahrenabwehr »praktisch lahmgelegt«

Gewerkschaft der Polizei kritisiert Grenzregime und Geheimabsprachen mit Wien

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) übt massive Kritik an dem seit Wiedereinführung der Grenzkontrollen zu Österreich politisch festgelegten Grenzregime. In einer Pressemitteilung dazu heißt es, ein Großteil der aus Österreich Einreisenden könne sich nicht mit einem Pass legitimieren. Diese Zuwanderer müssten von Gesetzes wegen durch die Bundespolizei befragt, erkennungsdienstlich behandelt und mit einer Strafanzeige wegen unerlaubter Einreise bedacht werden. Das passiere aber nur bei den wenigsten, denn dafür habe die Bundespolizei „einfach zu wenig Personal". Unter den gegenwärtigen Bedingungen seien die Strafverfolgung und die Gefahrenabwehr „praktisch lahmgelegt", kritisiert Jörg Radek, der Vorsitzende der GdP Bundespolizei. „Wir wissen nach wie vor kaum, wer in unser Land kommt. Viele Kolleginnen und Kollegen sind verunsichert, welchen Flüchtling sie in ein Strafverfahren bringen sollen und welchen nicht", so Radek weiter.

> Behörden haben Überblick verloren

Obwohl für alle unerlaubt Einreisenden das gleiche Strafrecht gelte, müsse nur ein Bruchteil damit rechnen, polizeilich erfasst zu werden. Im Grunde sei es purer Zufall, welcher Zuwanderer eine Anzeige erhalte und welcher nicht. Das sei für Polizeibeamte „schwer zu verdauen". Laut GdP ist die Bundespolizei zu großen Teilen mit Aufgaben der „humanitären Betreuung und Behandlung" der Zuwanderer befasst, die „nichts mit der Polizei zu tun" hätten und auch von anderen Organisationen geleistet werden könnten. Die Aufgaben der Grenzüberwachung, insbesondere die gesetzliche Aufgabe der Unterbindung der unerlaubten Einreisen dürften jedoch nicht nachrangig werden.

Die GdP unterstützt daher die Forderungen nach „besseren Identitätsfeststellungen". Sie hat sich damit direkt an die Bundeskanzlerin gewandt, weil das Kanzleramt „die Kompetenzen in dieser Sache an sich gezogen" habe. Sie fordert von der Bundesregierung, Vereinbarungen mit den Nachbarstaaten zu treffen, die nur noch die Überstellung von zuvor dort namentlich erfassten und identifizierten Personen zulassen. Auch müssten die bisher nicht bekannt gemachten Vereinbarungen mit Österreich zügig veröffentlicht werden, um Rechtssicherheit für die Beamten herzustellen. „Wenn die Bundesregierung wieder mit der Schleuserbekämpfung anfangen möchte, sollte sie auch die polizeilichen Arbeitsbedingungen dazu schaffen", so Radek abschließend. *J.H.*

NPD vor Verbot?

Verfassungsgericht eröffnet Hauptverfahren

Mit der Eröffnung des Hauptsacheverfahrens wird ein Verbot der NPD durch das Bundesverfassungsgericht wahrscheinlicher. In seinem Verbotsantrag versucht der Bundesrat, der NPD eine „Wesensverwandtschaft" mit der NSDAP nachzuweisen. Außerdem werden Äußerungen von führenden NPD-Mitgliedern angeführt, wonach die parlamentarische Demokratie „überwunden" und „abgeschafft" werden müsse. Die Länderkammer führt weiter an, dass die NPD vor allem „in bestimmten Gegenden Ostdeutschlands" durch Einschüchterung und Bedrohung eine „Atmosphäre der Angst" schaffe. Weiter will der Bundesrat belegen, dass die NPD Asylbewerbern die Menschenwürde absprechen und nicht vor Gewaltanwendung zurückschrecke.

Der erste Versuch, die NPD zu verbieten, war 2003 vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert, weil dieses kein rechtsstaatliches Verfahren gewährleistet sah. Grund war der Verdacht, vom Staat bezahlte V-Leute könnten für das Handeln der Partei mitverantwortlich sein. Im derzeitigen Verfahren hat der Bundesrat erklärt, die V-Leute seien abgezogen worden, und die auf Verlangen des Gerichts nähere Informationen dazu vorgelegt. Letztendlich könnte ein Verbot der NPD am Europäischen Gerichtshof scheitern, der ein Verbot nur als verhältnismäßig einstuft, wenn eine Partei tatsächlich Einfluss hat. *U.M.*

MELDUNG

Absage an Polit-Theater

Hamburg – Der renommierte lettische Theaterregisseur Alvis Hermanis hat seine für April 2016 angekündigte Inszenierung „Russland.Endspiele“ am Thalia Theater Hamburg abgesagt. Als Grund gab die Theaterleitung in einer Pressemitteilung an, dass Hermanis nicht mit dem „humanitären Engagement des Thalia Theaters für Flüchtlinge“ in Verbindung gebracht werden wolle. In indirekter Rede, die suggeriert, Hermanis Worte wiederzugeben, heißt es in der Presseerklärung: „Die deutsche Begeisterung, die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen, sei extrem gefährlich für ganz Europa, weil unter ihnen Terroristen seien. Und niemand könne die Guten von den Schlechten trennen. Eine gleichzeitige Unterstützung von Terroristen und den Pariser Opfern schließe sich aus. Zwar seien nicht alle Flüchtlinge Terroristen, aber alle Terroristen seien Flüchtlinge oder deren Kinder. Die Anschläge von Paris zeigten, dass wir mitten im Krieg seien. In jedem Krieg müsse man sich für eine Seite entscheiden, er und das Thalia Theater stünden auf entgegengesetzten. Die Zeiten der political correctness seien vorbei.“

Hermanis wirft dem Thalia-Intendanten Joachim Lux vor, seine Äußerungen manipuliert und aus dem Zusammenhang gerissen zu haben. Allerdings sei er in der Tat nicht bereit, an einem Theater zu arbeiten, das sich als „Refugee-Welcome-Center“ identifiziere. Das humanitäre Engagement des Hauses zwischen Spendenaufrufen und einem ästhetischen Schwerpunkt mit Inszenierungen, wo neben den Schauspielern Dutzende Flüchtlinge die Bühne bevölkern, sei befremdlich und falsch. Damit wolle er nichts zu tun haben. Ihm sei klar, dass „die Menschen vom Thalia“ nicht offen für gegensätzliche Meinungen seien. Lux widerspricht. Das Thalia sei ein „Ort des offenen gesellschaftlichen Diskurses“.

Das seit jeher linkslastige Staatstheater setzt sich nicht nur künstlerisch mit der Asylfrage auseinander, sondern veranstaltet beispielsweise auch Solidaritätsabende „für und mit den Flüchtlingen“. *J.H.*

PAZ: *Neue Preise ab 2016*

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die *PAZ* im Abonnement seit kurzem im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten.

Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2016 von zehn auf elf Euro im Monat, also 132 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 13,50 Euro monatlich (17,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* künftig 2,70 Euro. Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 7,25 Euro, als E-Paper kostet die *PAZ* dann 1,10 Euro im Monat.

Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

Versickernde Sintflut

Dank Treibhauseffekt schwelle der Meeresspiegel dramatisch an, heißt es – die Realität sieht anders aus

Auch beim UN-Klimagipfel in Paris zeigt sich: Zum Katastrophenszenario eines vom Menschen verursachten Klimawandels gehört stets der rasante Anstieg des Meeresspiegels. Ganze Länder soll er verschlingen und Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen machen. Nur: Es gibt zahllose Fakten, die eher das Gegenteil einer drohende Sintflut belegen.

Die Flut kommt. Höher und höher schrauben sich die Pegelstände. Schon bald werden sich auf der Hamburger Reeperbahn nur noch Makrelen und Plattfische vergnügen. Im Münchner Kaufhaus Oberpollinger werden Surfbretter zum Verkaufsschlager, weil's zum Strand nur noch zwei Gehminuten sind. – Und der „Spiegel“ hat's mal wieder vorhergesehen. Schon 1986 zeigte sein Titelbild einen Kölner Dom, der nur noch zur Hälfte aus dem Wasser ragt. Die klotzigen Buchstaben darunter künden von der „Klima-Katastrophe“.

Fast drei Jahrzehnte später schlägt die gleiche alptraumhafte Vorstellung immer noch hohe und höchste Wellen. Zwar kann man nach wie vor trockenen Fußes über die Reeperbahn gehen, aber der Alarmismus ist sogar noch schriller geworden. Vor allem, wenn sich rund 150 Staats- und Regierungschefs treffen, um in Paris beim 21. UN-Klimagipfel die Welt vor „Treibhauseffekt“ und „Selbstverbrennung“ zu bewahren (siehe *PAZ* 49, Seite 8). Mit biblischer Wucht branden die Hiobsbotschaften von der anstehenden Sintflut heran. Sie sind ein wichtiger Teil des Katastrophenszenarios und kommen so massiv und breitgestreut daher, dass es schwer fällt nicht daran zu glauben. Dabei zeigt gerade die Auseinandersetzung mit dem Thema Meerespiegel, wie viel Skepsis bei allen Aussagen der selbsternannten Klima-Security und Kohlendioxid-Polizei angebracht ist.

Ja, es stimmt, der Meeresspiegel steigt. Aber, er tut dies nachgewiesenermaßen seit 15 000 Jahren. Damals lag der Meeresspiegel um 140 Meter tiefer als heute. Er stieg an, als gegen Ende der letzten Eiszeit die Inlandsgletschermassen abschmolzen. Diese Entwicklung ist noch immer nicht zum Stillstand gekommen. Sie setzt sich fort, wenn auch mittlerweile stark abgebremst. Von 1600 – also bereits in vorindustrieller Zeit – bis heute ist die Nordsee um 135 Zentimeter gestiegen. Das sind etwa 34 Zentimeter pro Jahrhundert. Von 1900 bis 2000 stieg der Pegel in Cuhaven nur um 25 Zentimeter, also eher im unteren Randbereich der 100-Jahres-Schwankungen.

„Der Anstieg des Meeresspiegels erfolgte in den letzten 400 Jahren noch nie so langsam wie im 20. Jahrhundert“, stellt der Physiker und Metereologe Klaus-Eckart Puls, ehemals Leiter der Wetterämter in Essen und Leipzig, in einem Aufsatz fest. Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) hat aus der Beobachtung des Pegels in Norderney ebenfalls seine Schlüsse gezogen und konstatiert: „Ein beschleunigter Anstieg des Meeresspiegels kann nicht nachgewiesen werden.“

Das kann anderswo allerdings tatsächlich anders aussehen. 71 Prozent der Erde sind von Wasser bedeckt. Wer dessen Oberfläche genauer betrachtet, erlebt Überraschungen. So hat der Meeresspiegel keineswegs überall die gleiche Höhe. Ursache ist unter anderem die ungleichmäßige Verteilung dichter Gesteine im Erdinneren. Dadurch wird das Wasser unterschiedlich stark angezogen. Die Folge sind verblüffende Höhenunterschiede. Sie betragen zum Beispiel zwischen dem Südatlantik und dem Indischen Ozean 200 Meter.

Angeblich bedrohte Inselstaaten nehmen an Landmasse zu

Der Hamburger Professor für Küsteningenieurswesen Winfried Siefert stellte schon vor einigen Jahren fest: „Der Meeresspiegel entpuppt sich bei näherer Betrachtung immer mehr als eine rechnerische Krücke, unzulänglich und vor allem wenig aussagekräftig. Besonders, wenn er allein als Maßstab dienen soll. Oder wenn aus ihm Horrorszenarien abgeleitet werden.“

Zum Beispiel die Vorstellung, dass ganze Nationen in den steigenden Fluten versinken. Immer wieder genannt wird in diesem Zusammenhang Bangladesch. Das Land am rechten Rand des indischen Subkontinents liegt zu zehn Prozent nur einem Meter über dem mittleren Meeresniveau. Der „Spiegel“ verortete es in der „Todeszone des Klimawandels“. Besonders eifrige Katastrophen-Fans prognostizieren, das ganze Land könnte bis zum Ende des Jahrhunderts unter Wasser stehen.

Tatsächlich verliert Bangladesch kein Land an die Fluten, sondern gewinnt welches. Das stellte das Institut für Umwelt und Geographie mit Sitz in der Hauptstadt Dhaka fest. Es wertete die Satellitendaten mehrerer Jahrzehnte aus. Das Ergebnis: Bangladeschs Landmasse nimmt jährlich um 20 Quadratkilometer zu. Seit 1973 summierte sich der Landgewinn auf rund 1000 Quadratkilometer. Ursache sind unter anderem die großen Mengen Schwebstoffe, die von den Strömen Brahmaputra und Ganges in die Flussmündungen getragen werden. Dort lagern sie sich dann ab,

Ebenfalls über wachsenden Landbesitz können sich die Bewohner vieler südlicher Inselstaaten freuen, klammheimlich am besten, denn wie so viele Staaten fordern sie von den Industrienationen eine Menge Geld, um sich gegen den drohenden Klimawandel zu wappnen. Da kommt es gar nicht gut, wenn Wissenschaftler feststellen, dass beispielsweise einige der Fidschi-Inseln in den letzten Jahren um bis zu 30 Prozent gewachsen sind. Hier sind keine Schwebstoffe, sondern Korallen für den Landgewinn verantwortlich. Die koloniebildenden, kalkablagernden Nesseltiere scheren sich keinen Deut um angeblich steigende Meeresstände. Für sie zählt einzig die Realität knapp unter dem Meeresspiegel.

Frank Horns



Palmenwipfel auf den Malediven: Auch wenn die Fotoperspektive anderes nahelegt – Wissenschaftler fanden heraus, dass der Meeresspiegel im Indischen Ozean seit Mitte des letzten Jahrhunderts um bis zu fünf Zentimeter abgesungen ist Bild: pa

Putin wirbt um Auslandsrussen

Fünfter Weltkongress: Emigranten sollen sich zur Heimat bekennen und deren Poltik in der Diaspora vertreten

Anfang November fand in Moskau der „V. Weltkongress der russischen Landsleute im Ausland“ statt. 400 Delegierte, die beanspruchen, die dortigen russischen Gemeinschaften zu vertreten, waren aus 97 Ländern angereist.

Laut offiziellen Angaben soll es weltweit 30 bis 35 Millionen Russen im Ausland geben. Die Zahlen sind mehrdeutig, da Russen ethnisch gemischter Herkunft oder ehemalige russische Staatsbürger unterschiedlicher Nationalität, wie Ukrainer, Kasachen, Juden, Tataren und Kaukasier mit eingerechnet werden. Nach Schätzungen leben in der Ukraine acht Millionen Russen, in Kasachstan 4,5 Millionen, in Usbekistan 1,6 Millionen, in den USA 3,1 Millionen, in Kanada eine halbe Million, in Deutschland laut Statistischem Bundesamt 1,2 Millionen, in Israel eine Million, in Weißrussland 800 000, in Frankreich 500 000 und in Brasilien 200 000.

Seit 1991 werden die Weltkongresse der russischen Diaspora in unregelmäßigen Abständen veranstaltet. Der I. Weltkongress fand am 19. August 1991 in Moskau statt, musste aber wegen des Putschversuchs gegen Gorbatschow abgebrochen werden. Erst zehn Jahre nach dem Zerfall der UdSSR erfolgte ein neuer Anlauf: die Erste Sitzung des „Weltkongresses der Landsleute“, fand in neuem Umfeld unter Präsident Putin im Oktober 2001 in Moskau statt. Der zweite Weltkongress folgte im Oktober 2006 in St. Petersburg, der dritte im Dezember 2009 in Moskau, der vierte im Oktober 2012 in St. Petersburg und der fünfte nun wieder in Moskau.

Der diesjährige Kongress fand in einer gespannten Weltlage statt: die Konflikte um die Ukraine und Syrien, das Ringen zwischen Russland und dem Westen um erweiterten Einfluss in Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien sowie schließlich das Wettrennen um die Ressourcen in der Arktis. Präsident Putin wie auch Außenminister Sergej Lawrow betonten in ihren Reden die enorme Rolle der Diaspora in den Beziehungen Russlands zum Ausland, weswegen der Kreml die Russen im Ausland zu stützen und ihre Ressourcen zu nutzen beabsichtige. Aus der Sicht des Kremls geht es um die Mobilisierung der Diaspora gegen die „destruktiven Aktionen der USA“ in aller Welt, gegen die „antirussische Hysterie“ in der Sanktionspolitik und um den Schutz der Diaspora vor Diskriminierung, wobei hier speziell das Baltikum genannt wird.

Die Sanktionspolitik habe laut Lawrow das Verhältnis Russlands zur Diaspora nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil, die „Wiedervereinigung“ der Krim mit Russland aufgrund eines Referendums wie auch Moskaus Bestreben nach einer Lösung der Krise in der Ukraine durch Verhandlungen zwischen Kiew und dem Donbass habe in der Diaspora ein positives Echo gefunden.

Vorsitzender in China gehört Partei Einiges Russland an

Der Kongress solle demonstrieren, dass die Diaspora voll hinter Moskaus Außenpolitik stehe und die Bemühungen um die Wahrung der russischen Sprache, der Kultur und des historischen Erbes unterstütze. Er verurteile die Versuche, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren, die Heroisierung des Faschismus, Xenophobie, Rassismus und aggressiven Nationalismus – Erscheinungen, die umgekehrt westliche Experten und Medien Russland vorwerfen.

Zum neuen Vorsitzenden des Koordinationsrats des Weltkongresses wurde schon im Mai 2015 Michail Drosdow, Jahrgang 1971, ein Unternehmer aus Wladiwostok, gewählt. Er ist Sinologe und Jurist, lebt mit seiner Familie in Shanghai, behielt aber die russische Staatsangehörigkeit. Er ist langjähriger Vorsitzender des Verbands der Russen in China sowie des russischen Clubs in Schanghai. Ansonsten ist er Gründer der Wirtschafts- und Rechtsberatungsfirma „Mars Consulting“. Er ist außerdem Mitglied des Generalrats der Kremlpartei Einiges Russland und in diesem Gremium zuständig für die Kontakte zur Diaspora.

Patriarch Kyrill erinnerte in seiner Ansprache „an die schweren Erschütterungen in Russland“, an die Oktoberrevolution des Jahres 1917, die Herrschaft der Bolschewiki, den Bürgerkrieg, die Ermordung der Zarenfamilie, „die Zeiten der Gesetzlosigkeit und Repression“, die viele Russen ins Ausland getrieben habe. Die orthodoxe Kirche sei ein wichtiges Band zwischen Diaspora und russischer Heimat geblieben.

Es fragt sich allerdings, ob sich die Russen in der Diaspora vom Kreml und der Kirche erneut gängeln lassen wollen. Nach Ansicht von Experten sei die Mehrheit der Landsleute nicht ins Ausland emigriert, um auch weiterhin Russland zu dienen, sondern um der politischen, religiösen und wirtschaftlichen Misere zu entfliehen. Gorbatschow und Jelzin brachten Russland zwar eine gewisse Freiheit und wichtige Veränderungen, jedoch unter Putin seien seit einiger Zeit der Geist einer ambitiösen Außenpolitik und neue Zwänge im Innern zu verspüren, denen viele Russen erneut durch Auswanderung entgehen wollen. Mit der Politik Russlands gegenüber der Ukraine, der Annexion der Krim und auch mit der militärischen Intervention in Syrien seien viele Russen nicht einverstanden.

Nicht zu vergessen sei auch die weltweite Unterstützung russischer Aktivisten im Ausland für die Demokratiebewegung in Russland, für die Massendemonstrationen des Jahres 2012/2013, die Proteste gegen Wahlfälschungen und gegen die Morde an prominenten Aktivisten wie Anna Politkowskaja sowie Boris Nemzow.

Hans-Joachim Hoppe

Die Ungleichbehandlung hat System

In Deutschland werden die Immigranten privilegiert und die Einheimischen mit Pflichten drangsaliert

Geht es um Asylbewerber, dann scheint der deutsche Rechtsstaat zweierlei Maß anzulegen. Über die massiven Rechtsbrüche rund um ihre eigentlich illegale Einreise wird großzügig hinweggesehen. Sind sie aber erst einmal im Land, wiehert der Amtsschimmel. Penibel wird darüber gewacht, welche Rechte den Asylsuchenden zustehen.

Im nordrhein-westfälischen Hagen sorgt derzeit ein Leitfaden zur Unterbringung von Asylsuchern bei Vermietern für erheblichen Unmut. Wie die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ unter Bezug auf das Papier berichtet, dürfen die Asylbewerber zum Beispiel nicht das Treppenhaus putzen oder Schnee schippen. „Treppenhausreinigung und Winterdienst“ sind Sache des Vermieters, so der Wortlaut des Leitfadens. Geregelt ist in dem Leitfaden ebenso, dass die Fenster mindestens 90 mal 120 Zentimeter groß sein sowie die Wohnungen aus Brandschutzgründen über einen zweiten Fluchtweg und Rauchmelder verfügen müssen.

Im Kontrast zu solch peniblen Regelungen steht das Vorgehen der Behörden rund um die Einreise der betreffenden Personen. Nach wie vor gültiges Recht sind die Regelungen des Asylverfahrensgesetzes und der EU-Dublin-Vereinbarung, worin die Einreise nach Deutschland über sogenannte sichere Drittstaaten geregelt – und eigentlich ausgeschlossen ist. Ausgelegt wird das Recht mittlerweile in hunderttausenden Fällen ausschließlich zugunsten der illegal ins Land gekommenen Ausländer.

Die Vorzugsbehandlung setzt sich nach dem Grenzübertritt fort: Besteht für die Einheimischen eine Melde- und Ausweispflicht, so gibt sich der Staat gegenüber den Asylsuchenden leger. So musste bereits im September das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingestehen, dass es den Überblick über die Zuwanderung nach Deutschland verloren hat und sich vermutlich etwa 290 000 „Flüchtlinge“ unregistriert im Land aufhalten. Völlig unbekannt ist noch, wie groß an dieser Gruppe der Anteil derjenigen sein wird, die langfristig komplett in die Illegalität abtauchen werden. Deutschlands Kommunen mussten angesichts von Asylbewerbern, die aus

> Geht es um Asylbewerber, dann scheint der deutsche Rechtsstaat zweierlei Maß anzulegen

Notunterkünften einfach wieder verschwinden, inzwischen eingestehen, dass sie keine Berechtigung hätten, die betreffenden Personen festzuhalten und das Domizilprinzip effektiv durchzusetzen. In der Praxis haben die abgetauchten illegalen Immigranten selbst bei einem Aufgreifen durch die Polizei kaum negative Konsequenzen zu befürchten. Im Regelfall beginnt für sie lediglich das Registrierungsverfahren als Asylbewerber noch einmal von vorn. Wie anlässlich des Verschwindens von 700 Asylbewerbern aus Unterkünften in Niedersachsen bekannt wurde, ist bislang nicht einmal eine direkte behördliche Erfassung der Asylbewerber gesetzlich und damit verbindlich geregelt.

Eine völlig andere Erfahrung müssen dagegen einheimische Bezieher von Hartz-IV-Leistungen machen. Verstoßen sie gegen die Auflage, sich vor einer Abwesenheit beim Amt abzumelden, drohen ihnen Sanktionen. Während jeder deutsche Hartz-IV-Antragsteller seine Vermögensverhältnisse schonungslos offenlegen muss, ehe er staatliche Unterstützung erhält, haben Asylbewerber ein entsprechendes Durchleuchten nicht zu fürchten. Die Folge diese Behandlung mit zweierlei Maß ist, dass Asylbewerber hierzulande selbst dann auf vielfältige staatliche Leistungen und Hilfe zum Lebensunterhalt rechnen können, wenn sie mit den Taschen voller Geld ankommen.

Inzwischen sind in sozialen Internetdiensten diverse Beispiele zu finden, in denen Asylbewerber zum Unmut der einheimischen Bevölkerung ihre mitunter nicht unbeträchtlichen mitgebrachten Geldmittel regelrecht zur Schau stellen. In Dänemark hingegen hat die Regierung vor Kurzem beschlossen, bei der Einreise von Asylbewerbern deren mitgeführte Vermögenswerte wenigstens zu erfassen und zu protokollieren.

Zu befürchten ist, dass bei einem Fortbestehen der Rechtspraxis hierzulande der Glaube an Demokratie sowie Rechts- und Sozialstaat, allerdings auch an das Solidarprinzip, unter der einheimischen Bevölkerung rapide abnehmen wird. Auch bei vielen der per Asylrecht ins Land Gekommenen dürfte sich eine verhängnisvolle Botschaft festsetzen: Als Immigrant hat man gegenüber der deutschen Gesellschaft vorrangig erst einmal verbriefte Ansprüche und Rechte – Pflichten und die Einhaltung von Gesetzen sind dagegen eine Angelegenheit für die ansässige Bevölkerung. Langfristig droht die Duldung von zweierlei Recht sogar zu einer Erosion des Rechtsstaates zu führen. *Norman Hanert*



Ebenso wie Treppenhausreinigung nur eine Pflicht für Ansässige: Schnee schippen Bild: Imago

MELDUNGEN

DOSB boykottiert Hamburg

Frankfurt am Main – Ausgerechnet der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) zeigt wenig Sportsgeist. Um sich bei den Hamburgern für ihr Votum gegen die Austragung von Olympischen Spielen an der Elbe zu rächen, betreibt er einen systematischen Boykott der Hansestadt. In einem ersten Schritt haben Präsidium und Vorstand einstimmig beschlossen, die Willkommensfeier für die deutschen Olympiateilnehmer nach den Sommerspielen im August 2016 in Rio de Janeiro nicht wie geplant in Hamburg, sondern in Frankfurt am Main stattfinden zu lassen. Auch die für Herbst kommenden Jahres in der Hansestadt anberaumte Jahresmitgliederversammlung des DOSB soll nun an einem anderen Ort stattfinden. *J.H.*

(siehe Kommentar Seite 8)

AfD droht Finanzlücke

Berlin – Die AfD plagen Geldsorgen. Hintergrund ist ein Entwurf zur Änderung des Parteiengesetzes, mit dem die Koalition eine Einnahmequelle der Partei zum Versiegen bringen will. Die AfD hat nämlich ohne Gewinnerzielungsabsicht Gold im Wert von mehren Millionen Euro an Unterstützer verkauft, da ihre regulären Einnahmen nicht ausreichen, um Beträge aus der staatlichen Parteienfinanzierung zu erhalten. Die Berücksichtigung von „künstlich erzeugten Einnahmen“ entspreche jedoch nicht dem Regelungszweck des Parteiengesetzes, heißt es in dem Gesetzentwurf. In einem Schreiben an die Mitglieder bittet der AfD-Vorstand um Spenden, denn es entstehe eine Finanzierungslücke, die sich direkt auf den Bundestagswahlkampf auswirken werde. Zudem laufe die Partei durch die rückwirkende Geltung des Gesetzes Gefahr, zu viel erhaltenes Geld zurückzahlen zu müssen.“ Dabei geht es um mehrere Millionen Euro. *U.M.*

»Fremd in meinem Land«

Steffen Heitmann tritt wegen Flüchtlingspolitik aus der CDU aus

Steffen Heitmann (71), ehemaliger Justizminister in Sachsen, hat seinen Austritt aus der CDU erklärt. Der verhinderte Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten war von 1990 bis 2000 Justizminister des Freistaats und seit 1991 Mitglied der CDU. In einen offenen Brief an die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel begründete er diesen Schritt mit der seiner Meinung nach verhängnisvollen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Darin kritisiert er Merkel scharf: „Die von Ihnen geführte Koalition erweist sich in einer nationalen Krise als handlungsunfähig.“ Durch ihre „einsame Entscheidung“ und durch „unbedachte Äußerungen“ habe die Kanzlerin Deutschland zum „bevorzugten Ziel für Flüchtlinge“ gemacht, es strömten „täglich tausende Ausländer, überwiegend junge Männer islamischer Religion“, nach Deutschland. Die Grenzen seien faktisch offen, die Bevölkerung sei verunsichert.

In diesem Zusammenhang verweist Heitmann auf den Amtseid der Bundeskanzlerin, wonach diese Schaden vom deutschen Volk abzuwenden habe. Der Schaden „für unser Volk“ durch einen „unkontrollierten Flüchtlingsstrom“ sei jedoch absehbar, so Heitmann. Die Behörden seien überfordert, die Aufnahmefähigkeit der Städte und Gemeinden erschöpft, die große Mehrheit der Bevölkerung „zutiefst verunsichert“. Scharfe Kritik übt Heitmann auch am sogenannten Asyl-Paket. Dieses sei „allenfalls Kosmetik“. Hart ins Gericht geht er auch mit den Medien. Vor allem den öffentlich-rechtlichen wirft er „politisch korrekte Schönrednerei“ vor, welche „die tatsächliche Situation, die als eine schleichende Selbstaufgabe unseres Gemeinwesens erscheint, nicht mehr überdecken“ könne. Und er schließt mit

> Einer der profiliertesten konservativen Köpfe

dem Satz: „Ich habe mich noch nie – nicht einmal in der DDR – so fremd in meinem Land gefühlt.“ Das spricht für sich, hatte sich der evangelische Theologe und Kirchenjurist doch aus einer betont bürgerlichen Haltung heraus schon als junger Erwachsener der Opposition und 1989 der Bürgerbewegung in der DDR angeschlossen. Mit ihm verliert die CDU jetzt einen ihrer profiliertesten konservativen Köpfe.

Wie Heitmann empfindet ein weiteres prominentes sächsisches Parteimitglied Merkels Flüchtlingspolitik als verhängnisvoll. Auch Jens Walther (46), ehemaliges Bundesvorstandsmitglied, früherer Bürgermeister von Großdeuben, Kreistagsabgeordneter und CDU-Kreisgeschäftsführer im Leipziger Land, hat seinen Austritt aus der CDU erklärt. In einem ebenfalls offenen Brief an die Parteivorsitzende wirft er dieser vor, sich „mit Maßlosigkeit und Selbstgefälligkeit“ über die Interessen des deutschen Volkes zu stellen. Außerdem beschuldigt der Rechtsanwalt sie strafbarer Handlungen, weil sie gegen europäische Asyl-Richtlinien verstoße und Schleusern Beihilfe leiste, die sie durch ihre Aufrufe motiviere.

Schon der Umgang mit Griechenland sei „grenzwertig“ gewesen, so Walther weiter, und die Regierung lasse es zu, dass in Europa und Deutschland „verstärkt amerikanische Interessen umgesetzt werden“. Merkel, die Symbolfigur der CDU, sei für ihn „keine würdige Kanzlerin“ mehr. „Die Gründerväter der CDU würden sich angesichts Ihrer Politik im Grab herumdrehen“, schreibt Walther. Er wolle keiner Partei angehören, der sie vorsteht. Der Parteiaustritt sei der einzig mögliche Weg des Protestes gegen Merkels Politik, weil es in der CDU eine Kanzlerlobby gebe, gegen die es sehr schwer sei, etwas zu verändern. *Jan Heitmann*

Hoffnungslos überfordert

Maßnahmen der BAMF vermögen nicht zu überzeugen

Frank-Jürgen Weise ist in diesen Wochen ein gefragter Mann. Der Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) muss erklären, warum seine Behörde der Flut an Asylanträgen nicht Herr wird. Und innerhalb seines Betriebs muss er den Mitarbeitern erklären, warum sie immer mehr arbeiten müssen und bestehende Regelungen nicht mehr beachten sollen.

„Die Stimmung unter den Mitarbeitern ist, gelinde gesagt, unterirdisch, Angst und Unsicherheit sind überall zu spüren, die Beschwerden und Hilferufe häufen sich in beängstigendem Maße“, zitiert der Bayerische Rundfunk eine Mitarbeiterin der Behörde. Besserung ist erst einmal nicht in Sicht. Die oberste Asylbehörde in Deutschland wird die wachsende Anzahl unerledigter Asylanträge nach Einschätzung ihres Leiters frühestens 2016 langsam abtragen können. Die Zahl der täglichen Asylentscheidungen sei zwar um 60 Prozent erhöht worden, sagte Weise, aber im Oktober und November seien auch 30 Prozent mehr Flüchtlinge gekommen als in den Vormonaten. Ende Oktober waren beim Bundesamt über 328 000 Asylanträge unerledigt. In den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder kommt eine immer größere Zahl von Flüchtlingen an, die ihre Asylanträge noch gar nicht stellen konnte. Ein Behörden-Sprecher musste einräumen, dass aufgrund des „sehr hohen Zugangs der letzten Monate“ Termine zur Antragstellung teilweise „nur mit Verzögerung“ vergeben werden konnten.



Frank-Jürgen Weise

Kürzlich haben Personalräte des BAMF in einem offenen Brief an Weise offenen Protest geübt. Der Verzicht auf eine Identitätsprüfung bei vielen Flüchtlingen sei mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht mehr vereinbar und öffne Terroristen Tür und Tor. Dazu käme eine viel zu schnelle Ausbildung der neuen Entscheider: „Praktikanten entschieden inzwischen nach nur wenigen Tagen über menschliche Schicksale“, heißt es in dem Schreiben.

Noch im Dezember will man den ersten Test für die sogenannte Flüchtlings-Card beginnen. Auf einer Art provisorischem Personalausweis sollen die Daten von Asylbewerbern erfasst werden, um Ämtergänge zu vereinfachen. Bis Mitte nächsten Jahres soll die Flüchtlings-Card eingeführt sein. Damit sollen Mehrfachanträge vermieden werden, zudem will die Politik damit wieder Klarheit darüber gewinnen, wer sich wo im Land aufhält.

Ungeklärt ist die Frage, ob bei Syrern zu einer Einzelfallentscheidung zurückgekehrt werden sollte. „Das ist Sache der Politik“, sagte Weise. Allerdings habe seine Behörde durchgerechnet, wie sich ein solches Szenario auf die Arbeit der Asylentscheider auswirken werde. Dabei sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass dies den „Prozess verlängern und den Abbau des Rückstandes erschweren würde“. Weise räumte aber ein, dass bei der Entscheidung über diese Frage auch Sicherheitsüberlegungen einzubeziehen seien. *Peter Entinger*

Zeitzeugen



Ramsan Kadyrow – Der Präsident von Tschetschenien erhebt gegen die Türkei schwere Vorwürfe: „Die Türkei kämpft nicht gegen den IS! Sie handelt mit ihm, kauft bei ihm Öl und finanziert die Gegner des Islam, die tausende Muslime töten.“ Die Türkei ziehe Banditen aus aller Welt an. „Türkische Medien behaupten“, so Kadyrow weiter, „die Türkei habe immer dem tschetschenischen Volk geholfen. Tatsächlich, ihr habt Wahhabiten und Terroristen unterstützt, ... die das tschetschenische Volk vernichteten. Das war eure Hilfe.“

Mowaffak al-Rubaie – Der frühere irakische Sicherheitsberater und Abgeordnete der schiitischen Koalition „Gesetzesstaat“ teilt in seinem Facebook-Account mit: „Die Türkei unterstützt die Terroristen vor allem dadurch, dass sie den Verkauf von geschmuggeltem Öl auf dem Schwarzmarkt erlaubt. Dabei beträgt der Preis oft nur 20 US-Dollar pro Barrel, die Hälfte des Preises auf dem Weltölmarkt.“ Zudem erhebt Al-Rubaie weitere Vorwürfe gegen die Türkei, nämlich dass diese zu einem Umschlagpunkt für vom IS rekrutierte künftige Kämpfer geworden sei.



Sumeyye Erdogan – Die Tochter des türkischen Präsidenten Tayyip Erdogan betreibt in der südöstlichen Türkei, in der Provinz Sanliufra, ein Militärkrankenhaus, in dem verwundete Kämpfer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ behandelt werden. Diese Nachricht stützt sich auf die unabhängige Untersuchungs- und Informationsorganisation Global Research, der gegenüber eine ehemalige Mitarbeiterin des Lazaretts ihre Aussage gemacht hat. Sie hat sieben Wochen im Lazarett gearbeitet und erklärte, dass türkische Militärlastkraftwagen täglich verletzte Terroristen in dieses Krankenhaus brächten.



François Fillon – Der französische Premierminister von 2007 bis 2012 hat gegenüber dem französischen staatlichen Radiosender France Inter erklärt, die EU habe Beweise dafür, dass der IS Erdöl in großem Umfang und unmittelbar an die Türkei verkaufe. „Fast das gesamte Öl geht direkt und ohne Umwege an türkische Raffinerien, und es gibt direkte Absprachen zwischen dem IS und der Türkei.“

Wie die Türkei dem IS hilft

Wladimir Putin belässt es nicht bei Anschuldigungen, er liefert Beweise

Russlands Präsident Wladimir Putin wählte einen prominenten Rahmen, um gegen die Türkei schwerwiegende Vorwürfe zu erheben. Bei seiner Rede an die Nation warf er buchstäblich vor aller Welt Ankara vor, im Allgemeinen mit dem „Islamischen Staat“ zusammenzuarbeiten und im Besonderen den Terroristen in großem Umfang Rohöl abzukaufen, das diese in Syrien und im Irak stählen. Doch Putin ließ es nicht bei den Anschuldigungen, sondern legte Beweise vor.

Die Aufnahmen des Videos sind gestochen scharf. Sie zeigen eine unübersehbare Schlange von Tanklastzügen, die an einem Grenzposten warten, um auf die andere Seite zu gelangen. Drüben sieht man zahlreiche Tanklastwagen, die sich offenbar zur Weiterfahrt im Konvoi bereitmachen. Darüber weht die türkische Fahne, weißer Halbmond mit Stern auf rotem Grund. Das Video wurde von einer russischen Militärdrohne aufgenommen, und zwar in der Umgebung der türkischen Stadt Reyhanli. Die syrische Seite ist in der Hand des IS.

Nachdem die russische Luftwaffe in Syrien umfangreiche Infrastruktur-Einrichtungen des IS zerstört hatte, machte sie sich daran, die Ölkolonnen des IS, die von den Ölquellen nach Norden Richtung Türkei fahren, zu bombardieren. Dabei wurden binnen weniger Tage an die 1000 Tanklastzüge zerstört. Dies steht im engen Zusammenhang mit dem Abschuss der russischen Suchoi Su-24 durch einen türkischen Jagdbomber über syrischem Gebiet. Dieser Übergriff sollte eine Warnung an Russland sein, den Ölschmuggel nicht weiter zu behindern. Putin sagte dazu im französischen Le Bourget: „Der Abschuss unseres Bombers durch die türkische Luftwaffe sollte die Lieferung von Rohöl durch den Islamischen Staat an die Türkei absichern.“

> Ankara kauft dem IS in großem Umfang Rohöl ab

Zusammen mit seinem französischen Amtskollegen François Hollande wies Putin auf einer Pressekonferenz in Moskau auf weitere Luftaufnahmen aus Syrien hin, die „Hunderte von Lastkraftwagen zeigen, die sich über den gesamten Horizont erstrecken und aus von Terroristen kontrollierten Gebieten direkt in die Türkei fahren“.

Der IS kontrolliert rund 60 Prozent der syrischen Ölproduktion und sieben größere Ölfelder im Irak. Die Produktion liegt bei etwa 45 000 Barrel pro Tag, was einem Wert von drei Millionen US-Dollar entspricht. Bereits vor einem Jahr rechnete der türkische Abgeordnete Ali Ediboglu vor, dass bis zu diesem Zeitpunkt Öl im Wert von 800 Millionen Dollar vom IS in die Türkei geschmuggelt worden war. Daran ist in erheblichem Umfang die nordirakische kurdische Regionalregierung beteiligt, die ihrerseits mit dem britisch-türkischen Ölkonzern Genel Energy ein Abkommen über Öllieferungen abgeschlossen hat. Diese Firma hat große Unterstützung im britischen Unterhaus. Im Irak beschützt diesen britisch-türkischen IS-Handel die von Deutschland unterstützte kurdische Peschmerga-Miliz.

Schon anlässlich des G20-Gipfels im türkischen Antalya zeigte Putin den versammelten Staats- und Regierungschefs Satelliten-Aufnahmen, die, wie er sagte, zeigten, „dass Tanklaster bis zum Horizont wie eine lebende Pipeline“ Öl aus Syrien in die Türkei brächten. „Sie fahren bei Tag und Nacht in die Türkei.“ Dies veranlasste den britischen „Guardian“, in der Sache nachzuforschen, was zu der Erkenntnis führte, dass türkische Geschäftsleute mit dem IS Abkommen in Höhe von wöchentlich zehn Millionen Dollar getroffen hätten. *Florian Stumfall*



Erhob schwere Vorwürfe gegen die Türkei: Wladimir Putin bei seiner jüngsten Rede an die Nation

Bild: Maurtius

Auch Israel gilt als Nutznießer des IS-Handels

Dem 2009 gegründeten englischsprachigen Nachrichtenportal „Zero Hedge“ zufolge arbeitet der IS beim Erdölverkauf im Nordirak mit der Regierung der autonomen Region Kurdistan zusammen, wobei die irakische Zentralregierung in Bagdad übergangen wird. Vom türkischen Hafen Ceyhan aus werden andere Häfen, so auch Malta, aber auch die israelischen Häfen Aschkelon Aschdod, bedient. In Lagerräumen Aschkelons soll ein erheblicher Teil des Öls zwischengelagert werden, bevor es an europäische Firmen verkauft wird, die nach ein, zwei Verschiebungen und Lagerungen nicht mehr nach dem Ursprung der Ware fragen.

Israel bescheidet sich aber nicht mit der Rolle des Zwischenlagerers, sondern meldet selbst Bedarf an Rohöl an. Unter anderem in der „Financial Times“ kam kürzlich die Rede darauf, dass zwischen Anfang Mai und dem 11. August mehr als 19 Millionen Barrel kurdischen Öls durch den IS nach Israel gelangt seien. Damit wären 77 Prozent des Ölbedarfs des Landes gedeckt, der bei 240 000 Barrel pro Tag liegt. Insgesamt wurde auf diesem Wege mehr als ein Drittel der nordirakischen Exporte, die in jenem Zeitraum über Ceyhan verschifft wurden, nach Israel geliefert.

> Profiteure seien auch namhafte Firmen

Auf diese Weise, so erklärt der syrische Informationsminister Omran al-Zoubi, würde neben der Türkei Israel am meisten Nutzen aus dem illegalen Handel des IS ziehen. In Europa selbst, heißt es bei der Agentur Reuters, seien es namhafte Firmen wie Glencore, Trafigura, Nobel oder Vitol, die anschließend mit dem Öl aus den Kurdengebieten handeln. Möglicherweise sei dann auch welches aus IS-Beständen dabei, heißt es seitens des irakischen Geheimdienstes. *F.S.*

Vetternwirtschaft

Die Familie Erdogan mischt bei den Geschäften mit dem IS mit

Dass der umfassende Öl-Schmuggel des IS aus Syrien in die Türkei nicht ohne das Wissen und gegen den Willen des allgegenwärtigen Staatschefs Erdogan zu machen ist, liegt auf der Hand. Doch das ist nicht alles. Genauso wenig an dem Schmuggel selbst kann an der Tatsache gezweifelt werden, dass die Familie Erdogan selbst mittendrin steckt.

Russlands Präsident Putin, ein Mann, der stets viel mehr weiß, als er sagt, attestierte Bilal Erdogan, dem Sohn des Staatspräsidenten, vor Kurzem ein „bestimmtes Interesse am Ölgeschäft“. Russlands Vize-Verteidigungsminister Anatolij Antonow wird da schon deutlicher: „Der türkische Präsident Erdogan und seine Familie sind in ein System illegaler Öllieferungen aus syrischen Ölfeldern verwickelt, die vom Islamischen Staat besetzt sind.“ Zeugen und Indizien für diese Anschuldigung gäbe es reichlich.

In der Summe läuft alles bei Bilal Erdogan zusammen. Er besitzt ein Drittel der BMZ Group Denizcilik, einem Reedereiunternehmen, dessen zwei weitere Eigentümer zu gleichen Teilen die Familienmitglieder Mustafa Erdogan und Ziya Ilgen sind. Die Geschäftsverbindungen der Erdogan-Öl-Flotte reichen bis Japan. Erst kürzlich habe Bilal einen Vertrag mit asiatischen Partnern über die Lieferung von IS-Öl abgeschlossen, so berichten syrische wie türkische Medien. Das Unternehmen besitze im Hafen der libanesischen Hauptstadt Beirut und im türkischen Hafen Ölterminals, von wo aus die illegale Ware verschifft werde. Was den Ablauf der Geschäfte vereinfachen dürfte, ist der Umstand, dass der türkische Energieminister ein Schwager des Staatspräsidenten und somit Bilals Onkel ist.

> Sohn Bilal handelt mit IS-Erdöl und geraubten Antiken

Angesichts ihrer florierenden Geschäfte hat die BMZ Group erst in diesem September für 36 Millionen US-Dollar zwei weitere Tanker gekauft und somit ihre Tanker-Flotte auf fünf erhöht. Im November berichtete das Magazin „The Verge“, dass BMZ Öl des IS transportiere. Das bestätigt der syrische Informationsminister Omran Zoabi: „Das gesamte Erdöl wurde an ein Unternehmen geliefert, das dem Sohn Recep Erdogans gehört. Und darum begann auch die Türkei, sich Sorgen zu machen, als Russland mit Luftangriffen gegen die IS-Infrastruktur vorging und dabei mehr als 500 vollbeladene Erdöl-Tanklastzüge zerstörte. Das hat Erdogan und seine Unternehmen stark getroffen.“

Die Zerstörung und Plünderung von archäologischen Stätten in Syrien und im Irak durch den „Islamischen Staat“ bescheren der Firma Erdogan einen zusätzlichen Geschäftszweig. Sohn Bilal handelt Berichten zufolge nicht nur mit Erdöl, sondern auch mit geraubten Antiken, offenbar in einem derartigen Umfang, dass auch hierfür seine Schiffe eingesetzt werden. Boris Dolgow, der Leiter des Zentrums für arabische Forschungen beim Russischen Institut für Orientalistik, stellt fest: „Die Türkei profitiert vom blutigen Geschäft der Radikalen, die Ölfelder und historische Artefakte erbeuten und durch die Türkei verkaufen.“ *F.S.*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Politik plant ein Pulverfass

In Berlin-Tempelhof soll womöglich Deutschlands größte Asyl-Unterkunft gebaut werden



Die heile Welt entpuppt sich immer häufiger als Illusion: „Welcome Picnic" des Aktionsbündnisses „Schön dass ihr da seid" auf dem Tempelhofer Feld Ende September

Bild: pa

Trotz starker Kritik will der Berliner Senat auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof Deutschlands größte Asylunterkunft errichten. Bundesweit braut sich allerdings schon jetzt in vielen solcher Großquartiere eine hochexplosive Stimmung zusammen.

Erst vor Kurzem ist es auf dem Gelände in Tempelhof, das bereits jetzt zur Unterbringung von Asylbewerbern genutzt wird, zu einer Massenschlägerei gekommen. Medienberichten zufolge sind in einem Hangar des alten Flughafens mehr als 100 Personen bei der Essensausgabe aufeinander losgegangen. Die Berliner Polizei musste mit rund 120 Einsatzkräften anrücken. Im Zuge des Einsatzes kam es insgesamt zu 20 Festnahmen.

Wie inzwischen feststeht, war es ein nichtiger Anlass, der am Ende den Einsatz einer Polizeihundertschaft erforderlich gemacht hat. Nach Darstellung des Leiters der Notunterkunft, Michael Elias, entbrannte eine erste Rangelei, als einige Asylbewerber sich bei der Essensausgabe vordrängeln wollten. Zwar konnten Sicherheitsmitarbeiter die Lage zunächst wieder beruhigen, eine halbe Stunde später aber eskalierte die Situation erneut. Es entwickelte sich eine Massenschlägerei, bei der sich die Beteiligten mit Stühlen, Holzbänken und Fäusten attackierten.

Dem Sicherheitsdienst blieb nichts übrig, als sich zurückzuziehen, bis die Polizei mit einer Hundertschaft anrückte. Am Ende kam es insgesamt zu 20 Festnahmen, mindestens ein privater Sicherheitsmann sowie ein Asylbewerber erlitten Verletzungen.

Der Vorgang in Berlin-Tempelhof ist beileibe kein Einzelfall: Aus ganz Deutschland werden mittlerweile täglich ähnliche Gewaltausbrüche und Massenschlägereien in Asylbewerberunterkünften gemeldet. Umso erstaunlicher wirkt, was der Berliner Senat mit dem Tempelhofer Feld nun vorhat. Wie der Hauptstadtpresse zu entnehmen war, soll auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens eine „Mega-Migranten-City für 20 000 Asylbewerber" entstehen.

Schon jetzt sind die Hangars in Tempelhof die größte derartige Unterkunft in Berlin. In drei Hallen sind derzeit etwa 2300 Menschen untergebracht, ab Mitte Dezember sollen drei weitere Hangars bezogen werden, schon zu Weihnachten könnten dann bis zu 5000 Menschen in der Notunterkunft leben.

Der Plan, auf dem ehemaligen Flughafengelände möglicherweise Deutschlands größte Asylunterkunft zu errichten, erscheint gleich aus mehreren Gründen hochproblematisch: So befindet sich der Senat mit seinem Vorhaben auf Konfrontationskurs mit einem 2014 abgehaltenen Volksentscheid, bei dem sich eine Mehrheit der Bürger gegen eine Bebauung des Tempelhofer Feldes ausgesprochen hat. Die Kritik an den Senatsplänen hat inzwischen immerhin dazu geführt, dass Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) angekündigt hat, sich bei der Errichtung temporärer Asylunterkünfte auf Flächen konzentrieren zu wollen, die rechts und links neben dem Flughafengebäude liegen. Trotz Einlenken des Senats in solchen Detailfragen ist Tempelhof auf dem besten Weg, zu einem neuen Problemschwerpunkt der deutschen Hauptstadt zu werden. So befindet sich der soziale Brennpunktbezirk Neukölln in unmittelbarer Nähe zu dem ehemaligen Flughafengelände.

> In den Lagern eskalieren Konflikte immer häufiger

Bundesweit bekannt geworden ist Neukölln durch seinen ehemaligen Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD), der sich vehement gegen die Entstehung rechtsfreier Räume engagiert hat. Entsprechende Phänomene könnten sich in Tempelhof in einem Rekordtempo einstellen: So ist aus der kriminalpsychologischen Forschung hinlänglich bekannt, welches Konfliktpotenzial die Unterbringung von großen Menschenmassen mit sich bringt.

Nach vorliegenden Erfahrungswerten lassen sich in Massenunterkünfte mit mehr als 300 Personen Chaos und Gewaltentladungen nur vermeiden, wenn ein strenges Ordnungssystem vorliegt, das mit zunehmender Größe fast der Durchsetzung einer militärischen Disziplin bedarf. Im Fall der aktuell ins Land strömenden Asylbewerber kommt erschwerend hinzu, dass viele von ihnen aus paternalistisch geprägten Stammesgesellschaften mit den entsprechenden Einstellungen und Verhaltensweisen kommen. Der größte Teil der Bewohner der Asylunterkünfte dürfte zudem bislang weder einen funktionierenden Rechtsstaat noch eine Demokratie erlebt haben.

Ein Blick in die regionalen Medien lässt erkennen, dass schon jetzt deutschlandweit in immer mehr Asylunterkünften die Lage fast täglich eskaliert. So waren nur kurz vor der Massenschlägerei in Tempelhof bereits im Berliner Bezirk Spandau Asylbewerber aneinandergeraten. Auch hierbei entzündete sich der Streit aus nichtigem Anlass so schnell, dass etwa die Hälfte der rund 1000 Bewohner die Unterkunft verlassen musste, um vor dem Gebäude in der Kälte die Beruhigung der Lage abzuwarten.

Die Bilanz dieses Einsatzes: 80 Polizisten und Rettungskräfte mussten zu einem Großeinsatz anrücken, nach Angaben der Feuerwehr wurden sieben Asylbewerber mit Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Massenschlägereien, in die Asylsuchende verwickelt waren, wurden seitdem auch innerhalb kurzer Zeit aus Neuenstadt (Baden-Württemberg) München, Itzehoe und Velden gemeldet. Die etablierte Politik scheint dem Problem der Zusammenballung einer großen Zahl von Asylbewerbern in den Massenunterkünften bislang nur mit Beschwichtigungsversuchen begegnen zu wollen.

Norman Hanert

25 Jahre Gedenkbibliothek

Von Vera Lengsfeld

Am Wochenende fand im Roten Rathaus eine bemerkenswerte Veranstaltung statt. Im überfüllten Louise-Schröder-Saal hatten sich zahlreiche Gratulanten eingefunden, um den 25. Jahrestag der Gedenkbibliothek für die Opfer des Stalinismus zu feiern.

Als 1990 ein kleiner Förderverein begann, eine einzigartige Spezialsammlung in der DDR verbotener Literatur in eine Gedenkbibliothek zu überführen, konnte niemand ahnen, wie gut sich dieses Unternehmen trotz aller Anfeindungen, nicht nur von Seiten der umbenannten SED, entwickeln würde. Das ist vor allem der charismatischen, unermüdlichen und unerschrockenen Gründerin Ursula Popiolek zu verdanken, die sich weder durch Rufmordkampagnen und Brandanschläge auf ihr Haus noch von gerichtlichen Klagen abschrecken ließ.

Von den bescheidenen Anfängen am Hausvogteiplatz, wo in einem Raum etwa 2000 Bände untergebracht waren, bis zu den heutigen, zehnmal größeren Räumlichkeiten im Nikolaiviertel mit über 12 000 Bänden, war es ein steiniger, aber erfolgreicher Weg.

Die wertvollsten Stücke der Sammlung waren gleichzeitig ihr Grundstock: Wolfgang Leonhards „Die Revolution entlässt ihre Kinder", für die DDR hergestellt, mit einem Tarneinband „Entscheidungen des Obersten Gerichts der DDR" versehen, Solschenizyns „Archipel Gulag", den Popiolek bei ihrer einzigen Westreise in die DDR schmuggelte, und Jewgenia Ginsburgs „Marschroute eines Lebens", das als Flugblatt in den 60er Jahren über der Altmark abgeworfen wurde.

Ginsburgs schreckliche Erinnerungen an die Verhaftungswelle Stalins nach Ermordung des KPdSU-Funktionärs Kirow 1934 wurden für die Bibliothek der Einstieg in die inzwischen umfangreiche Sammlung der Haft- und Lagerliteratur, dem Herzstück der Bibliothek.

Auf diesem tragfähigen Bücherfundament steht ein ganzer Überbau mit DDR-Oppositionellen- und osteuropäischer, vor allem sowjetischer Dissidentenliteratur, sowie mit systemkritischer Sachliteratur unter politischen, juristischen und geschichtswissenschaftlichen Gesichtspunkten. Die meisten Bände sind Spenden, da wenig Geld für Erwerbungen vorhanden ist. Trotzdem ist inzwischen eine für Wissenschaftler relevante Sammlung entstanden, die an den Arbeitstischen in der Bibliothek genutzt werden kann. Daneben gibt es auch die Möglichkeit, auszuleihen.

Alle 14 Tage, an ungeraden Dienstagen, findet eine Abendveranstaltung statt, mit Vortrag und Diskussion. Immer wieder gelingt es der Bibliothek, namhafte Referenten zu verpflichten. Es wird aber auch unbekannteren Autoren ein Podium geboten. Ein Erfolgsmodell für die nächsten 25 Jahre!

Rot-Schwarz immer eisiger

Zeichen mehren sich, dass Berliner Rathaus-Koalition bricht

Der Verdacht einer Bespitzelung des Sozialsenators Mario Czaja (CDU) belastet Berlins rot-schwarze Regierungskoalition. Anlass ist ein bekannt gewordener fünfseitiger Bericht über eine öffentliche Veranstaltung, an der unter anderem der für „Flüchtlingsfragen" zuständige Sozialsenator beteiligt war.

Laut Berichten war ein Mitarbeiter der Senatskanzlei von Senatssprecherin Daniela Augenstein (SPD) geschickt worden, um protokollieren zu lassen, was der CDU-Senator auf der Veranstaltung zur Asylpolitik sagt. Entstanden ist ein Papier, das Inhalt und Verlauf des Abends so detailliert wiedergibt, dass innerhalb der CDU sogar von einer Bespitzelung in Stasi-Manier die Rede ist.

Auch wenn Augenstein die Vorwürfe zurückwies, aus Sicht politischer Beobachter könnte der Vorgang das Ende der Berlin regierenden SPD-CDU-Koalition beschleunigen. „Spätestens seit der Regierungserklärung von (Bürgermeister Michael) Müller (SPD) Mitte November, in der er seinen Koalitionspartner hart kritisierte und die Flüchtlingspolitik zur Chefsache machte, ist das Ende von Rot-Schwarz eingeläutet",

> CDU-Senator in »Stasi-Manier« bespitzelt?

mutmaßt der „Tagesspiegel". Ins Bild passt, was über das Verhältnis zwischen Müller und Innensenator Frank Henkel (CDU) berichtet wird: Die beiden wichtigsten Akteure der Koalition betreiben eine „Non-Kommunikation".

Dass bereits von einer „Koalition auf Abruf" die Rede ist, stellt insbesondere die CDU vor ein Dilemma. Sollte es tatsächlich zu einem vorzeitigen Ende von Rot-Schwarz kommen, ist für die CDU bei realistischer Betrachtung eigentlich kein Koalitionspartner erkennbar. Im Gegensatz dazu dürfte dem linken Flügel der Berliner SPD ein Bündnis mit Linkspartei und Grünen kaum ein Problem bereiten. Ausgehend von den SPD-Linken, die, etwa mit Björn Böhning als Chef der Senatskanzlei, einflussreiche Posten besetzen, könnte für die Berliner CDU damit eine Phase der gezielten Demütigungen bevorstehen.

Fraglich ist indessen, ob es der Berliner AfD gelingt, aus dieser Lage Kapital zu schlagen. Aus Sicht parteiinterner Kritiker betreibt Berlins AfD-Chef Günter Brinker faktisch immer noch eine „Lucke-Politik ohne Lucke". So murren Teile der Parteibasis, der Landesvorstand der AfD verhindere mit fragwürdigen Methoden den Beitritt unliebsamer Neumitglieder, um seine bisherige Machtposition zu zementieren.

N.H.

Krach mit der DB

Großer Industriebetrieb soll schließen

Das Instandhaltungswerk der Deutschen Bahn (DB) in Eberswalde, einer der größten Industriebetriebe Brandenburgs, soll geschlossen werden. Zuletzt war der Verkauf des Werks an einen Konkurrenten im Gespräch gewesen. Das lehnt Bahnchef Rüdiger Grube aber ab.

Gespräche mit dem Betriebsrat und Empörungsansprachen der Lokalpolitiker und des Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) ändern an der Sachlage nichts. Auf einer Pressekonferenz schimpfte Barnim-Landrat Bodo Ihrke (SPD): „Wir hatten eine klare Verabredung, dass die Kommune über die Verhandlungsergebnisse zeitnah informiert wird. Ich muss ehrlich sagen: Es war eigentlich gar nicht zu begreifen, dass heute früh so eine Meldung in der Zeitung stand." Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) ereifert sich: „Ich bin fuchsteufelswild."

Woidke gibt sich noch kampfbereit: „Ich werde jetzt nicht in Depressionen verfallen, bevor wir die letzte Schlacht geschlagen haben, was diesen Standort betrifft." Er besuchte mit Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) den Betriebsrat. Allerdings weiß auch er, dass er keinerlei echten Einfluss hat, denn die Entscheidung über das Werk liegt bei der Bahn und damit beim Bund.

> Schwerer Schlag für Brandenburg

Über den Grund, warum die Bahn das Werk nicht verkaufen will, kursieren Spekulationen, die dahin gehen, dass man die Konkurrenz nicht „fördern" wolle. Es gab zwei Kaufinteressenten. Einer davon ist die Deutsche Eisenbahn-Service-AG (Desag), eine Tochtergesellschaft der Enon GmbH, zu der auch die Potsdamer Eisenbahngesellschaft gehört.

H.L.

Nur noch sechs Kreise?

Neben den schon langweilig gewordenen Anti-AfD-Manifestationen beschloss die brandenburgische SPD auf ihrem Landesparteitag am 28. November in Potsdam ein Bekenntnis zur umstrittenen Kreisgebietsreform. Von bislang 18 Kreisen und kreisfreien Städten sollen möglicherweise sogar nur noch sechs übrigbleiben. Lediglich 20 von 150 Delegierten stimmten gegen das Regierungsvorhaben. So der SPD-Kreisvorsitzende in Frankfurt (Oder), Jens-Marcel Ullrich: „Das ist keine Statusfrage, der Erhalt der Kreisfreiheit ist der Auftrag unserer Wähler in Frankfurt an uns." Neben den Linken unterstützen auch die oppositionellen Grünen die Kreisgebietsreform. Ein möglicher Grund: Die Grünen-Abgeordneten stammen überwiegend nicht aus Brandenburg. Allerdings muss die Landesregierung mit Gegenstimmen aus dem eigenen Lager von Abgeordneten aus den betroffenen Regionen rechnen. CDU, AfD und Freie Wähler sind gegen den Neuzuschnitt der Kreise.

H.L.

MELDUNGEN

Hubschrauber für Armenien

Moskau – Russland hat seine Militärbasis in Armenien nahe der Hauptstadt Eriwan an der türkischen Grenze mit Kampf- und Transporthubschraubern verstärkt. Sieben MI-24- und MI-8-Hubschrauber sollen dort bereits stationiert worden sein, weitere sollen folgen. Als Antwort auf den Abschuss des russischen Kampfjets an der syrisch-türkischen Grenze rüstet Moskau seine Militärbasen in Armenien auf. Russland unterhält eine weitere in der zweitgrößten armenischen Stadt Gyumri. Im Bosporus und im östlichen Mittelmeer zeigt das russische Militär außerdem Präsenz durch mit Flugabwehrraketen bestückten Kriegsschiffe. *MRK*

PiS gängelt Staatsanwälte

Warschau – Die neue PiS-Regierung Polens will den unabhängigen Generalstaatsanwalt wie zu Zeiten des kommunistischen Regimes – und auch in Deutschland – zu einem Organ des Justizministeriums herabstufen und damit politischen Weisungen unterstellen. Hauptzweck dieses Vorhabens scheint eine Wiederaufnahme der Untersuchungen zum Absturz des polnischen Regierungsflugzeuges beim russischen Smolensk zu sein, dem 2010 ein Großteil der politischen und gesellschaftlichen Führungsspitze zum Opfer fiel. Die polnische Militärstaatsanwaltschaft führte den Absturz auf menschliches Versagen zurück, die PiS hingegen auf ein Bombenattentat, ohne dafür irgendwelche Belege beibringen zu können. Zu diesem Zweck hat Verteidigungsminister Antoni Macierewicz, ein glühender Anhänger der Bombentheorie, unmittelbar nach seinem Amtsantritt eine Kommission ins Leben gerufen, von der angesichts der politischen Vorgaben aber kaum eine sachgerechte Aufklärung zu erwarten ist. *T.W.W.*

Der Ukraine droht ein harter Winter

Russland liefert weder Gas noch Kohle – USA und EU sind unzufrieden mit Kiewer Politik

Ein Wiederaufflammen der Kampfhandlungen im Osten, eine sinkende Kampfmoral im Westen, Kritik seitens der USA und EU am Führungsstil und nun ein erneuter Energiestreit mit Russland – der Ukraine droht ein harter Winter.

US-Vizepräsident Joe Biden war eigens nach Kiew gereist, um sowohl mit der Regierung als auch mit Vertretern der pro-europäischen Gesellschaft zu sprechen. Doch sein erster Weg führte nicht zum Präsidenten, sondern zu Letzteren. Dem ukrainischen Präsidenten stehen schwierige Zeiten bevor, denn die Geduld des Westens mit den geforderten und nicht umgesetzten Reformen in der Ukraine geht zu Ende. Angesichts der Probleme im Nahen Osten, mit denen sich das westliche Staatenbündnis vermehrt konfrontiert sieht, und der Erkenntnis, dass eine Lösung ohne die Beteiligung Russlands nicht zu schaffen ist, stoßen Störfeuer, wie ein Wiederaufflammen der Kämpfe im Osten der Ukraine oder der Anschlag tatarischer und ukrainisch-nationalistischer Aktivisten auf die Stromversorgung der Krim vielleicht auf Verständnis im Westen, sie bringen die Ukraine aber nicht voran. Sie beweisen lediglich, dass die Lage im Land weiter explosiv bleibt.


Bild: pa

So wie hier auf der Krim könnte es in der Ukraine auch bald sein: Bewohner von Oktjabrskoje wärmen sich in einem Zelt auf

Sowohl nach innen wie nach außen zeugen sie von der Unfähigkeit oder dem Unwillen der ukrainischen Regierung, mit den seit Langem bestehenden Problemen fertig zu werden. Die Korruptionsbekämpfung verläuft im Sande und die Wirtschaft liegt darnieder. Die USA fordern, dass der Generalstaatsanwalt Viktor Schokin, ein Vertrauter Poroschenkos, entlassen wird. Ihm wird vorgeworfen, Chef eines hoch korrupten Apparats zu sein. Auch das Umfeld von Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk gilt als verfilzt

In der Bevölkerung verstärkt sich der Verdacht, dass der Krieg im Osten stabilisierend auf das alte System aus Oligarchie, Günstlingswirtschaft und Korruption wirke. Die Kampfmoral ukrainischer Soldaten sinkt. Sie beklagen, dass die USA sie mit veraltetem und marodem Kriegsmaterial ausstatte und sie im Osten von den Russen gut ausgerüsteten Separatisten gegenüber stünden.

Wegen des Gasstreits und der Stromblockade der Krim droht der Kiewer Regierung neues Ungemach. Als Antwort auf das Krim-Embargo, aber auch, weil die Ukraine sich im Streit mit der Türkei auf deren Seite schlägt und Ankara angeboten hat, als Abnehmer für die mit russischen Sanktionen belegten Lebensmittel einzuspringen, hat Putin nun auch die Kohlelieferungen in die Ukraine eingestellt. Sollte der Streit nicht bald beigelegt werden, müsste Poroschenko im Energiebereich vielleicht schon bald den Ausnahmezustand ausrufen. Denn die erwartete Tranche der Weltbank in Höhe von 500 Millionen US-Dollar für den Kauf von Gasvorräten dürfte wegen der nicht umgesetzten Steuerreform in der Ukraine ausgesetzt werden.

Weltbank will 500 Millionen Dollar nicht auszahlen

Zwar hatte Jazenjuk angekündigt, auf den Kauf von russischem Gas verzichten zu können, da die Vorratslager gut gefüllt seien, doch zu jenem Zeitpunkt wusste er noch nicht, dass auch die Kohle knapp werden und die Weltbank ihre Unterstützung versagen würde.

Für eine reibungslose Heizperiode benötigt die Ukraine 4,5 bis fünf Millionen Tonnen Kohle. Derzeit fehlen der Ukraine noch 1,5 bis zwei Millionen Tonnen. Alle Lieferungen aus dem von Separatisten kontrollierten Osten des Landes gehen jetzt über russisches Territorium. Kiew versucht, das Embargo zu umgehen, indem es Anthrazitkohle aus Südafrika importiert. Vor Kurzem kam ein Schiff mit 168 000 Tonnen dieser Kohleart an, eine weitere Lieferung von 85 000 Tonnen soll unterwegs sein. Das Problem: Ukrainische Kraftwerke stammen aus alter sowjetischer Produktion und sind zum Teil auf heimische Kohle angewiesen. Anthrazitkohle aus Südafrika könnte sich als nicht kompatibel erweisen. Sieben von 14 ukrainischen Kraftwerken werden mit Kohle betrieben. Nun hängt alles vom Wetter ab: Bleibt der Winter so mild wie bisher, könnte die Rechnung Kiews aufgehen. Kommt eine Frostperiode, müsste Poroschenko Strom und Wärme rationieren.

Am Ende wäre die EU aufgerufen, Gelder aus irgend einem Fonds locker zu machen, denn wenn die Ukraine vor der Staatspleite steht, ist auch die Energiesicherheit Europas in Gefahr. Denn die Ukraine ist nach wie vor das wichtigste Transitland für russisches Gas nach Europa. Russische Experten gehen davon aus, dass sich die Ukraine, wenn ihr erst das Wasser bis zum Hals steht, für den Transit nach Europa bestimmtes russisches Gas abzweigen werde, wenn die EU nicht für die Gasschulden der Ukraine aufkommen würde. In der Vergangenheit war es immer wieder zu Streitigkeiten zwischen den „Bruderländern“ gekommen, weil die Ukrainer sich trotz vergünstigter Gaspreise immer wieder illegal etwas vom Transitgas abgezweigt hatten.

Während der Gaskrise 2009 war es vereinzelt tatsächlich zu Engpässen im Gastransit gekommen, im Großen und Ganzen hatte die Ukraine aber ihren Liefervertrag eingehalten. Auch aktuell steht ihr Ruf als zuverlässiger Partner der EU auf dem Spiel.

Manuela Rosenthal-Kappi

Dezente Zurückhaltung

Bislang bekämpft China den Terrorismus nur im eigenen Land

Am 19. November gab die Terrororganisation „Islamischer Staat“ die Ermordung des Chinesen Fan Jinghui bekannt, der gemeinsam mit dem Norweger Ole Johan Grimsgaard-Ofstad sterben musste. Nur einen Tag später wurden bei der Geiselnahme durch islamische Kämpfer in einem Luxushotel in Mali drei leitende chinesische Angestellte eines staatlichen Eisenbahnunternehmens getötet. Bereits bei den von Peking scharf verurteilten Anschlägen in Paris war ein Bürger der Volksrepublik verletzt worden.

China sieht sich nun zunehmend auch im Ausland mit den Auswüchsen des islamischen Terrorismus konfrontiert. Im Inland führen die Machthaber seit vielen Jahren einen blutigen Feldzug gegen den militanten Separatismus in Xinjiang. Diesen Herbst gab es dort wieder Dutzende Tote. Dutzende von Uiguren, Angehörige eines muslimischen Turkvolkes aus dieser ostchinesischen autonomen Region, sollen für den „Islamischen Staat“ kämpfen oder gekämpft haben. Viele von ihnen sind heimlich wieder nach China zurückgekehrt und gelten als sogenannte Schläfer.

Zuletzt forderten Mitglieder der chinesischen Führung beim G20-Treffen in der Türkei den Westen deshalb dazu auf, endlich seinen „doppelten Standard“ aufzugeben und Chinas Kampf gegen den Feind im Inneren als Teil einer weltweiten Kampagne gegen den Terrorismus anzuerkennen. Gerade in der Europäischen Union ist bei einem solchen Vorgehen schnell von Menschenrechtsverletzungen die Rede, obwohl aus chinesischer Sicht jene „Fundamentalisten und Extremisten“ eine Bedrohung für alle sind. Bei den Vereinigten Staaten dagegen scheint sich die Erkenntnis, im selben Boot zu sitzen, durchzusetzen, wie ein Treffen von Sicherheitsexperten aus beiden Ländern Anfang dieses Monats beweist.

Peking kritisiert den »doppelten Standard« des Westens

Gleichzeitig hat sich China bei der Bekämpfung des „Islamischen Staates“ vor Ort merklich zurückgehalten und weder die militärischen Operationen der Amerikaner noch das Eingreifen der Russen Ende September offen unterstützt. Seine Haltung zu den Luftschlägen in Syrien bleibt vage. Denn trotz des beeindruckenden Wirtschaftswachstums der letzten Jahrzehnte basiert Chinas Außenpolitik immer noch auf einer Mischung von bilateralen Handelsbeziehungen und ein paar Kernprinzipien, von denen das wichtigste die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ist.

Das Entsenden von Soldaten nach Syrien wäre trotz der Teilnahme an friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen demnach für China ein klares Abschwenken von der traditionellen außenpolitischen Linie und müsste sehr sorgsam vorbereitet werden. Obwohl die chinesischen Streitkräfte 2,5 Millionen Mann aufweisen, sind gegenwärtig weder Armee noch Marine entsprechend ausgerüstet. Die Schlagkraft der Luftwaffe wird dadurch beeinträchtigt, dass der Hauptlieferant Russland aus Angst vor Industriespionage die neueste Technologie nicht liefert.

Obwohl sich China in diesem ideologischen Ringen zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg auf derselben Seite wie der Westen befindet, ist zunächst also nur von einem stärkeren diplomatischen Engagement und einer engeren logistischen Kooperation auszugehen. Doch mittelfristig könnte die wachsende Bedrohung durch den „Islamischen Staat“ dies ändern. *Markus Matthes*

(siehe Kommentar Seite 8)

In Erklärungsnot

Wie die USA ihre Schonung des IS-Ölhandels rechtfertigen

Die USA sehen sich mit dem Vorwurf konfrontiert, den Ölhandel der Islamisten nicht wirklich abstellen zu wollen. Tatsächlich ist es verdächtig, dass die von den USA angeführte Koalition bereits seit August 2014 massive Luftangriffe gegen Ziele in Syrien fliegt, der „Islamische Staat“ (IS) sich aber immer noch über den Schmuggel von Erdöl finanzieren kann, dass in dem mittlerweile fast anderthalb Jahre andauernden Einsatz der US-Luftwaffe nichts Entscheidendes gegen die Ölinfrastruktur des „Islamischen Staates“ unternommen wurde. Der bislang nicht sonderlich erfolgreich geführte Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ bringt die US-Administration unter Rechtfertigungsdruck.

Bemerkenswert sind die von US-amerikanischer Seiten inzwischen vorgebrachten Begründungen für die Passivität in Sachen IS. So überraschte das Pentagon mit der Erklärung, dass bei den Einsätzen das Leben der am Ölschmuggel des IS beteiligten Tanklasterfahrer geschont werden müsse. Diese Fahrer seien keine Angehörigen des „Islamischen Staates“, sondern unbeteiligte Zivilisten, so die Begründung. Dazu passen Medienberichte, denen zufolge die US Air Force 45 Minuten vor einem Luftangriff auf Tanklaster des IS Flugblätter abgeworfen hat, in denen die Fahrer vor dem bevorstehenden Luftangriff gewarnt wurden.


CIA-Direktor Michael Morell Bild: wikipedia

Diese Rücksichtnahme entspricht zwar genau den Forderungen des Kriegsvölkerrechts, angesichts der Vorwürfe, die Menschenrechtsorganisationen regelmäßig im Zusammenhang mit den Drohnenangriffen der USA erheben, ist sie aber auch recht erstaunlich. Sowohl die Uno als auch Amnesty International haben den USA im Zusammenhang mit den Drohnenangriffen vorgeworfen, sie hätten sich selbst eine „Lizenz zum Töten“ ausgestellt und würden Menschenrechte und Völkerrecht „vollkommen ignorieren“.

Eine kaum weniger erstaunliche Begründung hat der ehemaliger stellvertretende Direktor des CIA, Michael Morell, für das zögerliche Vorgehen geliefert: Die Infrastruktur in den betreffenden Gebieten müsse für die Zeit nach dem IS geschont werden. Darüber hinaus hat der Ex-Geheimdienstler allen Ernstes Umweltschutzgründe angegeben für den Verzicht auf Angriffe auf den Ölhandel der Islamisten. *N.H.*

Mehr Umverteilung bei der Rente

Die OECD schlägt für die Altersversorgung in Deutschland eine Stärkung der sozialen Komponente vor

Das deutsche Rentensystem galt lange Jahre als vorbildlich, das Bild vom rüstigen, gut situierten deutschen Senior ging um die Welt. Doch schon im Jahr 2013 zitierte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit dem Worten: „Deutsche Rentner sind ärmer als andere in Europa." Zwei Jahre später liegt nun eine neue Veröffentlichung der OECD zu dem Thema vor.

Fast jeder zehnte Rentnerhaushalt in Deutschland hat weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung. Das Armutsrisiko der Rentnerhaushalte in Deutschland liegt demnach bei 9,4 Prozent, in den Niederlanden sind es zwei, in Frankreich 3,8 und in Dänemark 4,6 Prozent. Mehr vergleichsweise arme Rentner gibt es in Estland (12,6 Prozent), der Türkei (18,4) und Japan (19,4). Der OECD-Durchschnitt liegt bei 12,6 Prozent.

Mit 62,7 Jahren liegt das tatsächliche Renteneintrittsalter in Deutschland laut der Studie unter dem OECD-Schnitt. Der Anteil der Älteren im Beruf ist in den vergangenen Jahren in keinem OECD-Land so stark gestiegen wie in Deutschland. Bei den 55- bis 64-Jährigen stieg er von 42 Prozent 2004 bis 66 Prozent im vergangenen Jahr. Mit ungefähr zwei Dritteln liegt Deutschland deutlich über dem OECD-Durchschnitt.

Anders ist es bei den über 65-Jährigen. Seit längerer Zeit fordern Politiker und Arbeitsmarktexperten daher, die Deutschen müssten sich an längere Lebensarbeitszeiten gewöhnen. Dass die Menschen immer älter werden, kann nicht ohne Auswirkungen auf das System der gesetzlichen Rentenkassen bleiben. Rund 20 Jahre lebt ein deutscher Pensionär nach Erreichen der Ruhestandsgrenze durchschnittlich noch. Als das Rentensystem in seiner heutigen Form geschaffen wurde, betrug die Lebenserwartung nach Beginn des Bezugs der Altersrente nur elf Jahre.

Die Bundesregierung hat bereits im vergangenen Jahr veröffentlicht, wie der Trend bei den Renten für die Zukunft aussieht. „Abwärts", schreibt der „Focus". Das Rentenniveau sinke laut Prognose von ehemals 55 Prozent im Jahr 1990 bis auf 43 Prozent im Jahr 2030. Die durchschnittliche Altersrente liege schon heute lediglich bei 745 Euro pro Mann sowie bei einer Frau von 566 Euro.

Das deutsche Rentensystem sichere Geringverdiener nicht ausreichend ab, wird in diesem Zusammenhang kritisiert. Das Nachrichtenmagazin „Focus" stellte nach der Veröffentlichung der OECD-Studie fest: „In Deutschland gilt: Wer arm ist, bleibt arm." Anders als in der Mehrzahl der anderen OECD-Länder würde nämlich in Deutschland nicht das Ziel verfolgt, der Altersarmut damit zu begegnen, dass die Rente von Geringverdienern, gemessen an ihrem Einkommen, sehr hoch ausfalle. Abgesehen vom der Überalterung der Gesellschaft drohe auch deshalb Deutschland spätestens 2030 Rentnerarmut. „Eine Umverteilung des Einkommens durchs Rentensystem gibt es hier praktisch nicht", erklärt die OECD-Rentenexpertin Monika Queisser, anders als etwa in Dänemark oder den Niederlanden, wo es Niedrigverdienern mit der Rente besonders gut gehe. „Die hundertprozentige Orientierung am Verdienst kennt kaum Umverteilung für sozial Schwächere. Das haben andere Länder für Menschen mit geringer bezahlten Jobs und gesundheitlich Benachteiligte besser geregelt", sagte Queisser.

> »Die hundertprozentige Orientierung am Verdienst kennt kaum Umverteilung für sozial Schwächere«

Hintergrund der Kritik ist, dass in Deutschland die Rente weniger ein sozialpolitisches Instrument ist, als dass sie vielmehr davon abhängt, was der Rentner vorher eingezahlt hat. Das deutsche Rentensystem funktioniert nach folgender Faustregel: Wer viel verdient, bekommt automatisch höhere Rentenbeiträge vom Lohn abgezogen und zahlt somit im Laufe der Zeit mehr in die Rentenkasse ein. Schließlich bekommt er deshalb später eine höhere Rente. Wer nur wenig verdient, zahlt entsprechend weniger ein und muss mit einer geringen staatlichen Rente auskommen.

Vielfach ist in der Vergangenheit daher schon von aufkommenden Rentenlücken geschrieben worden. Im Alter sollten etwa 80 Prozent des letzten Nettogehalts zur Verfügung stehen, erklärt die Stiftung Warentest in der Zeitschrift „Finanztest". Die staatliche Rente reiche aber längst nicht mehr aus, um dieses Niveau zu erreichen. Daher sollten Verbraucher rechtzeitig ihre persönliche Rentenlücke ausrechnen, um sie durch private Altersvorsorgeverträge zu schließen. Die OECD-Expertin Queisser meldet allerdings Zweifel daran, dass sich damit die Altersarmut von Geringverdienern verhindern lasse: „Denn es ist doch klar. Wer mehr verdient, hat auch mehr Geld, um es zur zusätzlichen Absicherung zu verwenden. Wer weniger verdient, entsprechend auch weniger."

Unter dem Strich stellt die OECD aber fest, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern eine solide Rentenfinanzierung habe. Die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung steigen laut der Studie bis 2060 von rund zehn auf knapp 13 Prozent des Bruttosozialprodukts. „Trotz immer mehr Älterer hat Deutschland durch Reformen der vergangenen Jahre sein Rentensystem stabilisiert. Andere Länder wären froh, wenn sie das sagen könnten", so Queisser. *P. Entinger*



Die OECD hatte neben Kritik auch Lob übrig für ihre Versorgung: Senioren in Deutschland Bild: pa

MELDUNGEN

Gewerkschaften schrumpfen

Berlin – Die gewerkschaftliche Verankerung der Arbeitnehmerschaft geht weiter zurück. Ende 2014 waren in Deutschland nur noch rund acht Millionen Menschen und somit nur noch 17,5 Prozent der Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft. Davon entfielen 6,1 Millionen auf die acht im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften und weitere 1,3 Millionen auf den Beamtenbund sowie die Tarifunion mit ihren 43 Einzelgewerkschaften. Zusätzlich gibt es noch den Christlichen Gewerkschaftsbund und einige Berufsgewerkschaften, die keinem Dachverband angehören. *J.H.*

Babynahrung rationiert

Berlin – Immer mehr Drogeriemärkte geben Babynahrung auf Milchpulverbasis nur noch „in haushaltsüblichen Mengen" ab. Grund für die Verknappung ist neben der seit zwei Jahren anhaltenden hohen Nachfrage aus China der laut Branchenkreisen „extrem hohe" Bedarf zahlreicher Asylunterkünfte. Einem Bericht der „Lebensmittel-Zeitung" zufolge hat sich mittlerweile ein regelrechter Graumarkt für Babynahrung etabliert. Einige Geschäfte verlangen daher bein Kauf die Vorlage der Geburtsurkunde des Kindes. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.027.443.068.473 €
Vorwoche: 2.027.347.137.464 €

Verschuldung pro Kopf:
25.005 €
Vorwoche: 25.004 €

(Dienstag, 8. Dezember 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Gläserne Griechen

Deklarationspflicht für Bargeld, Schmuck und Schließfachinhalte

Unter Hinweis auf die Tatsache, dass die Einnahmen des griechischen Staates aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise weiterhin auf niedrigem Niveau verharren, greift die Regierung in Athen nun zu einer drastischen Maßnahme. Innerhalb der EU bislang ohne Vorbild, sollen die griechischen Bürger ihre Bargeldbestände, ihren Schmuck und den Inhalt ihrer Schließfächer offiziell deklarieren. Wie das Internetblog „Keep Talking Greece" berichtet, sieht ein gemeinsames Dekret des Justiz- und des Finanzministeriums vor, das die Deklarationspflicht am 1. Januar 2016 in Kraft tritt.

Die von der Troika aus Europäischer Union, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds schon länger geforderte Deklarationspflicht soll die Staatseinnahmen aufbessern sowie die Griechen dazu bringen, ihr Geld wieder den einheimischen Banken anzuvertrauen. Aus Angst vor Vermögensverlusten hatten viele Hellenen ihre Guthaben von den Bankhäusern des Landes abgezogen und halten es nun als Bargeld.

Wie sich inzwischen gezeigt hat, waren die hinter diesem Vorgehen stehenden Befürchtungen nur zu begründet. Auf dem Höhepunkt der Griechenlandkrise sind tatsächlich Banken geschlossen und Kapitalverkehrskontrollen eingeführt worden. Als Folge war der Zugriff auf Konten eingeschränkt, konnte Geld nur in geringfügigen Beträgen abgehoben werden.

Kritiker befürchten, dass es sich bei der in Griechenland nun angekündigten Deklarationspflicht für Vermögenswerte um einen Testlauf handelt, der im Krisenfall auch auf andere EU-Länder übertragen werden soll. Als Argument für diese Sichtweise wird angeführt, dass schon bei der Gläubigerbeteiligung in Zypern behauptet wurde, dass es sich um einen Sonderfall handeln würde, der nicht auf andere europäische Länder übertragbar sei. Inzwischen ist das sogenannte Bail-in, die Heranziehung von Gläubigern zur Bankenrettung, geltendes EU-Recht.

> Fungiert Athen als Vorreiter für andere EU-Staaten?

Abzuwarten bleibt, ob die Deklarationspflicht die erhofften Wirkungen zeitigen wird oder ob sie am Ende sogar zu einer weiteren Kapitalflucht führt. Jedenfalls ist es der Syriza-Regierung von Alexis Tsipras bislang nicht gelungen, mit anderen Maßnahmen die Einnahmesituation des griechischen Staates entscheidend zu verbessern. Athen erwies sich als entweder nicht fähig oder aber nicht willens, die wirklich großen Steuerflüchtlinge heranzuziehen, um die Einnahmesituation des Staates zu verbessern.

Erst vor Kurzem ist durch Medienberichte bekannt geworden, dass Deutschland der Regierung in Athen eine Liste mutmaßlicher Steuersünder überreicht hat. Die von griechischen Medien als „Merkel-Liste" bezeichnete Aufstellung soll nach Informationen des „Spiegel" unter anderem die Namen prominenter Politiker und Unternehmer umfassen. Wie weiter berichtet wird, soll die griechische Regierung aus Berlin Informationen zu über 10000 Schweizer Konten griechischer Bürger und Firmen erhalten haben, die der Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe verdächtigt werden.

Auf Wirtschaftswachstum zur Gesundung der Staatsfinanzen kann Athen jedenfalls nicht setzen. So lag Hellas Wirtschaftsleistung im dritten Quartal noch einmal um 0,9 Prozent unter der des vorangegangenen. *Norman Hanert*

Nach VW nun Bosch

Klage in Detroit wegen Einbauteilen für Volkswagen-Fahrzeuge

Während sich der Autobauer Volkswagen in den USA auf eine Lawine von Sammelklagen vorbereitet, gerät nun mit dem Autozulieferer Bosch ein weiteres deutsches Unternehmen ins Visier der US-Justiz. Gegen die Firma ist beim Bezirksgericht in Detroit eine Klage eines Autokäufers eingereicht worden. Der Stuttgarter Autozulieferer wird darin beschuldigt, VW bei dem Betrug durch eine Software, die Abgaswerte im Test schönt, unterstützt zu haben. Nach Ansicht der Kläger soll der Zulieferer den Autobauer bereits vor Jahren über Bedenken bei den entsprechenden Komponenten informiert haben, dann aber trotzdem weiter Millionen davon angeboten haben. Aus Sicht Boschs ist dies ein haltloser Vorwurf. Bereits im September hatte Bosch in einer Stellungnahme erklärt, als Zulieferer lediglich Komponenten nach den speziellen Anforderungen der Kunden bereitzustellen. Auf deren Einsatz habe man keinen Einfluss, so die Argumentation des Technikunternehmens. Die Detroiter Klage zu kommentieren, hat Bosch bislang abgelehnt.

Bei Volkswagen selbst schlägt der Abgasskandal mit einigen Wochen Verzögerung inzwischen immer stärker auf den Absatz durch.



Nach VW ist jetzt auch Bosch im Visier der US-Ermittler: Firmenhauptsitz in Stuttgart Bild: wikipedia

Zwar sind die Einbußen auf dem deutschen Markt noch vergleichsweise moderat, offensichtlich ist aber, dass die US-Amerikaner die Marke VW mittlerweile zusehends meiden. So brachen im November die Verkaufszahlen von Volkswagen of America fast um ein Viertel ein. Verkauft wurden in den USA im vergangenen Monat lediglich noch 23882 Fahrzeuge. Auch in Großbritannien ist der Verkauf eingebrochen. Rund 20 Prozent weniger VW-Neuwagen wurden verkauft.

Bislang immer noch nicht abzusehen sind die finanziellen Belastungen, die VW in den USA drohen. Medienberichten zufolge sind gegen den Volkswagen-Konzern und einzelne Firmenvertreter in den USA inzwischen nahezu 500 Sammelklagen anhängig. Die Klagen richten sich teils auch gegen die VW-Töchter Audi und Porsche sowie persönlich gegen den früheren VW-Vorstandschef Martin Winterkorn und den US-Chef von VW, Michael Horn. Bei den Klägern handelt es sich sowohl um Privatpersonen als auch um Unternehmen, aber auch um Hochschulen oder Kommunen, die Schadenersatz von VW fordern. *N.H.*

Islamfeindlich

Von Manuel Ruoff

Die Chinesen bekämpfen die Islamisten im eigenen Land und verzichten auf Interventionen in der islamischen Welt (siehe Seite 6). Sie praktizieren wie die USA der Zwischenkriegszeit Isolationismus statt Imperialismus.

In der Bundesrepublik ist es umgekehrt. Wenn Islamisten im Morgenland einen islamischen Staat aufbauen wollen, werden sie von der Bundeswehr mit militärischer Gewalt bekämpft. Aber wenn Islamisten in Deutschland einen islamischen Staat aufbauen wollen. werden sie mit Hartz IV gepäppelt.

Eine Ausnahme bildet im bundesdeutschen Parteienspektrum die AfD. Sie ist gegen das Engagement der Bundeswehr in Syrien und für die Ausweisung von Islamisten aus Deutschland. Wegen dieser Position sieht sie sich dem Vorwurf der Islamophobie ausgesetzt.

Doch wer ist in Wahrheit islamfeindlicher: derjenige der durch Aufklärungsflüge hilft, Islamisten zu töten, weil sie in ihrer islamischen Heimat einen islamischen Staat aufbauen wollen, oder derjenige, der Islamisten an der Islamisierung seiner eigenen, christlich geprägten Heimat durch Ausweisung hindern will?

Konsequent

Von Ilse Hennigs

Jetzt hat der DOSB den widerspenstigen Hamburgern aber gezeigt, was eine Harke ist. Für ihre Weigerung, ihm in ihrer Stadt die Spiele auszurichten, auf dass die Spitzensportler nicht ins Ausland reisen müssen, hat der DOSB die Hansestädter mit dem Bannstrahl des Boykotts belegt (siehe Meldung Seite 3). Konsequent wäre es, wenn der DOSB nun auch entschieden den Anteil der Pfeffersäcke am schnöden Mammon zurückweisen würde, mit denen die deutschen Steuerzahler ihn und sein Treiben finanzieren.

Konsequent wäre eine Einstellung der Subventionierung des deutschen Spitzensports mit Hamburger Steuergeldern auch aus einem anderen Grunde. Eine Gemeinde, die mehrheitlich genügend Selbstbewusstsein gezeigt hat, um auf die steuerfinanzierte Ausrichtung olympischer Spiele zu verzichten, braucht auch keine steuerfinanzierten Goldmedaillen für ihr Ego und ihr Prestige. Schließlich ist die Freie und Hansestadt keine DDR, die so armselig war, dass sie glaubte, ihre angebliche Überlegenheit mit Olympiamedaillen unter Beweis stellen zu können und zu müssen. Völlig zu Recht haben uns deren Staatsamateure als Verrat am olympischen Gedanken abgestoßen. Da gibt es keinen Grund, es jetzt der DDR gleichzutun. Und wer sich an möglichst vielen deutschen Goldmedaillen ergötzen kann, der kann ja spenden.

Wenn Fans jeden Sonnabend ihr sauer verdientes Geld in die Stadien tragen, um ihre Kicker kicken zu sehen, dann ist das deren Angelegenheit. Es kann aber nicht Aufgabe des Staates sein, die Professionalisierung des Sports mit Zwangsabgaben seiner Bürger zu fördern.

Braune Etiketten

Von Frank Horns

Ein unerhörter Satz vorweg: Hitlers „Mein Kampf“ wird ab Januar in Deutschland wieder frei verkäuflich sein und man wünscht sich, dass viele Menschen es dann schnellstmöglich auf ihren Schreibtisch zu liegen bekommen. Seite für Seite sollten sie es studieren, aufsaugen, inhalieren.

Aber von Anfang an: Als Rechtsnachfolger des Franz-Eher-Verlags, des Zentralverlages der NSDAP, hatte der Freistaat Bayern die Veröffentlichung von Hitlers „Mein Kampf“ seit 1945 verboten. Zum Jahresende erlischt das Urheberrecht. Ab 2016 darf das Buch in Deutschland gedruckt und im Buchhandel angeboten werden. So wird gleich am 15. Januar 2016 „Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition“ erscheinen. Herausgegeben wird sie vom Münchner Institut für Zeitgeschichte (IfZ). Ursprünglich hat die bayerische Staatsregierung das Projekt finanziell unterstützt, später zog sie sich wieder zurück. Die zweibändige Ausgabe wird für 59 Euro erhältlich sein und enthält 3500 historisch-kritische Anmerkungen, die das Buch zu einer „Anti-Hitler-Schrift“ machen, so der Leiter des IfZ, der Historiker Andreas Wirsching.

Rassistisch, antisemitisch und antidemokratisch

Das ist gut und richtig. „Mein Kampf“ verbreitet Hitlers menschenverachtende Rassenideologie. Es stellt Juden als „Völkerparasiten“ dar und bezeichnet die jüdische Rasse als „Weltpest“. Das unsägliche Werk ist antisemitisch, rassistisch und antidemokratisch.

Es ist – und das ist natürlich eine Plattitüde – rechtsradikal. Auf 782 Seiten, in der Ausgabe von 1935, breitet dieses Buch aus, was der Begriff wirklich bedeutet. Genau das könnte ihm heutzutage sogar eine gewisse positive Wirkung bescheren. Mag der Text auch noch so schwülstig und umständlich formuliert sein, er zeigt glasklar, wie falsch, diffamierend und grotesk es ist, Parteien und Gruppierungen wie Pegida oder die AfD mit diesem Etikett zu belegen. All jenen, die das braune Stigma so freigiebig verteilen, wünscht man, dass sie sich Hitlers Schrift antun. Es ist unsinnig, einen Menschen der kritisch zum Islam steht als fremdfeindlich oder gar rassistisch zu bezeichnen. Wer für schärfere Grenzkontrollen ist, bekennt sich damit nicht zum Führerprinzip und wer nichts von der Genderideologie hält, möchte nicht automatisch Mutterkreuze an gebärfreudige deutsche Frauen verteilen.

Allein: Das braune Stigma hat sich natürlich längst als probates Mittel erwiesen, politisch Andersdenkende mundtot zu machen. Daran dürfte wohl auch die krude Gedankenwelt des „Führers“ nichts ändern.



Ab 2016 darf Hitlers „Mein Kampf“ wieder in Deutschland gedruckt und im Buchhandel verkauft werden.

Bild: ddp images

Gastbeitrag

Gesinnungsethik statt politischer Verantwortung

Von Klaus Hornung

Die Politik der Bundeskanzlerin war schon immer resolut und selbstbewusst; sie versteht es, sie in angenehme Verpackung zu hüllen, so dass sie als erfolgreich wahrgenommen wird. Sie hatte aber auch stets eine Kehrseite. Das begann bereits mit ihrem Eintritt in die CDU im Winter 1989 und setzte sich bei ihrem raschen Aufstieg zur Parteivorsitzenden und Kanzlerin fort. Ihre Überzeugungen waren stets beträchtlich von den Positionen ihrer Partei entfernt. Sie wird weniger von einem geschichtlichen und nationalen Bewusstsein bestimmt als von den Hoffnungen auf globalen und multikulturellen Fortschritt, zumal in Wissenschaften und Technik. Entsprechend verstand sie die Schwäche der CDU am Ende der Ära Kohl zu nützen und der Partei einen Kurs der Modernisierung und Sozialdemokratisierung zu verpassen. Sie verfolgte einen eigenwilligen Regierungsstil einsamer Entscheidungen, etwa bei der Abschaffung der Wehrpflicht und bei der Energiewende, hier trotz tiefgreifender Auswirkungen auf den deutschen Industriestandort.

Angela Merkels Motto: „Der Staat bin ich“

Diesen Regierungsstil setzte die Kanzlerin nun auch bei der Bewältigung der Massenflucht nach Deutschland fort. Wieder handelt sie nach dem Motto Ludwigs XIV.: „Der Staat bin ich.“ Auf Warnungen der Geheimdienste vor dem zu erwartenden Ausmaß der Invasion und auf die Ratschläge ihrer Sicherheitsfachleute hörte sie kaum. Stattdessen wirkte sie daran mit, der Welt die deutsche „Willkommenskultur“ zu verkünden und damit die Masseneinmigration zu provozieren. Rasch wurden Kabinettsentscheidungen getroffen, für die Flüchtlinge Milliarden Euro in zweistelliger Höhe zu mobilisieren. Hingegen wurden die Deutschen bis jetzt nicht gefragt, welche Belastungen sie auf sich zu nehmen bereit wären. Vom babylonischen Schuldenturm des Bundeshaushalts in Höhe von 2,3 Billionen Euro ist schon gar nicht die Rede.

Die erste Überraschung nach den einsamen Entscheidungen in Berlin dürfte die Reaktion Europas in Ost und West gewesen sein und sein Erstaunen über das dortige unvernünftige Handeln, an dessen Stelle eine deutsche „Tugendprahlerei“ trat, die sich nicht scheut, an der eigenen Bevölkerung „vorbeizuregieren“ und die Kritiker als Nazis und Rassisten zu diffamieren (wie etwa die Londoner „Times“ schrieb). Ist die Zentralmacht Europas zu einer Hippie-Gesellschaft ohne ein Minimum von Realpolitik geworden, wie der britische Historiker Anthony Glees fragte?

Bei der Auslösung der Völkerwanderung aus Asien und Afrika kommt der Kanzlerin aber auch das weltweit einmalige deutsche Asylrecht zustatten, das trotz seiner Korrekturen von 1993 den Asylanspruch eines jeden aus der weiten Welt als verfassungsrechtlich geschütztes Menschenrecht festschreibt und dessen humanitäre Generosität die Türen eines der großen Industriestaaten und einer großzügigen Versorgungsgesellschaft wie Scheunentore öffnet. Die Regierung der Bundesrepublik hat weder die deutsche Bevölkerung und die Wählerschaft über dieses Unikat eines grundrechtlich verbürgten Asylrechts unterrichtet noch versucht, es realistisch zu begrenzen. Vielmehr haben die Kanzlerin und die Bundesregierung Mitte Juli noch eine leichtfertige Entscheidung draufgesetzt und die deutschen Sicherheitsbehörden (Länderpolizeien, Bundespolizei) ausdrücklich angewiesen, zur Entspannung der Lage an der deutsch-österreichischen Grenze die Bestimmungen des deutschen Asylgesetzes über die Einreise nach Deutschland nicht anzuwenden. Diese Weisung wurde vom Bundesinnenministerium erst später wieder aufgehoben, was in der Praxis jedoch dazu führte, dass diese Bestimmung durchlöchert blieb. Deutschland ist so seit Monaten einer der wenigen Staaten, der sein geltendes Recht zur Sicherung seiner Grenzen teilweise aussetzt und damit einen gravierenden Kontrollverlust hinnimmt, ein Faktum, das von den Sicherheitsbehörden ausdrücklich als rechtswidrig bezeichnet wird. Man muss davon ausgehen, dass Zehntausenden von Asylbewerbern durchaus bekannt ist, dass ihr Zufluchtsraum ein rechtsfreies Gebiet geworden ist.

Die laxe Haltung der Kanzlerin und auch mancher Landesregierung in der Flüchtlingskrise hat zunehmende Proteste in der Öffentlichkeit und auch bei den Unionsparteien ausgelöst. In der Unionsfraktion des Bundestages ist es zu deutlich kritischen Tönen gegen den Kanzlerkurs gekommen, ohne dass die CDU-Vorsitzende allerdings bis jetzt einen Aufstand in der Fraktion zu befürchten hat. Ihre Verteidigungsstrategie stützt sich dabei deutlich auf die Steuerung der televisionären Medien, in denen die Regierungssender ARD und ZDF die sichere ideologische und personelle Mehrheit besitzen. Mehr Kritik ist dagegen in den Printmedien und auch in Teilen der sogenannten großen Presse festzustellen. Frau Merkel hat unterdessen erste Korrekturen bei den Abschiebungen und zur Herstellung „geordneter Verhältnisse“ bei der Flüchtlingsaufnahme vorgenommen. Ihre entschiedene Wendung zu mehr Realpolitik und die Formulierung von Obergrenzen bei den Flüchtlingszahlen sind jedoch noch nicht zu erkennen. In Europa droht eine tiefe Enttäuschung über den deutschen Kurs in der Flüchtlingskrise, eine Haltung, welche die Stabilität und Zukunft der Europäischen Union nachhaltig zu beschädigen droht. Im benachbarten Ausland trifft die Kanzlerin offenkundig auf mehr realpolitische Entschiedenheit als in Deutschland selbst, wo noch viele unter den schuldmoralischen Folgen der deutschen „Vergangenheitsbewältigung“ stehen.

In Europa droht eine tiefe Enttäuschung

Im Januar 1919, inmitten der damaligen revolutionären Umwälzungen, hielt der deutsche Soziologe Max Weber in München einen Vortrag „Der Beruf zur Politik“. In ihm skizzierte er die beiden ethischen Orientierungsmöglichkeiten politischen Handelns: Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Die erstere orientiere sich, so Weber, wesentlich an der Bergpredigt, wonach der Christ Recht tut und den Erfolg Gott anheimstellt.

Das verantwortungsethische Handeln in der Politik geht hingegen davon aus, dass es für die (voraussehbaren) Folgen seines Tuns einzustehen hat. Es ist schon erstaunlich, in welchem Maße die Bundeskanzlerin sich in der aktuellen Flüchtlings- und Asylpolitik einem gesinnungsethischen Handeln verschrieben hat und die politischen Kalkulationen dieser Entscheidung mit ihren langfristigen und wohl einschneidenden politischen Folgen nur zögernd zu erwägen bereit ist, sowohl in der Innenpolitik, im Blick auf die Kosten für die deutsche Gesellschaft und ihre Bürger wie im Blick auf die politische Zukunft Europas, die doch in vielen Jahren im Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns gestanden hatte. Hier stehen die politischen Eliten der Staaten der Europäischen Union ebenso vor dem Rätsel des Handelns von Frau Merkel wie dies auch in der deutschen politischen Klasse der Fall sein dürfte. Deutschland und Europa werden auf jeden Fall zu Opfern der aktuellen Massenflucht aus dem Orient.

Es könnte sich wiederholen, was wir 1989 beim Zusammenbruch des Kommunismus in der DDR erlebt haben, dass gravierende Fehler der politisch Verantwortlichen zu Ursachen tiefgreifender politischer Umbrüche historischen Ausmaßes werden. In der aktuellen Massenmigrationskrise kann nur noch umsichtiges und realpolitisches Handeln der sogenannten Eliten der Staaten heute und morgen auf ein gnädiges Schicksal hoffen lassen.

Große Klappe, viel dahinter

Frauenschwarm und Kinoheld – Am 13. Dezember wäre Curd Jürgens 100 Jahre alt geworden

Er war einer der aufregendsten Männer der jungen Bundesrepublik: Curd Jürgens, der 1,90 Meter große Hüne mit den breiten Schultern und der sinnlich-rauchigen Stimme. „Was hat der, was ich nicht habe", pflegte mancher Ehemann mit kaum verhohlenem Neid zu sagen, wenn die Gattin von dem betörenden Lächeln ihres Kinohelden schwärmte.

Dabei hatte die Karriere des 1915 in München geborenen Jürgens ganz bescheiden begonnen. Der selbstbewusste junge Mann, der mit dem berühmten silbernen Löffel im Mund von wohlhabenden Eltern geboren wurde, musste sich zunächst mit Rollen in Unterhaltungsfilmen zufrieden geben. „Wiener Madeln" war einer jener harmlosen Streifen, mit denen die braunen Machthaber 1944 das kriegsmüde Publikum bei der Stange halten wollten. Obgleich Regisseur Willi Forst Jürgens empfohlen hatte, mit seiner politischen Meinung hinter dem Berg zu halten, legte der sich mit einem hochrangigen NSDAP-Anhänger an und landete prompt im Straflager. „Klappe halten war noch nie mein Ding", soll er später gesagt haben. Seine Flucht aus dem Lager war ein Husarenstück und absolut filmreif – genauso wie wir den großen Mimen später in zahllosen Streifen erlebten.

Jürgens, Dandy und Liebhaber vom Dienst des deutschen Films, war ein gefundenes Fressen für die Regenbogenpresse. Etwas irritiert fragten sich selbst seine Fans, womit er denn mehr glänzte – mit seinen Filmen oder den vielen Affären mit den schönsten Frauen jener Zeit. Besonders temperamentvoll gestaltete sich die Ehe mit der rassigen Ungarin Eva Bártok. Ein ganz eifriger Paparazzo plauderte gar etwas über „fliegende Untertassen" in der Luxusvilla des Paares aus. Ein großer Geist wie Jürgens trug dies mit Fassung und wechselte zur nächsten Partnerin. Er habe ebenso wie der von ihm verehrte Oscar Wilde einen ganz einfachen Geschmack, ließ er das Publikum wissen. Für ihn komme nur das Beste in Frage.

Seinen weltweiten Ruhm als grandioser Schauspieler begründete Jürgens 1955 als General Harras in dem Film „Des Teufels General". Im diesem Streifen zugrunde liegenden Theaterstück gleichen Namens zeichnete Autor Carl Zuckmayer das Leben des berühmten Jagdfliegers Ernst Udet nach, der durch seine kritische Haltung gegenüber Hitler in Ungnade fiel und zum Suizid gezwungen wurde. Die Rolle des unbeugsamen, seinem Gewissen verpflichteten Generals war Jürgens auf den Leib geschrieben und machte ihn über Nacht zum Weltstar. Von Stund an rissen sich die internationalen Filmstudios um ihn. Besonders angetan hatte der „normannische Kleiderschrank" es den Franzosen, zumal Jürgens ihre Sprache perfekt beherrschte. Seine Mutter war Französin und hatte ihn und seine beiden Schwestern zweisprachig erzogen. Mit der Sexikone Brigitte Bardot drehte er „Und immer lockt das Weib", ein völlig belangloses Filmchen, das aber wegen der beiden hinreißenden Darsteller zum Kassenknüller wurde.

In der Folgezeit wechselten hoch dramatische Stoffe – unter anderen „Der längste Tag", „Lord Jim" und „Bis unter die Haut" – mit Schmonzetten wie „Der Kongress amüsiert sich" und seichten TV-Serien. Selbst für einen Edgar Wallace war der Superstar sich nicht zu schade. Jürgens' Luxusleben, seine Wohnungen und Häuser in Amerika und an der Côte d'Azur mussten bezahlt werden. Sein Image als großzügiger Gastgeber hatte halt seinen Preis. Indes stand es um seine Gesundheit nicht so gut. Das Herz des stets kraftvoll wirkenden Mannes war seinem umtriebigen Leben nicht gewachsen. Nach verschiedenen Operationen bekannte er einmal freimütig, ein kurzes erfülltes Leben sei ihm viel lieber als ein langes langweiliges.

Zu ganz großer Form lief Jürgens noch einmal 1975 nach der Vollendung seines 60. Lebensjahres auf, als er sich vor das Mikrofon stellte und in seinem unverwechselbaren Timbre das Lied „Sechzig Jahre und kein bisschen leise, sechzig Jahre und kein bisschen weise" zum Besten gab. Ein Text von ihm mehr gesprochen als gesungen. Dennoch wurde die Platte zu einem Riesenerfolg und die beiden kurzen Sätze Kult bis auf den heutigen Tag.

Als Jürgens 1982 kurz vor Fertigstellung des Films „Teheran 43" im Alter von nur 67 Jahren in Wien starb, trauerten nicht nur die Deutschen um ihren Weltstar. Während der Beisetzung auf dem Wiener Zentralfriedhof flog die österreichische Luftwaffe eine Ehrenformation über seinem Grab. Dem Mimen Jürgens hätte diese letzte Inszenierung sicher gut gefallen. *Uta Buhr*


Bild: action press

Zückt den Säbel und tötet mit der Wurstbombe: Curd Jürgens, 1969 als General von Pinck in „Mörder GmbH"

Dürrenmatt kreist über uns

Seit dem Jahr 2000 schwebt im All ein Himmelskörper namens Dürrenmatt. Ein namenloser Asteroid wurde damals nach dem Schweizer Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt benannt. Für einen Autor, der mit Dramentiteln wie „Die Physiker" oder „Der Meteor" Welterfolge feierte, war das eine passende Ehre.

Mit Astrophysik befasste sich der Autor, der vor 95 Jahren, am 5. Januar 1921, im Schweizer Emmental geboren und vor 25 Jahren, am 14. Dezember 1990, in Neuenburg (Neuchâtel) gestorben ist, allenfalls am Rande. Als Pfarrersohn interessierte ihn eher der ganz irdische Wahnsinn, den er in solchen ins Absurde grenzenden Komödien wie „Der Besuch der alten Dame" auf die Spitze trieb. In der Verfilmung des Stücks glänzte Elisabeth Flickenschildt 1959, wie sie als Milliardärin eine heuchlerische Dorfgemeinschaft narrt, die alles tut, nur um an ihr Geld zu kommen.

Überhaupt lief in Dürrenmatt-Dramen so mancher Star zur Höchstform auf. Heinz Rühmann etwa, der in dem Film „Es geschah am helllichten Tag" den von Gerd Fröbe gespielten Kindermörder zu Fall bringt. Die eigene Drehbuchvorlage schrieb Dürrenmatt später in den Roman „Das Versprechen" um. Mit Krimis wie „Der Richter und der Henker" fing denn auch seine Autorenkarriere an, doch bedeutend war er als meistgespielter deutschsprachiger Bühnenautor der 50er und 60er Jahre. Zum Jahrestag seines Todes ist bei Diogenes zu 40 Euro ein 1600-Seiten-Band mit sämtlichen Stücken erschienen. Und das Schauspielhaus Zürich ehrt den neben Max Frisch bedeutendsten Schweizer Autor des 20. Jahrhunderts am 11. Dezember mit einer Premiere der Neuinszenierung von „Der Besuch der alten Dame" (www.schauspielhaus.ch). *Harald Tews*

Funkelnd wie ein Weihnachtsstern

Witzig, klassisch, meditativ – Die Festtage klingen vielfältiger, wenn man die richtige CD dafür hat

Heiligabend führt kein Weg an Klassikern wie „O Tannenbaum" oder „Stille Nacht, heilige Nacht" vorbei. Damit an den Festtagen aber mal für etwas musikalische Abwechslung gesorgt ist, bringen die Plattenfirmen jährlich neue Alben mit Weihnachtsliedern aus den Bereichen Rock, Pop, Klassik oder Jazz heraus. Hier eine erste kleine Auswahl neuer CD-Einspielungen, die man durchaus als Geschenk untern Christbaum legen kann. Weitere CD-Tipps folgen in unserer nächsten Ausgabe.



„Sing meinen Song – Das Weihnachtskonzert" Vol. 2 (Xn-Tertainment)

Die zweite Staffel von „Sing meinen Song – Das Tauschkonzert" auf VOX hat nicht nur Fans und Kritiker überzeugt, sondern übertraf auch die Ergebnisse der ersten Staffel. Nach so viel Zuspruch gibt es auch diesmal ein Weihnachts-Special mit allen Künstlern der zweiten Staffel. Dazu lud Gastgeber Xavier Naidoo seine Gesangs-Kollegen ins österreichische Ellmau ein, wo sie ihre Lieblings-Weihnachtshits aufführten. In gemütlicher, familiärer Atmosphäre stimmte er sich mit Andreas Bourani, Christina Stürmer, Daniel Wirtz, den „Prinzen" Sebastian Krumbiegel und Tobias Künzel, Hartmut Engler sowie Yvonne Catterfeld musikalisch auf das Fest der Liebe ein. Nachzuhören auf CD und zu sehen am Dienstag, den 15. Dezember um 20.15 Uhr auf VOX.



„Weihnachten mit LaLeLu" (Conträr)

Popkönigin Shakira erscheint als Christkind, George Michael erklärt, warum er Angst vor Heiligabend hat, und Drafi Deutscher droht: Morgen kommt der Weihnachtsmann. Die vier A-cappella-Akrobaten aus Hamburg enthüllen die ganze Wahrheit über das Fest: Richtig besinnlich ist es nur in der Weihnachtsmetzgerei. Weihnachten mit LaLeLu – das ist immer etwas Besonderes! Nachzuhören auf CD und vor Weihnachten noch unter anderem live zu erleben am 13. in der Martinikirche in Melle, am 14. in Hamburg im Schmidts Tivoli, am 18. im Stadttheater Heide, oder am 20. im Lessingtheater Wolfenbüttel.



Godewind: „Frohe Weihnacht" (Moin Records)

Für viele Norddeutsche ist Weihnachten dann, wenn Godewind aufgetreten ist. Rechtzeitig zur Weihnachtstournee ist jetzt die neue CD der nordischen Band erschienen. Das Album trägt den Titel „Frohe Weihnacht" und enthält 13 Eigenkompositionen – je zur Hälfte platt- und hochdeutsch. Mit dabei auch ein Dankeschön-Titel, mit dem sich Anja Bublitz und ihre Bandkollegen Heiko Reese, Sven Zimmermann und Shanger Ohl bei ihren Fans für ihre Treue bedanken. Live zu erleben sind die Godewindler am 18. Dezember in Itzehoe und am 23. Dezember in Husum.



„Der Singer Pur Adventskalender – 24 Lieder zum Advent" (Oehms Klassik)

Beim Musikpreis Echo Klassik erhielt das Vokalsextett Singer Pur gleich drei Auszeichnungen für virtuosen A-cappella-Gesang und musikalische Entdeckungsfreude. Nun legt die von der Fachpresse zum „derzeit führenden deutschsprachigen Vokalensemble" ernannte Gruppe ihre neue CD mit erfrischenden Arrangements und traditionellen Liedern zum Advent vor. Das Warten auf den Weihnachtsabend verkürzt dabei jeden Morgen das Öffnen eines Türchens, hinter dem sich eine kleine Überraschung verbirgt. Diesem Prinzip folgen Singer Pur mit ihrem klingenden Adventskalender, der 24 stimmungsvolle Kompositionen vereint, deren musikalischer Bogen sich von traditionellen alpenländischen Klängen über „Leise rieselt der Schnee" bis hin zu Händels „Tochter Zion" spannt.



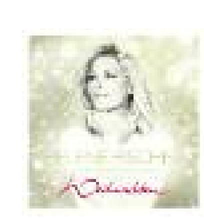
„O heilige Nacht – Romantische Chormusik zur Weihnachtszeit" (Carus)

Der Dresdner Kammerchor feiert unter seinem Dirigenten Hans-Christoph Rademann sein 30-jähriges Bestehen unter anderem mit einer Aufnahme mit Chormusik für die Advents- und Weihnachtszeit aus dem 19. Jahrhundert. Die Komponisten, darunter Max Reger, Max Bruch und Carl Loewe, weisen mit ihren Kompositionen auf alte Melodien und Texte vergangener Jahrhunderte mal mehr, mal weniger hörbar, in die Moderne. Auf der Aufnahme finden sich auch Weltersteinspielungen wie Max Regers „Jesu, großer Wunderstern" oder eine Bearbeitung von Robert Schumanns „Weihnachtslied" durch Carl Reinthaler.



Die Priester „Salus Advenit" (Electrola)

Die Priester – das sind drei katholische Geistliche, die seit ihrem Debütalbum „Spiritus Dei" von 2011 höchst erfolgreich Pop und geistliche Musik miteinander vereint haben. In „Salus Advenit", was aus dem Lateinischen übersetzt „das Heil ist gekommen" bedeutet, geht es jetzt um die Geburt Jesu Christi und damit um den Kern des christlichen Glaubens an sich. Die Priester laden zu einer spirituellen Reise in die Adventszeit, zur Vorbereitung auf das große Fest der Liebe und damit zum Innehalten ein. Es ist kein Weihnachtsalbum im eigentlichen Sinne, sondern ein meditatives Werk, das von der Mystik geprägt zur religiösen Kontemplation und inneren Einkehr bei den Festtagen inspiriert.



Helene Fischer: „Weihnachten" (Polydor)

Das Royal Philharmonic Orchestra bildet den musikalisch-perfekten Teppich, auf dem die Stimme von Helene Fischer funkelt wie ein Weihnachtsstern. Ob klassisch-weihnachtliche Lieder, die wir alle von Kindesbeinen an singen, oder christliches Liedgut, ob moderne Weihnachtslieder für Kinder oder Erwachsene oder die allseits bekannten amerikanischen beziehungsweise internationalen Weihnachtslieder. „Weihnachten" vereint 35 der beliebtesten Weihnachtslieder aller Zeiten auf einem Doppel-Album mit zwei CD. *A. Guballa/H. Tews*

Filmtipp

Ein Weihnachtslied heißt im Englischen „carol". Trotzdem sollte man weder Weihnachtliches noch Lieder erwarten, wenn am 17. Dezember der Film **„Carol"** in den Kinos startet. Carol lautet der Vorname der Hauptfigur, die zur Weihnachtszeit in den 1950er Jahren in der Spielzeugabteilung eines New Yorker Warenhauses die Aufmerksamkeit der jungen Verkäuferin Therese Belivet erregt. Einige Augenkontakte später ist klar: Die beiden sind einander sehr zugetan. Gegen alle familiären Widerstände der verheirateten Carol entwickelt sich eine zarte Liebesgeschichte zweier Frauen, die nicht durch Gewalt oder Sex getrübt wird, und die trotz der McCarthy-Ära, in der Homosexualität geächtet war, ein Happy-End findet.

Der Film basiert auf einem autobiografisch gefärbten Roman von Patricia Highsmith, die eher durch ihre subtilen Krimis berühmt geworden ist. Doch in ihrem zweiten Roman, den sie wegen der heiklen Thematik unter dem Pseudonym Claire Morgan erscheinen ließ, war sie noch dabei, ihre eigenen Lebenskrisen zu verarbeiten. Es gelang ihr so gut, dass sich das Buch, das auf Deutsch „Salz und sein Preis" heißt, allein in den USA eine Million Mal verkaufte.

In der die 50er Jahre glaubhaft zum Leben erweckenden Verfilmung glänzt die australische „Elizabeth"-Darstellerin Cate Blanchett als Carol durch so viel Grazie, dass sie schon zum Kreis der nächsten Oscar-Kandidatinnen gerechnet wird. *tws*

Gab es Mohammed wirklich?

Die Vertreter der kritischen beziehungsweise alternativen Islamgeschichte behaupten, eine solche Person habe es nie gegeben

Für die rund 1,6 Milliarden Muslime ist es eine unverrückbare Tatsache, dass der Koran die wörtlichen Offenbarungen enthalte, die Allah dem Propheten Mohammed habe zuteilwerden lassen. Dahingegen behaupten die Vertreter der kritischen beziehungsweise alternativen Islamgeschichte, eine solche Person habe es nie gegeben – und ihre Argumente wirken durchaus schlüssig.



Trotz des Bilderverbots im Islam liegen uns einige Darstellungen vor: Dieses Bild vermittelte uns Michel Baudier in seiner „Histoire générale de la religion des turcs", Paris 1625 Bild: Archiv

Die Entstehung des Islam spiegelt sich vor allem in zwei Arten von Quellen wider: dem Koran, der zwischen 610 und 632 nach Christi Geburt von Mohammed „empfangen" und dann wenige Jahrzehnte später niedergeschrieben worden sein soll, sowie den mündlichen Berichten über den Propheten, deren Aufzeichnung freilich erst im 9. und 10. Jahrhundert erfolgte. An diesen Zeugnissen orientieren sich auch die Vertreter der traditionellen Islamwissenschaften. Dabei verzichten sie allerdings darauf, die Überlieferungen aus der Frühzeit des Islam mittels historisch-kritischer Methoden zu analysieren und deren Plausibilität unter Berücksichtigung der Ergebnisse anderer Fachdisziplinen wie der Anthropologie, Archäologie, Epigraphik und Numismatik zu diskutieren. So wird beispielsweise komplett ignoriert, dass eine sichere und wie im Falle des Islam auch noch höchst detaillierte mündliche Überlieferung von historischen Fakten über zwei bis drei Jahrhunderte hinweg ganz eindeutig in den Bereich des Unmöglichen fällt: Wie Völkerkundler inzwischen mehrfach nachgewiesen haben, kommt es spätestens nach 60 Jahren zu gravierenden sinnentstellenden Verfälschungen.

Gründe für dieses unwissenschaftliche und somit letztlich irrationale Vertrauen in die Aussagen des Korans, der Sunna (Überlieferungen über die „Handlungsweise des Propheten") und der Hadithe (Sammlung von Berichten über die Aussprüche und Taten Mohammeds) gibt es viele. Diese reichen von schlichter akademischer Borniertheit über die individuelle Begeisterung für den Islam bis hin zu dem Wunsch, nur politisch und gesellschaftlich erwünschte Forschungsergebnisse hervorzubringen – und das gilt keineswegs bloß für Islamwissenschaftler in muslimischen Ländern, die ja letztlich gar nicht anders agieren können. So steht das auf 18 Jahre angelegte Corpus-Coranicum-Projekt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, das im Rahmen des Akademieprogramms von Bund und Ländern gesponsert wird und an dessen Ende eine Edition der wichtigsten Handschriften des ersten Jahrhunderts der islamischen Zeitrechnung stehen soll, unter dem expliziten Vorbehalt, dass niemand die theologische und kulturelle Eigenständigkeit des Islam in Zweifel ziehen dürfe.

Dabei tut gerade das bitter Not, wie die Veröffentlichungen von alternativen Islamforschern zeigen, die sich ihrem Untersuchungsgegenstand unvoreingenommen und unter Anwendung der üblichen fachwissenschaftlichen Methoden nähern. Viele von diesen Querdenkern gehören zum Netzwerk des Saarbrücker Instituts zur Erforschung der frühen Islamgeschichte und des Koran (kurz: Inarah für arabisch „Aufklärung"). Dessen prominentestes Aushängeschild ist Christoph Luxenberg, der 2000 das Buch „Die syro-aramäische Lesart des Koran" veröffentlichte, wobei „Luxenberg" ein Pseudonym ist, da der Autor um sein Leben fürchten muss, wenn seine wahre Identität bekannt wird. Immerhin stehen die Inarah-Forscher ja unter demonstrativer Beobachtung diverser islamistischer Gruppen des In- und Auslands, darunter besonders der Türkei, deren hetzerische Internetauftritte Bände sprechen. „Luxenberg" hat nämlich das „Sakrileg" begangen, die These aufzustellen, dass der Koran keinesfalls auf einer mündlichen arabischen Überlieferung basiere, was dann auch eine erstmalige Niederschrift zur Zeit des dritten Kalifen Uthman, also zwischen 650 und 656 nach Christi Geburt, ausschließe. Stattdessen sei der Ur-Koran in einer aramäisch-früharabischen Mischsprache verfasst worden – und zwar unter Verwendung syrisch-aramäischer Schriftzeichen.



Karl-Heinz Ohlig: Der Emeritus war von 1970 bis 1978 Professor für Katholische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule des Saarlandes und danach Professor für Religionswissenschaft und Geschichte des Christentums an der Universität des Saarlandes

Doch damit nicht genug. Wie Karl-Heinz Ohlig, Markus Groß, Volker Popp, Elisabeth und Gerd-Rüdiger Puin und andere in den mittlerweile sieben Sammelbänden des Inarah-Institutes nachgewiesen haben, kann die ursprüngliche Fassung des Korans auch keinesfalls in der Arabischen Wüste entstanden sein. Zum einen lebten hier nur analphabetische Nomaden – außer in den Städten Mekka und Medina natürlich. Aber diese tauchen im Koran nur ganze viermal auf, wobei der Kontext auch noch völlig unklar ist, so dass sich die Frage stellt, ob hier überhaupt von den beiden arabischen Ortschaften die Rede ist. Zum anderen deutet die sprachliche Prägung des Korans sehr viel eher auf eine Herkunft aus der Stadt Merw in Chorasan hin, eine Region im Süden der heutigen Republik Turkmenistan.

In diesem multikulturellen Schmelztiegel an der Seidenstraße lebten im 6. Jahrhundert zahlreiche aramäisch sprechende Christen, die aus dem Osten Syriens kamen und besonders konservativ waren. Deshalb lehnten sie auch die Beschlüsse des Konzils von Nizäa und weiterer griechischer Konzilien ab, die auf die Übernahme der Bi- beziehungsweise Trinitätslehre, also der Lehre von der Zweieinigkeit von Gott und dessen Sohn sowie von der Dreifaltigkeit, hinausliefen: Für sie war Jesus nichts anderes als ein Mensch und Gesandter des einzig existierenden Gottes. Dieses im Grundsatz strikt monotheistische Glaubensbekenntnis wurde dann wohl ab 553 nach Christi Geburt niedergeschrieben und bildete nach Ansicht der alternativen Islamforscher den Ur-Koran. Aus der Perspektive des Inarah-Kreises ist die Heilige Schrift der Muslime also definitiv keine Gründungsurkunde einer neuen Religion, sondern lediglich das Credo bestimmter orthodoxer Abweichler von der Hauptströmung des Christentums, die sich damals in Syrien und Chorasan sammelten.

Andererseits blieb die sogenannte koranische Bewegung aber nur rund ein Jahrhundert lang christlich. Dies erklärt die alternative Islamgeschichte mit dem Wirken arabischer Herrscher, die das politische Vakuum im Raum zwischen Mesopotamien und Afghanistan füllten, das nach dem Zusammenbruch des persischen Großreiches der Sassaniden um 650 nach Christi Geburt entstanden war. Besonders tat sich dabei Abu I-Walid Abd al-Malik Ibn Marwan hervor, dessen Siegeszug auch genau im besagten Merw begann. Nach Meinung der Inarah-Leute sorgten er und seine Nachfolger für eine Vereinnahmung des syrisch-aramäischen Ur-Korans, wohinter der Wunsch stand, dem neu entstandenen Reich der Umayyaden auch eine innovative und genuin arabische Religion zu geben.

Zu diesem Zweck sei der anfänglich gemischtsprachige, aramäisch-früharabische Koran komplett ins mittlerweile fortentwickelte Arabisch des 7. Jahrhunderts transkribiert worden. Es habe also keine Übersetzung der nichtarabischen Passagen stattgefunden, sondern eine Niederschrift der zahllosen aramäischen Wörter und Sätze mittels arabischer Schriftzeichen, was die vielen „dunklen Stellen" im Koran erkläre, welche sich zwar dem Aramäisch, nicht aber dem Arabisch Sprechenden erschließen.

Zudem verweisen Groß, Ohlig und die anderen völlig zu Recht auf den Umstand, dass die damals verwendete arabische Schrift äußerst unpraktisch gewesen sei, weil sie weder Zeichen für Vokale und grammatikalische Endungen noch sogenannte diakritische Zeichen zur unmissverständlichen Darstellung der vielen mehrdeutigen Konsonanten gekannt habe. Das musste zwangsläufig zu weiterer Verwirrung führen, da allerlei differierende Lesarten möglich waren. So entstand auf diese Weise unter anderem die bekannte Legende von den „großäugigen Jungfrauen", die im Paradies auf die muslimischen Märtyrer warten: Ursprünglich war da lediglich von „weißen Weintrauben" die Rede, aber irgendwann wollte offenbar jemand aus dem Text etwas Motivierenderes herauslesen.

Ansonsten erhielt die angebliche neue und „urarabische" Religion erst zum Ende des 7. Jahrhunderts die Bezeichnung „Islam", das heißt „Übereinstimmung mit der Schrift", womit der einstmals christliche, aber ketzerische Ur-Koran gemeint war, denn keine einzige Quelle aus der Zeit vor 692 bezeichnet die Araber als Muslime. Allerdings war es mit dieser Umbenennung nicht getan, denn es fehlte ja auch noch ein Gründungsmythos, in dem ein Araber den Part des Religionsstifters spielte. Und hier trat offenbar wieder Abd al-Malik auf den Plan. Nach Ansicht der alternativen Islamgeschichtler nahm er einen genialen Kunstgriff vor, dessen Einfachheit ebenso verblüfft wie seine Wirksamkeit, die bis zum heutigen Tage anhält.

Im Nahen Osten war es damals gängige Praxis, das syrisch-aramäische Verbaladjektiv „Mahmet" – übersetzt: „Der zu Preisende" – als zusätzliches Beiwort (Epitheton) für Jesus Christus zu nutzen. Dies taten auch die arabischen Herrscher, welche sich auf die Erstfassung des Korans beriefen. Dabei verwendeten sie aber die arabisierte Form von „Mahmet", die „Muhammad" lautete. Dass das tatsächlich noch bis zum Ende des 7. Jahrhunderts Usus war, beweist unter anderem eine Silbermünze des Abd al-Malik aus dem Jahre 687, auf der Jesus – und tatsächlich wirklich Jesus und kein anderer – ganz explizit als „Muhammadun rasul Allah", also „Der zu preisende Gesandte Gottes", bezeichnet wird. Dann freilich, so der Numismatiker und Inschriftenkundler Volker Popp, sei Abd al-Malik, der noch bis 705 regierte, dazu übergegangen, das christologische Prädikat aus seinem Bezug zu Jesus zu lösen und auf eine erfundene arabische Gestalt zu übertragen, eben den Propheten „Mohammed", den angeblichen Begründer des Islam. Damit steht für die alternativen Islamhistoriker fest, dass Mohammed niemals existiert habe, woraus sich dann auch ergebe, dass man weder der Sunna noch den Hadithen vertrauen dürfe: Deren Zweck sei einzig und allein gewesen, die fehlende Historizität des Propheten sowie die christliche Herkunft des Korans beziehungsweise des Islam zu verschleiern.



Angelika Neuwirth: Die Universitätsprofessorin und Inhaberin des Lehrstuhls für Arabistik an der Freien Universität Berlin leitet das Forschungsvorhaben Corpus Coranicum

Damit liegt nun ein dezidierter Gegenentwurf zur islamischen Tradition und der konventionellen Islamgeschichte vor, der nicht nur den Zorn der Muslime, sondern auch den Widerspruch der etablierten Islamforscher erregt. Deren Argumente sind freilich äußerst dürftig: Statt auf die inzwischen bereits überreichlich vorgelegten Beweismittel einzugehen, werden die Inarah-Publikationen schlicht und einfach ignoriert. Oder man spricht den Autoren die Kompetenz ab, obwohl es sich in allen Fällen um ausgewiesene, international anerkannte Vertreter ihres jeweiligen Faches handelt. Hier führen übrigens auch und gerade arabische Muttersprachler das große Wort, die ihrerseits noch nicht einmal das Altarabische geschweige denn die relevanten wissenschaftlichen Methoden beherrschen. Darüber hinaus wird gebetsmühlenartig betont, dass ja neben der Sunna und den Hadithen kaum Quellen existieren, die Licht in die Frühzeit des Islam bringen könnten, was ebenfalls eine reine Schutzbehauptung ist.

Und dann wären da noch die Vorwürfe politischer Art: So äußerte die Arabistik-Professorin Angelika Neuwirth, die das Corpus-Coranicum-Projekt leitet, Zweifel an der geschichtlichen Existenz Mohammeds seien eine Provokation, während andere etablierte Fachvertreter gar den „Dialog mit der islamischen Welt" gefährdet sahen. Daraus wiederum leiteten dann Kommentatoren im arabischen Raum und der Türkei ab, dass Inarah Teil einer „anti-islamischen Kultur" sei, die den Islam und die Muslime bedrohe und das Bild verbreite, dass „Muslime ein in der Steinzeit lebendes Pack seien, das gewaltsam versuche, sich von wissenschaftlichen Forschungen abzuschneiden" (so die wörtliche Aussage auf der Website timeturk.com).

Andererseits jedoch regten die Publikationen des Inarah-Institutes weitere Forscher im In- und Ausland an, sich den Thesen der Saarbrücker anzuschließen und diese durch eigene Beiträge zu erweitern beziehungsweise zu untermauern; in diesem Zusammenhang wären unter anderem Claude Gilliot, Robert Kerr, Ibn Warraq, Muhammad Kalisch und Geneviève Gobillot zu erwähnen. Damit steht zu erwarten, dass die traditionelle Islamwissenschaft weiter in die Defensive gedrängt wird – auch wenn es in Deutschland aufgrund des Diktats der Politischen Korrektheit derzeit deutlich schwieriger geworden ist, die Mythen rund um den Islam öffentlich zu entzaubern. Schließlich leben wir inzwischen im Zeitalter der Globalisierung, und das hat zumindest den Vorteil, dass Wissenschaftler sich weltweit vernetzen und Angriffe auf die Meinungsfreiheit, die im nationalen Rahmen stattfinden, ausmanövrieren können.

Wolfgang Kaufmann

Weimars Reichstagspräsident

Der Namensgeber des Paul-Löbe-Hauses stand von 1920 bis 1932 fast ununterbrochen an der Spitze des Parlamentes

Der große, moderne Funktionsbau des Bundestages neben dem Reichstagsgebäude und gegenüber vom Bundeskanzleramt trägt seinen Namen. Paul Löbe amtierte nicht nur ein Dutzend Jahre als Reichstagspräsident, sondern stand auch als Alterspräsident kurz an der Spitze des ersten Bundestages.

Vor 140 Jahren, am 14. Dezember 1875, wurde Paul Löbe als erstes von vier Kindern eines Tischlers und einer Schneiderin in der schlesischen Kreisstadt Liegnitz geboren. Sein Elternhaus war hoch politisch. Am Abend wurden aktuelle Reichstagsreden sozialdemokratischer Abgeordneter gelesen und diskutiert. Schon als 14-Jähriger verteilte er sozialistische Flugblätter im Reichstagswahlkampf, als 16-Jähriger schrieb er Artikel für die sozialdemokratische „Volkswacht" in Breslau. Sein Berufswunsch, Lehrer zu werden, erfüllte sich nicht. Stattdessen erlernte er 1890 bis 1895 das Schriftsetzerhandwerk, ging zünftig auf die Walz. Anschließend arbeitete er für die „Volkswacht". erst als Setzer, dann ab 1899 als Redakteur und schließlich von 1913 bis 1919 als Chefredakteur.

1893 war Löbe bereits in die SPD eingetreten. 1900 wurde er Ortsvorsitzender in Breslau, vier Jahre später in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, der er bis 1920 angehörte. Ebenfalls bis 1920 blieb er auch im Landtag, in den er 1914 gewählt wurde. Löbes Mühen um Verständigung, das ihm später als Reichstagspräsident zupass kam, zeigte sich auch innerhalb der Partei. Er bemühte sich um eine Verständigung mit dem linken Flügel, doch gehörte er eher dem rechten an. Nach der Rückkehr seines Parteifreundes Eduard Bernstein aus dem Londoner Exil setzte er sich entschieden für den sogenannten Revisionisten ein, der im Gegensatz zu Karl Marx auf Reformen und den parlamentarischen, legalen Weg zur Macht setzte statt auf die Revolution. Und im Ersten Weltkrieg hielt er es mit den Mehrheitsdemokraten um Friedrich Ebert, welche die Kriegskredite unterstützten und einen Verständigungsfrieden anstrebten.

In der Novemberrevolution wollte Ebert Löbe für den Rat der Volksbeauftragten gewinnen, doch letzterer lehnte ab. Einige Jahre später, nach dem Tod Eberts 1925, schlug ihn ihre Partei als Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten vor. Und Löbe lehnte abermals ab. Ebenso reagierte er auf die diversen Angebote, Minister zu werden. Löbe zog es weniger in die Exekutive denn in die Legislative. Er ließ sich in die verfassungsgebende Nationalversammlung wählen und wurde dort einer der Vizepräsidenten.

Im nachfolgenden ersten Reichstag der Weimarer Republik wurde er dann Präsident. Die SPD wurde bei den Wahlen von 1920 stärkste Kraft und ihr Kandidat für das Reichstagspräsidentenamt erhielt 397 von 420 Stimmen.

Bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 kam die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) bis auf einen Prozentpunkt an die SPD heran und deren Kandidat Max Wallraff setzte sich in einer Kampfabstimmung mit 227 zu 151 Stimmen gegen Löbe durch. Doch bei den Wahlen zum dritten Weimarer Reichstag sieben Monate später konnte die SPD ihren Vorsprung auf 5,5 Prozentpunkte ausbauen und ihr Kandidat Löbe daraufhin am 5. Januar 1925 eine Mehrheit von 231 von 447 Stimmen auf sich vereinen. Vier Jahre später konnten die Sozialdemokraten ihren Vorsprung vor den Deutschnationalen gar auf 15,5 Punkte ausbauen. Als einziger Kandidat erhielt Löbe 318 von 445 Stimmen. Bei der Wahl von 1930 verlor die SPD 5,3 Prozentpunkte und Löbe musste in die Stichwahl. Mit 269 gegen 209 Stimmen konnte Löbe sich ein letztes Mal bei einer Reichspräsidentenwahl durchsetzen, diesmal gegen Ernst Scholz von der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP).

Bei der Reichstagswahl vom Juli 1932 löste die NSDAP die SPD als stärkste Partei ab. Deren Kandidat Hermann Göring besiegte Löbe bei einer Kampfabstimmung mit 367 gegen 135 Stimmen eindeutig. Nach der letzten vollständig demokratischen Reichstagswahl vom November 1932 obsiegte Göring erneut über Löbe, diesmal mit 279 zu 120 Stimmen. Das Ergebnis spiegelte die vorangegangene Reichstagswahl wider. Die NSDAP hatte stärker verloren als die SPD, war aber immer noch mit Abstand stärkste Kraft. Nach dem Verlust des Reichspräsidentenamtes kehrte Löbe in seinen Beruf als Journalist zurück. Er wurde Mitglied der „Vorwärts"-Redaktion.


Bild: Bundesarchiv, Bild 102-10562 / CC-BY-SA 3.0

Auf dem Weg zur letzten gewonnenen Reichstagspräsidentenwahl: Paul Löbe

Dafür, dass Löbe als Reichstagspräsident tatsächlich „gerecht und unparteiisch, ruhig, sicher und liebenswürdig in seinen Formen", ein Zitat des Historikers Erich Eyck, agiert hatte, spricht, dass ihm nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten auf Anweisung Adolf Hitlers eine Pension in Höhe von 600 Reichsmark gewährt wurde, die bis 1945 pünktlich ausgezahlt wurde.

Das schützte den Sozialdemokraten jedoch nicht vor der Verfolgung der SPD durch die Nationalsozialisten während der NS-Zeit. Im Gegensatz zu vielen seiner Parteifreunde wählte Löbe nicht das Exil, sondern blieb im Lande. Für wenige Tage wurde er Vorsitzender eines sogenannten Direktoriums der Inlands-SPD, dann wurde die Partei verboten und Löbe ins KZ Breslau-Dürrgoy verbracht.

Weihnachten 1933 kam er wieder frei unter der Bedingung, sich nicht politisch zu betätigen. Löbe hielt sich weitgehend an das Verbot und fand nach einigen Monaten Arbeit als Korrektor im wissenschaftlichen Verlag Walter de Gruyter in Berlin.

Die Männer des 20. Juli, zu denen Löbe Kontakt hatte, wollten ihn wieder zum Reichstagspräsidenten machen. Nach dem Attentat wurde Löbe auch tatsächlich verhaftet, aber nach einem Monat wieder auf freien Fuß gesetzt.

In Nachkriegsdeutschland engagierte sich Löbe zuerst in der Ost-SPD, deren „Zentralausschuss" genannten Leitungsgremium er angehörte. Wieder arbeitete Löbe als Journalist, diesmal als Redakteur der vom Zentralausschuss herausgegeben Parteizeitung „Das Volk". Löbe war jedoch gegen die Vereinigung mit der KPD zur SED und wechselte deshalb, sowohl geografisch als auch politisch in den Westen.

Er zog in den Westsektor Berlins und erhielt 1946 eine Lizenz für das Berliner Lokalblatt „Der Telegraf". Ebenfalls 1946 wurde er Vorstandsmitglied der West-SPD. Typisch für die vermittelnde Position Löbes, hatte er sich für den Westen mit seiner parlamentarischen Demokratie entschieden, versuchte aber im Gegensatz zu seinem Parteivorsitzenden Kurt Schumacher den Kontakt zum kommunistischen Osten zu pflegen – was ihm einen öffentlichen Rüffel des Antikommunisten einbrachte.

Als Vertreter Berlins zog er sowohl in den Parlamentarischen Rat als auch in den ersten Bundestag ein. Dessen konstituierende Sitzung eröffnete er als Alterspräsident. Wie im Weimarer bemühte sich Löbe nun auch im Bonner Parlament um eine Verbesserung des Umgangstons. Nach dem Ende der Legislaturperiode schied Löbe 1953 aus.

Die Wertschätzung, die Löbe auch in der zweiten Republik genoss, kam in der Präsidentschaft des deutschen Rates der „Europa-Bewegung" ebenso zum Ausdruck wie in der des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland". Hoch geehrt verstarb Paul Löbe – noch ein paar Monate älter als sein Zeitgenosse und politischer Gegner Konrad Adenauer – am 3. August 1967. Dass seine Ehrung bis in die Berliner Republik anhält, beweist das Paul-Löbe-Haus. *Manuel Ruoff*

Stein förderte ihn – Hardenberg arbeitete er zu

Der preußische Reformer Friedrich August von Staegemann entwarf das Oktoberedikt zur Bauernbefreiung

Die turbulente Zeit zwischen dem Ende des Siebenjährigen Krieges 1763 und dem Tod Friedrich Wilhelms III. im Jahre 1840 brachte viele glühende preußische Patrioten hervor. Dabei standen manche von diesen im Blickfeld der Öffentlichkeit, während andere eher im Verborgenen wirkten. Zu Letzteren gehört Friedrich August von Staegemann, einer der Mitorganisatoren der Befreiungskriege und der Neugestaltung Preußens.

Der spätere Staatsrat, der am 7. November 1763 im uckermärkischen Vierraden geboren wurde, hatte keinen besonders guten Start ins Leben. Dies lag zum einen an seinen missgebildeten Füßen, die ihn beim Gehen behinderten, und zum anderen daran, dass er bereits mit zehn Jahren die Eltern verlor und deshalb ins Waisenhaus musste. Allerdings erhielt er dort eine recht solide Bildung und Erziehung. Diese befähigte ihn zum Studium der Rechtswissenschaften, das er 1784 beendete. Anschließend avancierte er durch die Protektion eines Onkels zum Referendar bei der Ostpreußischen Regierung sowie dann 1790 zum Kriminalrat und Assessor des Hof- und Halsgerichts der Stadt am Pregel.

Während dieser Zeit verliebte sich der Nachwuchsjurist in Elisabeth Graun, eine der schillerndsten Frauengestalten der damaligen Zeit, in deren Salon unter anderem Geistesgrößen wie der Philosoph Immanuel Kant verkehrten. Und tatsächlich ließ sich die vielumworbene Kaufmannstochter von ihrem Gatten, dem Justizrat Carl Graun, scheiden, um Staegemann zu ehelichen, der sie vor allem mit seinen Dichtkünsten erobert hatte.

Parallel hierzu erregte der offensichtlich auch sonst sehr tüchtige Staegemann, der 1798 Syndikus der Ostpreußischen Generallandschaftsdirektion wurde, die Aufmerksamkeit des großen preußischen Reformers Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein. Der machte ihn Anfang 1806 zum Geheimen Finanzrat und Chef der Preußischen Bank in Berlin. In dieser Eigenschaft kam Staegemann bald darauf mit Napoleon zusammen, der von den besiegten Preußen Kontributionszahlungen forderte. Dabei wandelte er sich von einem anfänglichen Bewunderer des Korsen zum erbitterten Gegner desselben.

> Der Liberalismus war ihm schließlich zu radikal, lärmend und aufdringlich

Im Jahr darauf ernannte Friedrich Wilhelm III. Staegemann zum Mitglied der sechsköpfigen Immediatkommission zur Neugestaltung des Königreiches Preußen. Als solches beteiligte er sich intensiv an der Umsetzung der Stein-Hardenbergschen Reformen. Ihm oblag unter anderem die Ausarbeitung der Erstfassung des wichtigen Ediktes betreffend „den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums so wie die persönlichen Verhältnisse der Land-Bewohner" vom 9. Oktober 1807, das die preußischen Bauern aus der Leibeigenschaft und der Erbuntertänigkeit befreite.

Danach versuchte Staegemann, das Geld für die Kontributionen an Bonaparte aufzutreiben und zugleich die auferlegte Summe herunterzuhandeln, was sich aber infolge der harten Haltung der Franzosen als unmöglich erwies. Dem folgte die Mitarbeit in der Immediatfinanzkommission unter Karl August Freiherr von Hardenberg sowie im August 1810 die Berufung in das mit der Ausarbeitung einer preußischen Verfassung beauftragte Gremium. Währenddessen wurde Staegemanns Berliner Haus zu einem Treffpunkt freisinniger und patriotischer Persönlichkeiten wie Heinrich von Kleist, Achim und Bettina von Arnim sowie Clemens Brentano.

Aufgrund seiner unerschütterlichen Loyalität erhielt Staegemann nach dem erzwungenen preußisch-französischen Bündnis vom Februar 1812 zusammen mit dem Rechnungsrat Christian Rother und Oberst August Neidhardt von Gneisenau den geheimen Auftrag, Kriegsmaterial für eine Erhebung gegen Napoleon zu sammeln. Als diese dann im März 1813 losbrach, wurde er erneut Mitarbeiter Hardenbergs, der sich nun zum einen darum bemühte, diplomatische Allianzen gegen Frankreich zu schmieden und zum anderen weiter an Verfassungsentwürfen arbeitete. Deshalb bekam Staegemann auch den Auftrag zur Formulierung der „Verordnung über die zu bildende Repräsentation des Volks", die der König zwar unterzeichnete, aber nicht veröffentlichen ließ.

Mittlerweile als die rechte Hand Hardenbergs geltend, nahm er auch mit diesem am Wiener Kongress zur Neugestaltung Europas nach dem Sieg über Napoleon teil. Dem folgten weitere kurze Intermezzi als preußischer Gesandter in London, Regierungskommissar in Warschau sowie Verhandlungsführer bei der Aushandlung des Zweiten Pariser Friedens nach der erneuten Niederlage des Korsen in der Schlacht von Belle Alliance (Waterloo).

Aufgrund der hierbei und in früheren Zeiten erworbenen Verdienste erhob König Friedrich Wilhelm III. Staegemann im Februar 1816 in den Adelsstand und berief ihn im Jahr darauf zusätzlich noch in den neugebildeten preußischen Staatsrat. Dort machte er besonders als Vorkämpfer für die Pressefreiheit von sich reden. Selbige wollte von Staegemann auch als Leiter der „Allgemeinen Preußischen Staatszeitung" verteidigen, doch war dies bei einem amtlichen Verkündungsblatt der Regierung besonders schwer. Deshalb warf Staegemann nach nur anderthalb Jahren an der Spitze der Gazette 1820 das Handtuch, um sich nicht länger zu „prostituieren", wie er es nannte.


Staegemann Bild: Archiv

Nach Hardenbergs Tod 1822, entstand zwischen dessen Nachfolger Carl Friedrich Graf von Wylich und Lottum sowie Staegemann ein bemerkenswertes Vertrauensverhältnis. Staegemann entfremdete sich nun dem Liberalismus, dem er bisher angehangen hatte. Er erschien ihm zu radikal, lärmend und aufdringlich. Staegemann bevorzugte ein ausgleichendes und stilles Agieren – so auch bei den Zusammenkünften im Staatsrat, wo es unter anderem um hochbedeutsame Steuerfragen ging.

Nach dem Tode von Friedrich Wilhelm III. 1840 oblag es dem altgedienten Beamten, den neuen Ministern, die von Friedrich Wilhelm IV. ernannt worden waren, den Treueeid abzunehmen. Dabei sah er der Herrschaft des neuen Königs selbst mit großer Skepsis entgegen, weil er ihn für sehr viel weniger befähigt hielt als seinen Vorgänger.

Friedrich August von Staegemann starb am Abend des 17. Dezember 1840 in Berlin, das ihn fünf Jahre zuvor zum Ehrenbürger ernannt hatte. Sein Grab befindet sich auf einem der Friedhöfe vor dem Halleschen Tor in Berlin-Kreuzberg. *Wolfgang Kaufmann*

Europa droht an der Asylkrise zu zerbrechen

Zu: Phrasen statt Taten (Nr. 47)

Auch wenn es keiner glauben will, aber mit dem Wahlsieg der Nationalisten in Polen und der konservativen Kräfte in Kroatien, den nationalen Bestrebungen in Ungarn und der Tschechischen Republik, der Nationalen Front in Frankreich sowie teilweise auch in Spanien setzen immer mehr Bevölkerungsteile der sogenannten Mitte auf die aufstrebenden Nationalisten in den verschiedenen Ländern. Sie fordern mehr Eigenständigkeit in ihrer Lebensweise, ihrer Kultur und ihrer Religion. Sie wollen sich von Brüssel nicht mehr vorschreiben lassen, wie sie leben sollen. Allerdings nehmen sie gerne die Unterstützungs-Millionen an.

Das nicht endende Flüchtlingsdrama in Europa bringt immer mehr Länder an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit, während andere Länder die Flüchtlingsaufnahme verweigern. Der größte Fehler der deutschen Bundeskanzlerin, die Missachtung und Vertragsverletzung der Dublin-III-Verordnung mit der Dublin-Übereinkunft, wird Deutschland zwingen, die Grenzen zu schließen, denn irgendwann sind auch die freiwilligen Helfer am Ende. Arbeitsplätze für eine Million Flüchtlinge kann auch Kanzlerin Merkel nicht schaffen

Die Verteilung der Flüchtlinge in verschiedene EU-Staaten klappt auch nicht. Warum das reichste EU-Land, nämlich Luxemburg, nur sechs Flüchtlingsfamilien aufnimmt, soll EU-Präsident Juncker mal erklären.

Die nach Asyl-Antragstellung geforderte Familienzusammenführung wird die Bundesrepublik noch weitere Milliarden Euro kosten. Pro Familie müssen wir mit mindestens sechs Personen rechnen. Wer soll die Wohnungen für dann mehr als sieben Millionen Personen zur Verfügung stellen? Hier wird dann der Kampf um günstige Wohnungen zwischen Studenten, Rentnern, Geringverdienern und Hartz-IV-Empfängern beginnen. Oder beginnt dann der Bürgerkrieg, weil für die Flüchtlinge dann mehr als 18 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung gestellt werden müssen, die dann den anderen fehlen?

Warum verschweigt die Regierung, dass heute schon 16 Milliarden Euro an Schulden für die Flüchtlinge aufgebracht werden müssen? Aber dafür nach Saudi-Arabien Panzer liefern ohne Bedingungen! Warum zwingt man die Saudis nicht, mit den Panzern auch eine Million Syrer aufzunehmen? Das Wort Nächstenliebe gibt es auf Arabisch nicht. Auch der Koran kennt dieses Wort nicht. Saudi-Arabien finanziert 20 Moscheen in Deutschland, aber für Flüchtlinge bleibt das Land geschlossen. Auch die hier bestehenden Moschee-Vereine verweigern sich den Flüchtlingen. Sollen die Ungläubigen doch damit fertig werden!

Deutschland sollte sofort die Zahlungen an die EU einstellen und mit den Aufwendungen für die Flüchtlinge verrechnen. Wer keine Flüchtlinge aufnimmt, muss dafür zahlen. Dann werden sich die Geister scheiden und die EU fängt an zu bröckeln, denn wenn bestimmte Länder nicht mehr aus dem EU-Topf gefüttert werden, wollen sie auch nicht in der EU bleiben. Großbritannien geht schon voran. Wird die EU an der Subventions- und Schönwetter-Allianz zerbrechen? Alles spricht dafür.

Dieter Kassenbeck, Rheine

Nicht vergleichbar

Zu: Madame „Mom Merkels“ soziales Dynamit (Nr. 48)

Bei allem Verständnis für das Leid der Kriegsflüchtlinge ist ein Vergleich mit der Lage 1945 nicht gerechtfertigt. Warum?

Wir waren Deutsche und flohen von Ost nach West vor der Roten Armee, wir sprachen Deutsch, es waren fast nur Frauen und Kinder, auch ältere Menschen, wir hatten fast alle dieselbe Religion, wir hatten Papiere und konnten sofort registriert werden, wir wurden in Lager, Baracken oder auch in Privathäuser eingewiesen, wir hatten keinen Familiennachzug, wir bekamen etwas zu essen, aber sonst kaum etwas, wir waren nicht überall willkommen, wir und auch die Deutschen im Westen dachten, dass es alles nur vorübergehend sei, bis der Krieg vorbei sei. Aber da hatten sich die großen Drei (Roosevelt, Churchill, Stalin) in Teheran und Jalta schon geeinigt und Deutschland aufgeteilt, was dann in Potsdam besiegelt wurde. Alles schon vergessen?

Manfred Kremp, Bremen



Flüchtlingstreck 1945: Obwohl das Bild denen heutiger Karawanen ähnelt, war die Hilflosigkeit damals weit gravierender

Eine Schönfärberei

Zu: Der Etikettenschwindel der Terroristen (Nr. 46)

Um zu erkennen, dass der Gastbeitrag des indischstämmigen Journalisten Tahir Chaudhry über das Gewaltverständnis im Koran die reinste Schönfärberei ist, genügt es, einige Seiten des Korans selbst zu lesen. Dieses Buch fordert vom gläubigen Muslim an zahllosen Stellen, Andersgläubige zu töten, was seit 1400 Jahren allenthalben geschieht.

Große Regionen Nordafrikas und Kleinasiens waren einst christlich und sind mit „Feuer und Schwert“ islamisiert worden. Zum Glück erfüllen nicht alle Muslime den Auftrag des Propheten Mohammed, der selbst zirka 20 Kriege geführt hat und eigenhändig viele Menschen hinrichtete beziehungsweise abschlachtete. Jeder sollte einmal einige Suren des Korans gelesen haben. Dann erkennt man, dass am Hass und der Grausamkeit gegenüber Nicht-Muslimen kein Zweifel bestehen kann.

Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt am Main

Zustrom von damals war anders als heute

Zu: Phrasen statt Taten (Nr. 48)

In der Politik Europas hat sich in den letzten Monaten vieles so dramatisch verändert, dass man kaum noch mitkommt, alle Geschehnisse und Entwicklungen zu verfolgen.

Das Thema „Flüchtlinge“ ist seit vielen Wochen an erster Stelle in allen Nachrichten und wir, das heißt mir seit Jahren bekannte europäische Einwanderer, die, wie ich, auch schon seit vielen Jahrzehnten in den USA leben, machen uns Sorgen, wie das in Europa, besonders aber in Deutschland, weitergehen soll. Nach unserer Meinung hat sich die deutsche Regierung in Berlin da erheblich übernommen, zumal die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei der Unterbringung der Flüchtlinge kaum oder gar nicht helfen wollen oder können.

Ich und viele ehemalige Flüchtlinge aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland in den USA und Kanada, die ich seit Jahren kenne, finden es mehr als befremdend, dass die deutsche Presse unser Schicksal nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Zustrom, manche benutzen auch den Ausdruck „Invasion“, der Flüchtlinge aus dem Mittleren Osten und aus Nordafrika nach Deutschland vergleicht. Die heutigen Flüchtlinge kommen von einer anderen Kultur, sprechen eine andere Sprache und haben eine andere Religion.

Im Gegensatz zu den heutigen „Flüchtlingen“ handelte es sich bei den Flüchtlingen nach 1945 fast ausschließlich um halb verhungerte Frauen, Kinder und ein paar alte Männer, die in Lumpen gekleidet ankamen und in der Regel nur einen Rucksack, in dem sich ein paar alte Lumpen befanden, mitbrachten, alles Menschen, die in Deutschland geboren waren, die dieselbe Sprache beherrschten und die dieselbe Religion hatten.

Und doch, obwohl wir Flüchtlinge damals vieles mit der einheimischen Bevölkerung gemeinsam hatten, so dauerte es doch eine ganze Reihe von Jahren, bis wir einigermaßen von dieser akzeptiert wurden. Als ich 1998 in Bodenteich, Kreis Uelzen, war, wo ich mit meiner Mutter 1949 und 1950 im Flüchtlingslager Bodenteich-Heide in einem 22 Quadratmeter großen Zimmer in einer Baracke gelebt hatte, versicherte mir eine ältere Dame: „Das können Sie mir glauben, wir Einheimischen, wissen auch nach all dieser Zeit ganz genau, wer zu uns gehört und wer von ‚denen‘ ist!“

Deshalb frage ich mich nun, wie viele Jahre die „Flüchtlinge“ aus dem Mittleren Osten und Nordafrika benötigen werden, um von der deutschen Bevölkerung akzeptiert zu werden.

Gunter Nitsch, Chicago/USA

Geistiger Brandstifter

Zu: Alles das Gleiche (Nr. 46)

Man wird in der heutigen Zeit immer wieder mal überrascht von sogenannten Experten, die, wie auch immer, es geschafft haben, in höchste Lehrämter aufzusteigen, um sodann mit reichlich staatlicher Kohle alimentiert hanebüchenen Unsinn zu verbreiten.

Leider springen dann auch immer wieder Printmedien, die etwas auf sich halten wie die „Rheinische Post“ und die „Neue Osnabrücker Zeitung“, auf diesen in die Irre rasenden Zug auf. Sie verbreiten kommentarlos die Lügen und Halbwahrheiten der Leute vom Schlage eines Wolfgang Kaschuba und leisten damit der Volksverdummung Vorschub.

Sicherlich hat es nach Kriegsende viele Deutsche gegeben, die keinen Pass besaßen. Denn es war für die damalige Bevölkerung unüblich, der Personalausweis genügte völlig. Viele der Weltkriegsflüchtlinge haben nicht nur Hab und Gut, sondern auch Ausweispapiere, Stammbücher, Sparkassenbücher und anderes auf der Flucht verloren. Viele der Flüchtlinge haben damals nicht nur Hab und Gut, sondern auch ihr Leben oder ihre Gesundheit, körperliche Unversehrtheit zum Beispiel infolge von Vergewaltigungen verloren. Viele Papiere schlummern auf dem Grund der Ostsee oder des frischen Haffs sogar zusammen mit ihren Inhabern.

Wenn der Wikipedia-Eintrag stimmt, ist Kaschuba am 1. Januar 1950 zur Welt gekommen. Aus eigenem Erleben kann er also seine Erkenntnisse aus Flucht und Vertreibung nicht besitzen. Wenn er also seine Erkenntnisse, wie er meint, der Welt mitteilen zu müssen, nicht selbst erlebt hat, worauf beruhen diese? Etwa auf nächtlichen Albträumen? Ober hat er nur nicht zugehört, was ihm die Betroffenen erzählt haben?

Mit seinen Ergüssen beleidigt er alle aufrechten deutschen Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus den deutschen Ostgebieten. Ausweislich seines Namens dürfte der saubere Herr doch auch irgendwie daher stammen, zumindest seine Vorfahren.

Wie dem auch sei: Für mich ist Professor Kaschuba ein Scharlatan, ein Geschichtsklitterer und ein Hetzer der allerschlimmsten Sorte. Also ein ganz normaler „Schreibtischtäter“, der nie etwas herausragend Wahrhaftiges geleistet hat, der gegen alle Weltkriegsflüchtlinge und ein geistiger Brandstifter im 21. Jahrhundert ist. Ich hatte schon geglaubt, die seien ausgestorben, nachdem das Tausendjährige Reich nach nur zwölf Jahren untergegangen war.

Nein, es gibt sie immer noch, die gesamte politische Nomenklatura ist ja daran beteiligt.

Rudi Armgardt, Viersen-Dülken

Das Los der Frauen bei Integration

Zu: Vielehe als göttliches Gebot (Nr. 46)

Was passiert eigentlich, wenn die hier lebenden südländischen Frauen sich mehr integrieren wollen, als es den Männern recht ist? Manche Ehemänner dieser Frauen verhalten sich inzwischen ja eher wie bei einer Übernahme des Landes.

Aber hat die Frau denn nicht etwa auch das Recht, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren? Wer sagt denn, dass ihr Weltbild hierzulande auch noch standhält? Hier gibt es die Frauenbewegung seit der Aufklärung, und sie setzte sich bis hierhin, in unsere Zeit, durch. Angefangen mit dem Gedanken, alle Menschen seien gleich, wird durch den damit ausgelösten Sog auch die Frau gleichgestellt.

Ich fühle mich emanzipiert von den Vorurteilen und der Unterdrückung des Staates und von der Verhaltenstherapie, der man uns hier über Politik und Medien unterziehen will. Wenigstens hat die Presse dafür ja noch eine freie Zeitung, nämlich die vorliegende *PAZ*. Nur: Jetzt ist es zu allem anderen gekommen, als einer ruhigen Mischpoke.

Tonja Warnat, Hannover

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Mein Gott, Schmidt

Zu: Gegenmodell (Nr. 47)

Helmut Schmidt hat sicher einige richtige politische Entscheidungen getroffen. Aber als Vertriebener habe ich keine Veranlassung, ihn als besonders patriotisch zu bezeichnen. Folgt man seinem Biografen Hartmut Soell, dann hat selbst Willy Brandt eingeräumt, dass Schmidt es war, der seine Ostpolitik in Moskau vorbereitet hat. Die deutschen Ostgebiete verortete Schmidt als polnisches Territorium (Semantik kann ja entlarvend sein). Unsere ostdeutsche Heimat und die „Grenzziehung“ wurden mit kryptischen Sendungen belegt, wie innere Hygiene oder Kultivierung von Formeln, die der Aufrechterhaltung von Lebenslügen dienten.

In seinen eigenen Büchern zeigt Schmidt keinerlei Solidarität mit den Sudetendeutschen sondern offene Kumpanei mit den Tschechen bei der Bewertung des Münchner Abkommens.

Nach seinem Tode wird er nun als Welterklärer verklärt und als Philosoph. Er selbst, der sich immer als ungläubig bezeichnet hat, wollte sich auch als Religionssachverständiger gerieren. Kompetent dafür fühlte er sich, weil der frühere ägyptische Staatspräsident Anwar-as-Sadat ihn einmal über das Wesen der Religionen aufgeklärt habe. Da kann man dann nur sagen: Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. Oder auch: Schuster, bleib bei deinem Leisten.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

Ein Saustall

Zu: Wenn man die Dritte Welt importiert (Nr. 47)

Ja, es ist Krieg! Die Zuwanderer haben dazugelernt: Sie kommen ohne Waffen – und bringen uns das Mittelalter zurück. Die Waffen liegen unter den Dielen der Moscheen, wo die deutsche Polizei keinen Zutritt hat. Ich rede Klartext: Es sind keine Hugenotten, sie passen hier nicht her.

Nichts fürchten die etablierten Parteien mehr als wirkliche, freie Neuwahlen. Es ist höchste Zeit! All jene Menschen, die sich in den letzten Jahrzehnten frustriert aus der Politik und dem öffentlichen Leben zurückgezogen haben, müssen wieder Mut fassen. Neue Frauen, neue Männer, neue Parteien braucht unser Land.

Es geschieht nichts zufällig in Deutschland und in Europa. Ohne eine rückhaltlose Enttarnung und Aufklärung der im Geheimen wirkenden, korrupten Machtstrukturen werden die europäischen Völker nicht mehr die Herren in ihren Häusern, Plätzen und Fluren sein. Ungewöhnliche Situationen erfordern ungewöhnliche Maßnahmen. Es muss gesagt sein: In einem Saustall leben wir!

Horst Ernst Zarbock, Kassel



Nr. 50 – 11. Dezember 2015

MELDUNGEN

450 Jahre Hosianum

Allenstein – Das Hosianum-Seminarium des Ermländischen Geistlichen feiert in diesem Jahr sein 450-jähriges Bestehen. Diese Schule für den geistlichen Nachwuchs gründete der ermländische Bischof Stanislaus Hosius im Jahre 1565 als erste Einrichtung ihrer Art. Bis heute hat das Ermländische Geistliche Seminarium 5000 Pfarrer ausgebildet, davon etwa 1000 nach dem Krieg. Hauptproblem sei es heute, wie der Rektor Pfarrer Pawel Rabczynski sagte, die fallende Zahl der Berufungen zum geistlichen Beruf. Das Ermländische Geistliche Hosianum-Seminar verfügt auch über eine prachtvolle Bibliothek mit besonderen bibliothekarischen Schätzen. *PAZ*

Patriotischer Urlaub

Königsberg – Der Königsberger Regionalminister für Tourismus Andrej Jermak startete vor Kurzem eine Internet-Kampagne, mit der Urlauber auf der Krim aufgefordert werden, Königsberg als Ziel ihrer nächsten Ferienreise zu wählen, um so ein weiteres Mal ihrer vaterländischen Verantwortung zu entsprechen. Krimreisende seien grundsätzlich eher patriotisch orientiert und würden sich auch für eine Förderung des wirtschaftlich darbenden russischen Ostpreußens gewinnen lassen. Freilich ist die Krim im Gegensatz zu Ostpreußen tief in der russischen Geschichte verwurzelt und zieht daher historisch und national denkende Menschen aus dem Mutterland an – was für das Königsberger Gebiet aufgrund einer grundsätzlich anderen Ausgangslage nicht gilt.Es erscheint daher zweifelhaft, ob der Kampagne auf Dauer ein größerer Erfolg beschieden sein wird. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] - Martenshöh [Marciniaki], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elbląg] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 57: Dietrichswalde [Ciemna Wola] – Gallingen [Galiny], Baustelle. Straße Nr. 63: Kampen [Kap], Baustelle. Straße Nr. 65: Przytullen [Przytuły] – Johannisberg [Janisze], Baustelle. Straße Nr. 65c: Umgehungsstraße von Treuburg [Olecko], Baustelle. *E.G.*

Ragnit soll so schön wie früher werden

Restaurantinhaber plant originalgetreuen Wiederaufbau – Höhzenzug Daubas wiederentdeckt

In Ragnit, einem von der Gebietshauptstadt am weitesten entfernten Orte des Königsberger Gebiets, soll, soweit wie möglich, das historische Ortszentrum wieder hergestellt werden. Die Vorreiterrolle übernimmt dabei der Inhaber eines neuen Restaurants im Ortszentrum.

Immer öfter kommt es im Königsberger Gebiet vor, dass historische Bauten dank des Engagements und des Interesses von Bürgern und Anwohnern vor dem Verfall gerettet werden. So ist es auch in Ragnit geschehen.

Vor anderthalb Jahren wurde im Ortszentrum das Restaurant „Maxim" eröffnet. Dort feiern die Bürger Ragnits gern ihre Geburtstage und andere Feste. Der Inhaber verfolgt zusammen mit der Bezirksverwaltung schon länger die Idee, der Stadt ihr historisches Aussehen wiederzugeben. So sieht auch die heutige Fassade des Gebäudes so aus, als habe man sie so nahe wie möglich an ihrer ursprüngliche Gestalt ausgerichtet. Vor Kurzem gelang es dem Inhaber, eine Postkarte von 1898 zu erwerben, auf der mehrere Ansichten von Ragnit zu sehen waren. Unter anderem auch das Gebäude, in dem sich nun sein Restaurant befindet. Diese Postkarte war es, die zu dem Entschluss führte, dem Haus sein ursprüngliches Aussehen zurück zu geben. Und so begann er mit den entsprechenden Arbeiten. Zurzeit wird das Dach neu eingedeckt und die Fassade gestrichen.



Ortszentrum Ragnit: An historischer Stelle entsteht das Restaurant „Maxim" Bild: J.T.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es in dem Haus ebenfall ein Restaurant sowie ein Hotel im ersten Stock des Gebäudes. Der Plan sieht vor, nicht nur das Äußere des Gebäudes wieder erstehen zu lassen, sondern auch seine Nutzung der ursprünglichen anzupassen. Im ersten Stock sollen daher elf Zimmer zur Vermietung entstehen. Der Name des Hotels soll auch der historische sein. Vor 100 Jahren hieß es „Docker Haus". Im Hinterhof des Restaurants gab es einmal einen großen Blumengarten mit Ruhezonen. Dort soll ein Sommercafé entstehen. Außer dem Restaurant auf der alten Straße in Ragnit hat der Eigentümer auch ein abgebranntes Gebäude in dem Dorf Unter Eißeln [Bolschoje Selo] gekauft, das er zum Gästehaus ausbauen will.

Geplant sind Rad- und Wanderwege

Das Restaurant in Ragnit und das Haus in Unter Eißeln lagen im 19. Jahrhundert an der Ausflugsroute durch den „Daubas" genannten, bewaldeten Höhenzug. Über einen Wanderweg gelangte man zur Memel. Unter Eißeln war und ist für den Fremdenverkehr bedeutend und so will man die Daubas wieder attraktiver gestalten. Wander- und Radwege sowie Sehenswürdigkeiten sollen in Ordnung gebracht werden. Heute gibt es nur noch einzelne Gebäude entlang des Wanderwegs. Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts galt das Gebiet als Luftkurort. Die Route durch die Daubas verlief von Ragnit bis Unter Eißeln. Schon im 17. Jahrhundert hatte es hier ein Gästehaus gegeben. Mit der Zeit entwickelte sich der Fremdenverkehr. Sowohl im Sommer als auch im Winter kamen viele Urlauber. Es gab drei Fährverbindungen, den Urlaubern standen öffentliche Strände und Fähranleger zur Verfügung. Die Bewohner der umliegenden Orte liebten es, ihre Wochenenden hier zu verbringen. Mehrere tausend Reisende kamen hierher, die der Landschaft den Namen „Litauische Schweiz" gaben.

An der Route zwischen Ragnit und Unter Eißeln gibt es heute weder Einkehrmöglichkeiten noch Läden. Der Wanderweg ist stellenweise von Sträuchern überwuchert. Erhalten geblieben sind lediglich die frische Luft und einige Denkmalruinen, wie der Bismarckturm aus dem Jahr 1912.

In letzter Zeit wurde viel über die Wiederherstellung des Wanderwegs in die Daubas und die Wiederherstellung des Bismarckturms diskutiert. Neben dem Wanderweg könnte auch ein Radweg von zwei Kilometern Länge eingerichtet werden. Entlang des Wegs sollen Bänke und Tische aufgestellt werden. *Jurij Tschernyschew*

Mit Liedern und Spiel

LO-Gruppen organisierten Adventstreffen in Osterode

Das Adventstreffen der ostpreußischen Jugend hat in diesem Jahr vom 26. bis 29. November stattgefunden. Es kamen über 60 Teilnehmer nach Osterode, das für jeden etwas Interessantes zu bieten hatte. Diejenigen, die sich gerne bewegen, nahmen an den Volkstänzen teil. Die Musikliebhaber erfreuten heimatliche und weih-nachtliche Lie-

Buntes Programm dank eifriger Helfer

der. Die Kreativen konnten bei dem weihnachtlichen Basteln oder bei der Theatergruppe mitmachen, während die Naschkatzen gerne beim weih-nachtlichen Backen halfen. Daneben kamen auch die Geschichtsinteressierten nicht zu kurz. Am letzten Tag konnten alle ihre Stammbäume erstellen und bekamen auch Tipps, wie man im Internet Unterstützung in diesem Bereich finden kann.

Der Höhepunkt der Veranstaltung war die Adventsfeier am Samstagabend. Das geistliche Wort sprachen der Seelsorger der deutschen Volksgruppe im Erzbistum Ermland, Domherr Andre Schmeier, und Pastor Wojciech Ploszek. Die Teilnehmer des Adventsseminars boten Volkstänze, Adventslieder und Theaterspiel dar. Ein Teil der Jugendlichen präsentierte sich in den ostpreußischen Trachten. Die Bastelgruppe und die Backgruppe sorgten für ein wunderbares Ambiente des festlichen Abends. Nach dem offiziellen Teil wurde noch lange bis in die Morgenstunden hinein getanzt und gesungen.



Erfreuten mit Weihnachtsliedern: Teilnehmer des Treffens Bild: E.G.

Die Veranstaltung wird gefördert über das Haus des Deutschen Ostens München, durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen, Zukunftsministerium. Veranstalter war die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern, und für die Organisation war der Bund Junges Ostpreußen in der Landsmannschaft Ostpreußen zuständig. *Edyta Gładkowska*

Überraschungsfund

Einblick in die Heilsberger Geschichte

Bei Arbeiten am Schloss von Heilsberg im Rahmen der zweiten Etappe des Projekts „Konservierung und Restauration des Schlosses aus dem 14. Jahrhundert in Heilsberg, einer Perle der gotischen Architektur in Polen" gab es einen überraschenden Fund. Wie das Museum von Ermland und Masuren in Allenstein bekannt gab, wurde bei der Abnahme des Turmhelms im Knauf eine kupferne Hülse mit einem Dokument aus der Zeit der Renovierung des Schlosses in den Jahren 1927 bis 1934 gefunden. Der Zylinder wies an einigen Stellen Einschusslöcher auf, die wahrscheinlich 1945 entstanden waren. Im Labor für Konservierung von Papier im Staatsarchiv in Allenstein wurde der Inhalt der Kapsel entnommen. In ihrem Innern fand sich, eingewickelt in die „Ermländische Zeitung" vom 15. August 1928 und das „Königsberger Tagesblatt" vom 20. Juli 1928 sowie Packpapier, ein Dokument aus dickem, mehrschichtigem Papier, auf dem mit Tusche folgender Text stand:

Bild: Museum Allenstein

Dokument von 1928

„Im Sommer 1928, im zweiten Jahre der Wiederherstellungsarbeiten, wurden die Ecktürmchen und der Schlossturm instandgesetzt. Jene erhielten anstelle der Deckung mit englischem Schiefer eine solche aus Mönchen und Nonnen, dieser erhielt einen neuen Helm, in dessen Knauf diese Urkunde eingelegt wird. Bischof von Ermland war Pr. Augustinus Bludau, Regierungspräsident von Königsberg, Dr. Bahrfeldt, Generalvikar Dr. Spannenkrebs, Landrat von Heilsberg Dr. Fischer, Vorsitzender des Schloßbauvereins Erzpriester Buchholz, Bürgermeister von Heilsberg Schroeter. Heilsberg, den 6. August 1928". *Uwe Hahnkamp*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist erfreulich, wenn viele Zuschriften von Leserinnen und Lesern kommen, die sich auf die in unserer Kolumne behandelten Themen beziehen, zeigt das doch, wie aufmerksam unsere Beiträge gelesen werden. Und wenn sie dann noch zu Erfolgen führen, ist das umso erfreulicher, vor allem, wenn die gestellte Frage nur für einen begrenzten Leserkreis bestimmt war und sich auch nicht auf Ostpreußen bezog. In Folge 32 hatten wir eine Frage von Herrn **Daniel Herrmann** aus Hohenwulsch veröffentlicht, die seinen im Ersten Weltkrieg gefallenen Großonkel **Gustav** Herrmann betraf. Das Grab des in Schlawe (Pommern) geborenen Musketiers, der am 3. Februar 1915 im Osten fiel, war trotz aller Suchbemühungen seines Großneffen nicht auffindbar. Da ihm aber dessen Einheit bekannt war, konnten wir die betreffenden Angaben veröffentlichen mit der Bitte von Herrn Daniel Herrmann, sich bei ihm zu melden, wenn Aussagen über die Einheit oder die Person des Gefallenen gemacht werden konnten. Ich hegte keine große Erwartung, selbst auf einen bescheidenen Erfolg – umso überraschter war ich, als nun ein Schreiben von Herrn Herrmann kam, in dem er uns mitteilte, dass es eine aufschlussreiche Resonanz gegeben habe. „Recht bald bekam ich einige Anrufe und Schreiben von Lesern Ihrer Zeitung, so dass ich heute weiß, wo mein Großonkel gefallen ist! Ob er auch eine Grabstätte bekommen hat, werde ich jetzt vor Ort herausfinden. Vielen Dank für die Veröffentlichung!“

Man spürt, der Schreiber ist kein Mann der großen Worte, aber sein Dank ist aufrichtig. Und dass sein Vertrauen in unseren Familienkreis noch gewachsen ist, beweist er mit einer erneuten Frage, die sich ebenfalls auf einen Verwandten bezieht. Es handelt sich um seinen Großvetter **Bernhard** Herrmann. Im Adressbuch von Schlawe aus dem Jahr 1937 ist der Name vermerkt, allerdings nur mit einem „r“ geschrieben. (So hatte ich auch den Namen des Großonkels in dem mit der Hand geschriebenen ersten Brief von Daniel Herrmann gelesen!) Ob nun mit einem oder zwei „r“ dürfte aber bei der erneuten Frage keine Rolle spielen, denn es geht um das unbekannte Schicksal von Bernhard Herrmann, der Kreisverwaltungssekretär in Schlawe war und mit seiner Frau Lotte in der Hindenburgstraße 41 wohnte. Weitere Angaben oder Daten wurden uns nicht übermittelt, sind anscheinend auch nicht vorhanden. Wir werden ja sehen, ob diese genügen, um einen Hinweis aus unseren Leserkreis zu bekommen. (Daniel Herrmann, Am Bahnhof 2 in 39606 Hohenwulsch.)

Sie ist noch nicht zu Ende, die Geschichte vom Annenhof der **Ursula Trautmann**, denn nun hat sich der Herr aus Osnabrück – wie Frau **Gertrud Gotthard** den Informanten in ihrem Bericht bezeichnete, den wir in Folge 48 brachten – selber bei uns gemeldet und schildert uns seine Begegnung mit der so tatkräftigen Ostpreußin, die sich letzten Endes doch stärkeren Kräften beugen musste. In seinen Ausführungen zeigen sich so recht die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die sehbehinderte Seniorin zu kämpfen hatte. Herr **Ralf Möllering** schreibt:


Bild: privat

Erinnerung an sein Kinderparadies: Siegfried Kurgies „hoch zu Ross“

„Im Jahr 2000 habe ich während meines Heimatbesuches Frau Trautmann in ihrer Wohnung in Pronitten, Kreis Labiau, persönlich angetroffen und ein langes Gespräch mit ihr führen können. Später kam ihr Mann dazu, er war zuvor mit Feldarbeiten beschäftigt. Sie hatte so ihre Probleme mit der russischen Mentalität und der Arbeitsmoral. Das Herrenhaus des Annenhofes ist nie mehr bezugsfertig geworden. In jenem Jahr war es vom Bewuchs frei geschnitten worden, ein Jahr später waren die ersten Reparaturarbeiten erledigt. Die Scheunen und Wirtschaftsgebäude waren zuerst in Stand gesetzt worden. Wie ich später erfahren habe, hat man ihre Molkerei zerstört. Es war ihr Plan gewesen, Königsberg mit Joghurt zu versorgen. Die Zerstörung der Molkerei war wohl eine ‚Auftragsarbeit‘ gewesen, offenbar war sie einflussreichen Geschäftsleuten in die Quere gekommen.“

Was muss das für diese, trotz aller Behinderungen so tatkräftige Frau für eine schwere Enttäuschung gewesen sein, als sie sich – das Ziel immer vor Augen – zur Aufgabe ihres Vorhabens gezwungen sah. Wir danken Herrn Möllering, dass wir das Lebensbild der Ursula Trautmann, das viele Leserinnen und Leser beschäftigte, so eindrucksvoll ergänzen konnten.

„Ein Gutshaus im nördlichen Ostpreußen – wer kann es erkennen?“, fragten wir in Folge 46 und zeigten das Bild eines unserer einstmals so schönen Herrenhäuser. Wir hatten es auf Wunsch von Herrn **Hansjürgen Alshuth** aus Bremen veröffentlicht, aus dessen Privatarchiv das Foto stammt und der es gerne richtig einordnen wollte. Ich hatte mich auch schon bemüht und mehrere Bildbände gewälzt, war aber zu keinem schlüssigen Ergebnis gekommen – und auch unsere Leserin Frau Dr. **Leonore Machholz** aus Hamburg bezeichnet ihre Zuschrift zu diesem Thema lieber als den Versuch einer Antwort auf die gestellte Frage. Obgleich ihre Begründung, dass es sich um das Haus Lauck handeln müsste, eigentlich sehr einleuchtend scheint, denn sie schreibt:

„Meine Auskunftsquelle ist das Buch ‚Schlösser und Herrensitze in Ost- und Westpreußen‘. In diesem 1962 herausgegebenen Band fand ich nach alten Vorlagen eine Abbildung des Hauses Lauck, auf dem meines Erachtens die Frontseite des Hauses dargestellt wird, von dem auf der von Ihnen gebrachten Abbildung die Gartenseite gezeigt wird. Dort sieht man genau über der Mitte der Dachlinie den Bauteil der Vorderseite, der bis zum Dachfirst hochgezogen wird. Ihre Abbildung zeigt einen etwas jüngeren Zustand, bei dem die mächtigen Schornsteine merklich schlanken Schornsteinen Platz gemacht haben. Der Text besagt, dass das Haus im Jahr 1731 zu einem Fideikommiss bestimmt wurde für die Familie der Dohnas. Bei Kriegsende war der Graf und Burggraf Adalbert zu Dohna-Lauck der Besitzer.“

Soweit Frau Dr. Machholz Ausführungen, die aufzeigen, wie eingehend sich unsere Leserinnen und Leser mit den uns übermittelten Fragen und Wünschen beschäftigen. Selbst wenn es sich wirklich nur als Versuch herausstellen sollte, danke ich Frau Dr. Machholz für ihre Mithilfe.

Auch unsere Gesangbuchgeschichte hat Anklang gefunden und ganz besonders bei unserem Landsmann **Siegfried Kuglies** aus Trebur, denn er hatte sich schon bei der Erstveröffentlichung zu diesem Thema geäußert, und das aus gutem Grunde: Auch sein eigenes Gesangbuch hat für ihn eine besondere Bedeutung, denn es dokumentiert für ihn die entscheidenden Stationen seines nun bald 90-jährigen Lebens. Das bot für den Landjungen aus dem Kreis Angerburg eine Fülle von immer neuen Aufgaben, die ihn schließlich dazu zwangen, seine Erinnerungen aufzuschreiben und sie als reich bebildertes 600 Seiten starkes Buch herauszugeben. Der Titel verrät, dass er die eigene Vita mit der deutschen Nachkriegsgeschichte verknüpft: „Der Ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner“. Eines der wichtigsten Kapitel behandelt seinen Einsatz bei der Berliner Luftbrücke in den Jahren 1948/49. Siegfried Kuglies ist der letzte noch lebende Eisenbahner, der damals auf Rhein-Main Air Base eingesetzt war. Die deutsch-amerikanische Freundschaft bestimmte auch weiterhin sein Leben, so seine Tätigkeit als Beauftragter der Deutschen Bundesbahn für das konzerneigene Reiseangebot für die englisch sprechenden Alliierten. Die wichtigsten Passagen zu diesen Verbindungen sind in dem Buch auch in englischer Sprache gehalten. So können interessierte Besucher der US-Transport-Museen in Virginia und Illinois das Buch „The East Prussian Railroader and the Americans“ lesen, die es in ihre Bibliotheken übernommen haben.

Nie vergessen hat der 1926 in Eschingen, Kreis Darkehmen geborene Bauernsohn seine behütete Kindheit in der ostpreußischen Heimat, die sein langes Leben geprägt hat, weil die Werte, die ihm seine Familie und ihr Umfeld vermittelten, für ihn nie ihre Gültigkeit verloren. Sie setzten ihm die Wertmarken für sein Handeln und Tun, die bis heute unverrückt blieben. Hier fügt sich nun die Geschichte seines Gesangbuches ein, die Siegfried Kuglies in seinen Memoiren schildert, die ich vor vier Jahren mit seiner Widmung „in dankbarer Erinnerung an viele Beiträge für die Ostpreußische Familie in der *PAZ*“ erhielt. Es ist eine kleine Episode anlässlich seines 60. Geburtstages, der an seinem Wohnort und Lebensmittelpunkt Trebur, der alten Kaiserpfalz am Rhein, festlich begangen wurde. So ist in dem Buch zu lesen:

„Nach der Reise nach Florida begannen die Vorbereitungen für meinen 60. Geburtstag, Gemeindevertretung und -vorstand hatten eingeladen, der Ratssaal war voll besetzt, viele Reden wurden gehalten. Ein besonderes Geschenk erhielt ich von meiner Mutter. Es war das Gesangbuch, das mir im März 1942 zu meiner Konfirmation, die in der Kirche von Angerburg stattfand, geschenkt wurde. Dieses Buch bedeutete für mich eine Erinnerung an meine Heimat Ostpreußen. Meine Mutter hatte das Gesangbuch mit auf die Flucht genommen, die über Königsberg, Pillau, Gotenhafen über die Ostsee nach Dänemark führte. Sehr oft hat sie in ihrer Not die Lieder aus dem Gesangbuch singen können, besonders bei der Beerdigung meines Bruders **Harry**, der am 11. April 1945 in einem Massengrab in der Nähe von Kopenhagen in Dänemark beerdigt wurde. Das Gesangbuch habe ich meinem ältesten Enkel **Fabian** zu seiner Konfirmation im Mai 2001 geschenkt, damit er es für die Familie in Ehren hält.“

Auch hier wird also der in unserer Kolumne oft erwähnte „Goldene Ball“ weitergereicht.

Die gebundenen Lebenserinnerungen „Der ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner“, die er im Selbstverlag herausgegeben hat, bleiben nicht nur im Kreis der Familie, sie haben bereits viele Interessenten gefunden, nur einige Exemplare lagern noch im Keller. Auf seiner siebenten Gruppenreise nach Ostpreußen, die Siegfried Kurgies in diesem Juli organisierte, hat der Unermüdliche sein Buch den Bürgermeistern von Angerburg und Buddern sowie dem Bahnhofs-Museum Angerburg für das dortige Archiv überreicht. Auch unsere Zeitung spielt in seiner Erfolgsgeschichte eine Rolle. Als die Waliserin **Arddun Arwyn**, die vor fünf Jahren für ihre Doktorarbeit „Das soziale Gewissen und die Kulturhistorik der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland“ zum Thema wählte, Zeitzeugen suchte und deshalb um eine Veröffentlichung ihres Wunsches in der *PAZ* bat, meldete sich auch Siegfried Kurgis. Er wurde zum authentischen Gesprächspartner für die Doktorandin, die den „ostpreußischen Eisenbahner“ an dessen Wohnort Trebur eingehend interviewte.

Eure

Ruth Geede




Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Das Gute liegt so fern

Deutsche Schlesier aus der Republik Polen haben ihren Christkindlmarkt westlich der Neiße

Der Zauber deutscher Weihnachtsmärkte hat mittlerweile viele Polen infiziert. In den Innenstädten östlich von Oder und Neiße gehört das weihnachtliche Treiben um den Lichterbaum in den Innenstädten mittlerweile zum Standard.

Doch die Gemütlichkeit deutscher Märkte fehlt dann mangels Tradition doch häufig. Dazu tragen meist die uniformen Holzstände bei, die jede Individualität vermissen lassen, oder auch das Angebot selbst. Es ist zwar viel Handwerkliches oder auch Kunsthandwerkliches erhältlich, doch Schwibbögen, Pyramiden, Räuchermännchen oder Engel aus dem Erzgebirge fehlen dann ebenso wie regionale Spezialitäten, als da wären in Schlesien zu dieser Jahreszeit die Liegnitzer Bomben oder Mohnklißla. Selbst der beeindruckende Breslauer Christkindlmarkt, mit dem die Stadt an die große Vorkriegstradition mit viel Stil anzuknüpfen versucht, kann die echten heimatlichen Gefühle unter den Deutschen in der Republik Polen dann doch nicht bedienen. Für viele hat das eher sogar das Geschmäckle der kulturellen Adaption und wird als „polnisch“ nicht wirklich für einen Besuch in Erwägung gezogen. Der deutsche Schlesier jenseits der Lausitzer Neiße bleibt zwar in Schlesien, steuert jedoch den viel weiter von ihm entfernten „Schlesischen Christkindlmarkt“ im bundesdeutschen Teil der geteilten Neißestadt Görlitz an.

Bereits am Sonnabend nach der Markteröffnung, am 5. Dezember, waren auf der Brüderstraße und auf dem Untermarkt Heerscharen von Angehörigen der deutschen Volksgruppe aus der Republik Polen unter den Gästen auszumachen. Komplette Reisebusse bekam zum Beispiel der Verband der Deutschen aus der Woiwodschaft Schlesien, der DFK Schlesien, oder die Ortsgruppe der Deutschen aus Compractschütz bei Oppeln zusammen. Auch der Geschäftsführer der Deutschen in der Oppelner Region, Richard Donitza, ist dieses Jahr wieder gekommen. „Seit sieben Jahren fahre ich mit meinem Ortsverband zu Weihnachtsmärkten in Deutschland. Görlitz, wo wir nun zum zweiten Mal sind, ist da natürlich für uns etwas besonders. Die Stimmung hier ist doch eine ganz andere“, bekundet Donitza. Für Krystian Polanski, dem Vorsitzenden der Deutschen aus Gogolin, ist der Besuch fast eine Pflicht. „Eine deutsche Weihnacht ist schon ein ganz wichtiges kulturelles Merkmal für uns, und hier in Görlitz ist es zugleich eine schlesische Weihnacht“, funkeln dem jungen Vater die Augen, der mit seiner Frau Barbara und den beiden Töchtern angereist ist und so echte Identitätsarbeit in der Familie leistet. Besonders beliebt ist unter den Stimmungspilgern die Brüderstraße. Hier begrüßt der Torbogen mit dem Schriftzug „Schlesischer Christkindlmarkt“ die Besucher, hier gibt es das Restaurant Schlesische Oase mit Schlesischem Himmelreich und die „Schlesische Schatztruhe“, die neben weihnachtlichen Waren für viele die erste Adresse für den Erwerb deutschsprachiger Landkarten der Region, Bücher, Fahnen oder Aufkleber mit dem schlesischen Adler ist. Und da nebenan auch noch das Schlesische Museum seine Pforten offen hat, ist das Glück des Schlesiers hier nun fast perfekt. Fast – denn ausgerechnet das Museum kommuniziert zunehmend den „Görlitzer Christkindlmarkt“. In der Stadt gibt es schließlich noch viele, die sich nach 1990 mit dem Begriff „Schlesien“ überaus schwer taten. Allerdings hat das Museum im Eingangsbereich mit Martin Cuber aus Neisse einen bekannten Künstler während des Marktes zu Gast, der hier seine Bleiverglasungen vorstellt. Am 5. Dezember musste er seine Ausführungen aber unterbrechen. Wenige Schritte weiter stimmte nämlich die Jugendgesanggruppe der deutschen Volksgruppe aus Leschnitz am Annaberg in Oberschlesien ihre deutschen Weihnachtslieder an. Denn in der heimatlichen Ferne sind sie alle zusammengekommen: die Schlesier, die in ihrer Heimat das echte Stück schlesischer Weihnacht nicht mehr finden.

Edmund Pander



Bild: Pander

Begrüßung im schlesischen Dialekt



ZUM 100. GEBURTSTAG

Kempf, Ruth, geb. **Lukas**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 12. Dezember
Skoppek, Otto, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 16. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Eisold, Friedegard, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 12. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Lingk, Hans Joachim, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 16. Dezember
Neumann, Edith (Dita), aus Königsberg, am 16. Dezember
von Zaborowski, Hildegard, aus Memel, am 16. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hoffmann, Frieda, geb. **Naujokat**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 15. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Grzegorzewski, Ruth, geb. **Wedemann**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Schirrmacher, Erna, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 18. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brandtstädter, Margarete, geb. **Berkoben**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember
Mast, Ruth, geb. **Prießner**, aus Schlesien, am 16. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Boy, Gertrud, geb. **Wiertschoch**, aus Borken, OT Niederhorst, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Bradler, Richard, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 16. Dezember
Eggert, Gertrud, geb. **Langner**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember
Holzapfel, Ursula, geb. **Metauge**, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 15. Dezember
Klein, Christel, geb. **Schlisski**, aus Wehlau, am 18. Dezember
Krause, Anna, geb. **Gusek**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Müller, Alfred, aus Königsberg, am 13. Dezember
Rudzio, Hermann, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 16. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Grau, Elsa, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember
Huonker, Elfriede, geb. **Rama**, aus Omulefofen, Freidorf, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember
Jung, Katharina, geb. **Hillbrunner**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Knorr, Helene, geb. **Szesny**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Nieber, Werner, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Stobbe, Ruth, geb. **Benedello**, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 13. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Doddek, Gertrud, geb. **Gregel**, aus Borken, Kreis Lyck, und Scharfs, Kreis Rastenburg, am 14. Dezember
Knabe, Hans, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Koch, Erna, geb. **Warias**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 12. Dezember
Kolander, Hildegard, geb. **Schipper**, aus Schuditten, Kreis Samland, am 17. Dezember
Matern, Gerda, geb. **Kattelat**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 15. Dezember
Pietrass, Frieda, aus Groß Krösten, Kreis Lötzen, am 13. Dezember
Rosowski, Ernst, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Dezember
Sallewsky, Christel, aus Lyck, Yorkplatz 4, am 14. Dezember
Schulz, Frieda, geb. **Kowalewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Tebben, Edith, geb. **Neumann**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dauner, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Defayay, Grete, geb. **Wielga**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Geppert, Egon, aus Pillau, Kreis Samland, am 14. Dezember
Gleisner, Christel, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Haas, Erna, geb. **Jünger**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Leymann, Otto, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Marstaller, Wolfgang, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 13. Dezember
Matzeit, Fritz, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember
Nagat, Frieda, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember
Olepp, Elisabeth, geb. **Korallus**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 14. Dezember
Sagorski, Irmgard, geb. **Grytzo**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Schmölke, Liselotte, geb. **Seidler**, aus Wehlau, am 18. Dezember
Strelow, Erika, geb. **Schmielewski**, aus Salleschen, Kreis Neidenburg, am 14. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bohnhoff, Dora, geb. **Andres**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 13. Dezember
Brakensiek, Waltraut, geb. **Prieur**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Freudenreich, Rudi, aus Kragau, Kreis Samland, am 18. Dezember
Hartung, Christa, geb. **Schemeit**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Heim, Irmgard, aus Wellheim, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Hünemohr, Helmut, aus Neidenburg, am 15. Dezember
Kenke, Fritz, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Dezember
Kern, Hiltraut, geb. **Küchen**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Kirschner, Alexander, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Dezember
Kristan, Silvia, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Lehmann, Olga, geb. **Lüdke**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Zieglowski, Erhard, aus Lyck, am 16. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Godlinski, Paul, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 16. Dezember
Gorskowski, Anni, geb. **Rohmann**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Hausmann, Erwin, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember
Holzke, Herbert, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 15. Dezember
Jokuszies, Christel, geb. **Wlost**, aus Königsfließ, Kreis Lötzen, am 16. Dezember
Krause, Dietrich, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 14. Dezember
Kubat, Ulrich, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Mitzkatis, Günter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Möbus, Christel, geb. **Hufenbach**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember
Mrotzek, Horst, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember
Müller, Gerda, geb. **Thulke**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 13. Dezember
Neumann, Elvira, geb. **Wiedener**, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 12. Dezember
Nohdurft, Gerda, geb. **Knopp**, aus Treuburg, am 16. Dezember
Pallasch, Willi, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember
Reisen, Ella, geb. **Dams**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Scheffler, Ulrich, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 16. Dezember
Wieczorek, Ewald, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Zemke, Anita, geb. **Liedtke**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 14. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bachmann, Gerda, geb. **Aschmutat**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 18. Dezember
Bury, Gerhard, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Dezember
Danowski, Bernhard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Eisold, Werner, am 12. Dezember
Gabelmann, Reinhard, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 14. Dezember
Heysel, Wilma, geb. **Klamer**, aus Kettwig, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Karpa, Walter, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 12. Dezember
Kerner, Gerda, geb. **Onischke**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 14. Dezember
Kletscher, Elli, geb. **Simoleit**, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember
Kröger, Elli, geb. **Segendorf**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 17. Dezember
Looks, Gerda, geb. **Rudat**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Dezember
Marquard, Edeltraud, geb. **Fiukowski**, aus Lötzen, am 15. Dezember
Meyhöfer, Urte, geb. **Riemann**, aus Wehlau, am 13. Dezember
Nagel, Maria, geb. **Grabosch**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember
Nickel, Käthe, geb. **Liedtke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 14. Dezember
Nolte, Ute, geb. **Markus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Peters, Anna, geb. **Grabosch**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember
Rothkamm, Heinz, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 13. Dezember
Segatz, Klaus, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Seitz, Christel, geb. **Bahl**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 12. Dezember
Sperber, Gerhard, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember
Tannenhauer, Inge, geb. **Dmuschewski**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 13. Dezember
Wieczorek, Horst, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Czub, Heinz, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Dittrich, Edeltraut, geb. **Szepanski**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 17. Dezember
Gierlich, Helmut, aus Malschöwen, Kreis Ortelsburg, am 18. Dezember
Greschkowitz, Hermann, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 14. Dezember
Kallweit, Reinhold, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Kolk, Helga, geb. **Patzke**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 15. Dezember
Krüger, Inge, geb. **Kraft**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember
Lau, Helga, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 18. Dezember
Lepenis, Rüdiger, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 17. Dezember
Mai, Manfred, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 17. Dezember
Manzau, Winfried, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Schmidt, Siegrid, geb. **Schönke**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 15. Dezember
Treinies, Gerhard, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Wilzer, Klaus, aus Schwengels, OT Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 13. Dezember



Leithaus, Gerhard, aus Antbudupönen, Kreis Pillkallen, und Ehefrau Gisela, geb. **Seeger**, am 17. Dezember



Korzen, Ernst, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, und Ehefrau Hildegard, geb. **Putze**, am 17. Dezember

TERMINE DER LO

2016
11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
18. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 12. Dezember, 18 Uhr, ZDFinfo: Die Kanzlerfrauen – und Herr Sauer – Leben im Schatten der Macht.
SONNABEND, 12. Dezember, 19.30 Uhr, ZDFinfo: Franz Josef Strauß und die DDR.
SONNABEND, 12. Dezember, 21.45 Uhr, Phoenix: Kaiserkinder. Dokumentation über Wilhelms II. Nachwuchs, D 2015.
SONNABEND, 12. Dezember, 22 Uhr, Servus TV Johanna von Orleans. Historiendrama, F 1999.
SONNTAG, 13. Dezember, 10.40 Uhr, ZDFneo: Frauen, die Geschichte machten (5/6): Elisabeth von England. Dokumentation, D 2013.
SONNTAG, 13. Dezember, 14.25 Uhr, 3sat: Sir Henry Morgan – Pirat im Auftrag seiner Majestät.
SONNTAG, 13. Dezember, 19.30 Uhr, Tagesschau24: Immer teurer als geplant? Öffentliche Bauprojekte.
SONNTAG, 13. Dezember, 19.30 Uhr, ZDF: Freibeuter der Meere (2/3): Sir Frances Drake. Dokumentation, D 2015.
SONNTAG, 13. Dezember, 23.20 Uhr, Servus TV: Hawking – Die Suche nach dem Anfang der Zeit. TV-Biografiedrama, GB 2004.
SONNTAG, 13. Dezember, 23.30 Uhr, ZDF: Die großen Fluchten.
MONTAG, 14. Dezember, 17.25 Uhr, Arte: Die Selandia und der Tod von Rudolf Diesel. Dokumentation, DK 2012.
DIENSTAG, 15. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: „Mein Kampf“. Das gefährliche Buch. Dokumentation, D 2014.
DIENSTAG, 15. Dezember, 21.32 Uhr, Tagesschau24: Auf ewig verseucht – Vietnam 40 Jahre nach dem Krieg.
DIENSTAG, 15. Dezember, 22.30 Uhr, ZDFinfo: Hitlers Stealth Fighter.
MITTWOCH, 16. Dezember, 6.45 Uhr, ZDFinfo: Frontline (625): Terror im Namen Allahs – Der unheimliche Aufstieg des IS.
MITTWOCH, 16. Dezember, 15.45 Uhr, ZDFinfo: Frontline (634): Geheimnisse, Politik und Folter – Die entfesselte CIA.
MITTWOCH, 16. Dezember, 16.30 Uhr, ZDFinfo: Frontline (622): Irak – Amerikas gescheiterte Mission.
MITTWOCH, 16. Dezember, 21.45 Uhr, HR: 20 Sicherheitsfallen zu Hause. Dokumentation, D 2014.
DONNERSTAG, 17. Dezember, 22.15 Uhr, RBB: Der Mann mit dem Fagott. Fernsehfilm, D/A 2011.
DONNERSTAG, 17. Dezember, 0.15 Uhr, SWR/SR: Die Akte Zschäpe – Die letzten Rätsel des NSU.
FREITAG, 18. Dezember, 16.30 Uhr, ZDFinfo: Im Kugelhagel – Die wahre Geschichte von Bonnie und Clyde. Dokumentation, GB 2009.
FREITAG, 18. Dezember, 17.45 Uhr, 3sat: Winter in Ostpreußens Zauberwald – Wiedersehen mit der Rominter Heide. Dokumentation, D 2008.
FREITAG, 18. Dezember, 19.30 Uhr, ZDFinfo: Geschichte treffen (5): Deutschland '45 – Verlorene Heimat. Dokumentation, D 2015.

Surminki liest

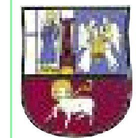
Weihnachtlicher Abend der Dittchen Bühne

Elmshorn – Am 16. Dezember um 19 Uhr findet am „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ ein weihnachtlicher Abend mit Arno Surminski statt. Der aus Ostpreußen stammende und in Hamburg lebende Autor liest Erzählungen aus seinem Buch „Als der Krieg zu Ende ging“.

Surminski ist einer der erfolgreichsten deutschen Schriftsteller. 1934 in Ostpreußen geboren, wuchs er nach der Deportation seiner Eltern ab 1947 in Schleswig-Holstein auf. Er ist Autor zahlreicher Romane, Erzählungen und Sachbücher. Viele berichten über Ostpreußen, das Kriegsende und die Folgen wie „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?“ Musikalisch begleitet wird die Lesung von der Pianistin Maria Liwaschnikowa. Im Anschluss daran lädt die Küche des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ zum gemeinsamen Königsberger-Klopse-Essen ein . Der Eintritt beträgt 15 Euro pro Person. Information und Buchung: Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allenstein-landkreis.de

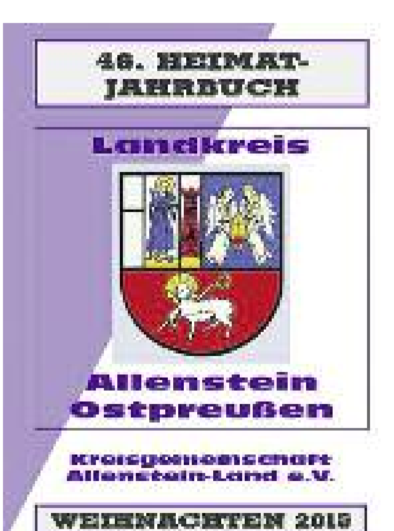
Heimatjahrbuch

Das Heimatjahrbuch „Weihnachten 2015" wird derzeit gedruckt und jeden erfassten Bezieher rechtzeitig per Post erreichen. Auf über 300 Seiten, wie gehabt von Artikel I bis X geordnet, sind knapp 100 Themen untergebracht, für jeden etwas.

Unsere Paten aus Osnabrück und Hagen a.T.W. sowie unser Partner aus Allenstein [Olsztyn] kommen mehrmals zu Wort und bestätigen das gute deutsch-polnische Verhältnis auf kommunaler Ebene auch unter Beteiligung unserer Kreisgemeinschaft. In der Rubrik „Aus der Geschichte" erfahren wir aus der Feder des schlesischen Dichters Josef Freiherr von Eichendorff den Ablauf eines Tages im Leben der deutschen Ordensritter auf der Marienburg und sehen zudem den heutigen Ordenshochmeister bei der Auszeichnung unseres Ehrenvorsitzenden Herbert Monkowski. Aus Allenstein erreichte uns ein Artikel über „die Königin Luise in der polnischen Literatur", und die Redaktion zeigt ihr Leben während der drei polnischen Teilungen und ihre gefährliche Begegnung mit ihrem Kriegsgegner Napoleon in Tilsit auf.

In weiteren historischen Artikeln erfahren wir von einem Zeitzeugen des Jahres 1877 von der Marienverehrung im Ermland und von den Marienerscheinungen in Dietrichswalde, ferner aus der Geschichte der evangelischen Waisen- und Konfirmandenanstalt in Wartenburg, zuständig für das gesamte Ermland, auch von den Nöten der Allensteiner Stadtbewohner im Kriegsjahr 1914 und von der guten Stadtentwicklung danach. Wir hören von großen Männern aus Allenstein Stadt und Land, Christen wie Juden und von neuen Ehrenmitgliedern und Trägern des Bundesverdienstkreuzes unseres Vereins.

Wir erfahren von einem Wartenburger Polizisten, wie sich die Polizei in den 30. Jahren radikalisieren konnte und wie die Siegermächte des Jahres 1945 mit ihr und der gesamten deutschen Bevölkerung im sogenannten „Entnazifizierungsverfahren" umgingen. Der Leser wird überrascht



Knapp 100 Themen auf 300 Seiten: Das Allensteiner Heimatjahrbuch 2015 Bild: Privat

sein zu lesen, dass es nicht die Siegermächte waren, die die Deutschen befreit haben, vielmehr der 1. Deutsche Bundestag mit seinem Beschluss, das Besatzungsstatut der drei Westmächte aufzuheben und die verurteilten von der Verbüßung der gegen sie verhängten kurzzeitigen Gefängnisstrafe freizustellen und die Eintragung ihrer Strafe in das Strafregister unverzüglich zu löschen.

Des Weiteren wird der Leser mit Interesse zur Kenntnis nehmen, dass auch im Deutschland der Nachkriegszeit nicht auf eine geheime Polizei verzichtet werden konnte und dass eine neu gegründete im Zusammenwirken mit der Staatsanwaltschaft Anfang der 1950er Jahre dem drohenden kommunistischen Einfluss aus dem Osten Einhalt gebieten konnte. Die Redaktion lässt auch Internetforscher und einen deutschen Historiker der jüngeren Generation zu Wort kommen, der aufzeigt, dass der Zweite Weltkrieg viele Väter hatte. Nicht oder zu spät Geflüchtete des Jahres 1945 schildern die Verbrechen der Roten Armee an der Zivilbevölkerung und ihr Schicksal der Verschleppung. Für die nicht mehr reisefähigen Landsleute machen wir in Wort und Bild eine Reise mit unserem Fotografen Anton Krause durch unser Ermland und vernehmen einen Zustandsbericht unserer Redaktion über unsere Heimat heute. Freuen Sie sich, liebe Leser, mit der Redaktion! *A.G*



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Im August: 10-tägige Ostpreußentour

Nicht nur im Mai (siehe *PAZ* 49) sondern auch im August bietet Peter Westphal zusammen mit Grund-Touristik aus Lehrte eine Reise nach Ostpreußen an. Neben vielen weiteren lohnenswerten Reisezielen steht auf der zehntägigen Tour vom 1. bis 10. August 2016 nicht nur das Stadtfest in Heinrichswalde auf dem Programm, sondern erstmals auch ein Ausflug in das Große Moosbruch am Rande des Elchwaldes.

Es ist das größte zusammenhängende Moorgebiet Europas und bietet den Besuchern ein einzigartiges Naturerlebnis. „Möglicherweise können wir sogar Elche beobachten", erzählt Reiseleiter Westphal. Hier das Reiseprogramm im Einzelnen (Änderungen sind vorbehalten):

1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen. Zwischenübernachtung in Marienburg.

2. Tag: Nach dem Frühstück steht eine Führung durch die Marienburg an, eine der mächtigsten Backsteinburgen der Welt. Anschließend Weiterreise zum polnisch-russischen Grenzübergang, Dort wartet auch der russischer Reiseleiter, der die Gruppe während Ihres gesamten Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen begleiten wird. Danach Weiterreise vorbei an Königsberg, Wehlau und Tapiau weiter bis nach Tilsit, wo die Teurteilnehmer ihre Zimmer im Hotel „Rossija" beziehen.

3. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung. insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und zurück nach Tilsit. Natürlich besteht an diesem Reisetag auch die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Unser bewährter Taxiservice steht dazu zur Verfügung. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Nach dem Frühstück geführter Rundgang durch Tilsit. Beim Besuch der heute teilweise wieder restaurierten Hohen Straße lässt sich die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen. Anschließend nochmals Rundfahrt durch die Elchniederung, diesmal südlich der Gilge. Die Route führt mit Zwischenstopps über Heinrichswalde, Neukirch, Britannien, Seckenburg, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen zurück nach Tilsit. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Heute erleben Sie das Naturparadies Ostpreußen pur. Sie unternehmen einen Ausflug in das Große Moosbruch am Rande des Elchwaldes und besuchen bei Lauknen das Moosbruchhaus, ein mit deutschen Mitteln unterstütztes Naturschutz- und Begegnungszentrum. Am Abend besuchen Sie in der Heinrichswalder Kirche ein festliches Konzert zur Eröffnung der Feierlichkeiten des Stadtfestes. Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

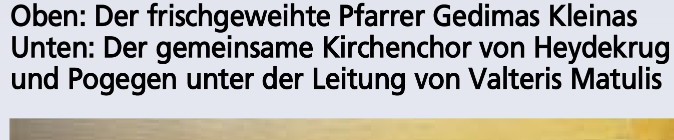
6. Tag: Am Vormittag Fahrt nach Rauterskirch. Dort Empfang durch die örtliche Bevölkerung und Besichtigung der historischen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Am Nachmittag Aufenthalt in Heinrichswalde zur Teilnahme am Stadtfest mit allerlei Darbietungen und Sehenswürdigkeiten. Besonders zu empfehlen ist dabei ein Besuch des neuen deutsch-russischen Heimatmuseums. Natürlich besteht auch an diesem Reisetag die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Übernachtung in Tilsit.

7. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit und passieren auf der Luisenbrücke die Grenze nach Litauen. Weiterfahrt in das Memelland mit Besichtigung der Kirche in Heydekrug. Anschließend Fahrt in das Memeldelta, wo in Kintai schon der Tisch zu einem leckeren Picknick für Sie gedeckt ist. Danach erwartet Sie am Anleger Ihr Kapitän zu einer Schiffsfahrt über die Minge, durch das Memeldelta und weiter über das Kurische Haff. Am Nachmittag erreichen Sie Nidden von der Wasserseite aus und erleben das beeindruckende Panorama der Wanderdünen auf der Kurischen Nehrung. Abendessen und Übernachtung in Nidden.

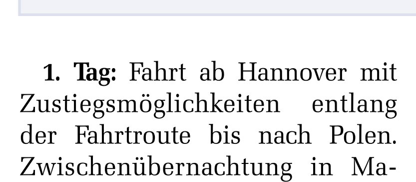
8. Tag: Nach dem Frühstück steht eine Ortsbesichtigung in Nidden zu Fuß auf dem Programm. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der wohl bekannteste Ferienort Litauens und die Perle der Kurischen Nehrung. Die einzigartige Natur zog in der Vergangenheit viele Künstler an. Einer der prominentesten Besucher war Thomas Mann, der sich hier ein Ferienhaus errichten ließ. Am Nachmittag bleibt Zeit zur freien Verfügung. Abendessen und Übernachtung in Nidden.

9. Tag: Nach dem Frühstück Fahrt über die Kurische Nehrung durch das benachbarte Schwarzort und mit der Fähre über das Memeler Tief nach Klaipeda, das einstige deutsche Memel. Hier unternehmen Sie einen Rundgang durch die hübsch renovierte Altstadt. Am Theaterplatz ist der Simon-Dach-Brunnen mit der Figur Ännchens von Tharau eines der beliebtesten Fotomotive der Stadt. Anschließend Einschiffung auf das Fährschiff von Memel nach Kiel. Abendessen und Übernachtung an Bord.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17



Fotos (2): Valdas Zaramba



Die Kirchengemeinden Rucker, Pogegen und Natischken werden in Zukunft von Pfarrer Gediminas Kleinas betreut. In einem feierlichen Gottesdienst in Pogegen wurde der Diakon am 7. November zum Pfarrer geweiht. Während des Gottesdienstes sang der Gemeindejugendchor von Pogegen unter der Leitung von Evelina Norkiene und der gemeinsame Kirchenchor von Heydekrug und Pogegen unter der Leitung von Valteris Matulis.

Gerhard Schikschnus, Kreisvertreter für Heydekrug und Pogegen

Oben: Der frischgeweihte Pfarrer Gedimas Kleinas
Unten: Der gemeinsame Kirchenchor von Heydekrug und Pogegen unter der Leitung von Valteris Matulis



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

10. Tag: Am Vormittag genießen Sie die Zeit auf See, bevor Ihr Schiff am Nachmittag Kiel erreicht. Anschließend Rückreise mit dem Bus nach Hannover.

Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25 Personen. Gefahren wird im modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC, Kaffeeküche und Getränkeservice. Alle Steuern und Gebühren sind im Preis enthalten, ebenso die Straßengebühren in Polen. Es gibt eine deutschsprachige Betreuung während des Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen sowie zu den Besichtigungen in Polen und Litauen. Anmeldungen und weitere Informationen bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Goslar, Telefon und Fax (05324) 798228,



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Treffen in Bremen

Zum siebten Mal trafen sich am Donnerstag, dem 19. November, ehemalige Lycker Landsleute die in Bremen und „umzu" (bremisch herum) wohnen, sowie einige heimatinteressierte Landsleute auch aus weiterer Entfernung im Hotel „Zur Post" gegenüber des Bremer Hauptbahnhofes. Organisator dieses Treffens (wie auch der vorhergegangenen) war wiederum Wilhelm Norra, Ortsvertreter von Sareiken sowie Bezirksvertreter Lyck Land und Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck.

Damit, wie von einigen Landsleuten gewünscht, mehr Zeit für Gespräche untereinander sein sollte, war bereits um 13 Uhr Einlass. Diese vorgezogene Stunde wurde dann auch von vielen Landsleuten in Anspruch genommen; auch konnte man so neue ehemalige Lycker kennenlernen, denn auch bei diesem Treffen waren wieder einige Leute zum ersten Mal dabei und erzählten „ihre Geschichte".

Der offizielle Teil begann dann um 14 Uhr und wurde mit drei Liedern des Ostpreußensängers BernStein über CD- und Kassettenrekorder eingestimmt. Danach begrüßte Wilhelm Norra alle Anwesenden und hieß sie herzlich willkommen. Darunter auch wieder – in treuer Verbundenheit zu den Lyckern Landsleuten – den Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Angerburg, Kurt-Werner Sadowski sowie Gerhard Krenz von der Landsmannschaft der Ost-/Westpreußen Bremen. Begrüßen konnte Wilhelm Norra auch die Ortsvertreter von Lisken (Gudrun Lasalle), Neuendorf (Karl-Heinz Dybowski), Talussen und Renkussen (Hildegard Blankenburg), Keipern (Günter Pistorius) sowie von Stradaunen (Heidi Mader).

Allen Anwesenden übermittelte Wilhelm Norra die besten Grüße von der Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Lyck, Bärbel Wiesensee. Außerdem verlas er einen Gruß des Zweiten Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft, Dieter J. Czudnochowski, der ursprünglich seine Teilnahme zugesagt hatte, aber aus Krankheitsgründen nicht kommen konnte.



Beim Treffen der Lycker in Bremen (v.l.): Heinz Bartschies, Elimar Labusch und Siegrid Norra Bild: privat

Danach wurden die Landsleute gemäß zugesagter Teilnahme aufgerufen und stellten sich mit ihrem ostpreußischen Heimatort vor, wobei Frauen auch ihren Geburtsnamen nannten. Eine Zeremonie, die zum gegenseitigen Kennenlernen dient und auch für neue Teilnehmer von Bedeutung ist.

Nach Feststellung der Anwesenheit sprach zunächst der Kreisvertreter von Angerburg, Kurt-Werner Sadowski, ein Grußwort. Danach hielt der Lycker Landsmann Elimar Labusch aus Lüneburg (dienstältester Führer im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg) einen Vortrag und berichtete dabei auch über die fortschreitenden Umbauarbeiten des Museums.

Anschließend kam Heidi Mader, Sprecherin der Mittleren Generation der Kreisgemeinschaft Lyck, Kassenwartin der Kreisgemeinschaft, Orts- und Bezirksvertreterin von Stradaunen sowie Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck zu Wort und erwähnte dabei auch die letzten Veranstaltungen der Mittleren Generation (unter anderem die Fahrt mit 37 Landsleuten zum Ostpreußischen Kulturmuseum nach Ellingen). Für das Jahr 2016 berichtete sie über die geplanten Veranstaltungen in Göttingen (Seminar „Die christlichen Konfessionen und ihre Gotteshäuser im Kreis Lyck" vom 8. bis 10. April 2016) und Melle (Besuch des Trakehner-Gestüts Gorlo vom 5. bis 7. August 2016).

„Erbarmung" (nur für Insider) aus Hannover war wieder dabei. Heinz Bartschies, trotz seines hohen Alters immer noch quirlig, und zu jedem Spaß bereit, erzählte von seinem Lycker Stammtisch in Hannover. Wer noch nicht dabei war, und in der Gegend wohnt, sollte doch einmal mit ihm Kontakt aufnehmen.

Im Vorraum des Veranstaltungsraumes hatte Michael Mader (zuständig für den Buchversand der Kreisgemeinschaft Lyck) einen Tisch mit Büchern, Karten und anderen Artikeln zum Verkauf aufgebaut. An einem weiteren Tisch bot der Vorsitzende der Landsmannschaft der Ost-/Westpreußen Bremen, Heinrich Lohmann, ostpreußisches Marzipan und andere Leckereien an.

Da er noch berufstätig ist, kam er etwas später, sprach noch ein Grußwort und ermunterte die Anwesenden doch auch zu den vielfältigen Veranstaltungen der Landsmannschaft in Bremen zu kommen.

In anschließenden Gesprächen ging es dann unter anderem auch noch um eine Gruppenreise nach Ostpreußen. Angeboten hatte diese die polnische Reiseleiterin „Beata", mit der Wilhelm Norra und Lothar Jegull mehrere Gruppenreisen nach Ostpreußen unternommen hatten. Stattfinden könnte diese Reise vom 4. bis 14. August 2016. Interessiert für diese Reise haben sich inzwischen etwa 20 Personen. Weitere Interessenten müssten sich möglichst bald bei Wilhelm Norra (Telefon 0421/82 06 51) melden.

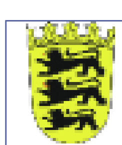
Einstimmig wurde beschlossen, im nächsten Jahr ein weiteres Lycker Treffen in Bremen zu veranstalten. Es wird am 3. November 2016 um 13 Uhr, wiederum im Hotel „Zur Post" in Bremen stattfinden. Wer in diesem Jahr nicht dabei war, und im nächsten Jahr daran teilnehmen möchte wird gebeten, sich aus organisatorischen Gründen schon jetzt bei Wilhelm Norra (Telefon 0421/82 06 51) zu melden.

Gegen 16 Uhr gab es dann Kaffee und Kuchen. Vorher wurde traditionsgemäß die Hymne der Ostpreußen „Land der dunklen Wälder" gesungen. Begleitet wurde der Gesang von einer persönlichen Akkordeon-Tonbandaufnahme von Wilhelm Norra.

Gegen 18 Uhr war das Treffen beendet. Zum Ausklang hatte Wilhelm Norra (wie auch im letzten Jahr) einen Tisch im Bremer Ratskeller reserviert. Zehn Landsleute verlebten dort noch ein paar nette Stunden in heimatlicher Verbundenheit.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

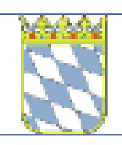
Landesgruppe – Sonnabend, 19. Dezember, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Stuttgart: Gemeinsame Weihnachtsfeier der LM Ostpreußen und Westpreußen. Wir wollen auf eine eigene Feier in diesem Jahr verzichten und bitten unsere Mitglieder an dieser gemeinsamen Feier recht zahlreich teilzunehmen! Gäste sind herzlich eingeladen.

Ludwigsburg – Donnerstag, 17. Dezember, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Vorweihnachtsfeier.

Reutlingen – Sonnabend, 12. Dezember, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Weihnachtsfest mit Kaffee und Kuchen. Es gibt Vorträge zum Thema „Weihnacht zu Hause in der verlassenen Heimat", außerdem wird jedem Gast ein kleines weihnachtliches Geschenk überreicht. Mit dabei: der Posaunenchor Wannweil unter Leitung von Herrn Raiser. – Donnerstag, 16. Dezember, 14 Uhr, Gasthaus Edelweiß, Sickenhäuserstraße: Treffen der Frauengruppe. Zur gemütlichen Kaffeetafel stehen Weihnachtslieder und Heimatarbeit auf dem Programm. Für den Grabbelsack bitte Päckchen mitbringen.

Ulm/ Neu Ulm – Sonntag, 13. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: Weihnachtsfeier. Es werden weihnachtliche Gedichte und Texte vorgetragen. Der BdV-Chor tritt auf. Jeder Gast erhält eine weihnachtliche Leckerei. Wir freuen uns über zahlreichen Besuch. – Donnerstag, 17. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: Weihnachtsfeier der Frauengruppe.

Wendlingen – Sonntag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Gasthaus Zum Lamm, Kirchheimerstraße 26: Vorweihnachtliche Feier. Mit einer Kaffeetafel und heimatlichem Gebäck wird begonnen. Worte, Singen und Musizieren umrahmen die Feier und wecken heimatliche Erinnerungen. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonntag, 13. Dezember, 15.30 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Weihnachtsnachmittag mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.

Ansbach – Sonnabend, 19. Dezember, 15 Uhr, Orangerie: Schöne und heimatliche Weihnachtsfeier. Auf dem Gabentisch finden sich heimatliche Bücher, Kalender, Marzipan und Getränke.

Bamberg – Mittwoch, 16. Dezember, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Weihnachtsfeier.

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen hatte zur Monatszusammenkunft im Restaurant Altdeutsche Bierstube eingeladen. Viele Mitglieder und Gäste waren der Einladung gefolgt. Nach dem gemeinsam gesungenen Westpreußenlied begrüßte der erste Erste Vorsitzende Christian Joachim alle Anwesenden herzlich. Traditionsgemäß galten seine besten Wünsche den gewesenen Geburtstagskindern. Gleichzeitig wies er auf die Aktivitäten in unserer Gruppe hin und blickte zurück auf die feierliche Gedenkstunde für den Tag der Heimat, mit Totengedenken und Kranzniederlegung am Mahnmal der Vertriebenen. Mit einem eindrucksvollen Prolog und einem heimatlichem Programm der Volkstanzgruppe zeigte Jutta Starosta ihre starke Bindung zur Heimat. Gleichzeitig bat der Vorsitzende um Teilnahme zur Gedenkstunde zum Volkstrauertag am Ehrenmal im Wittelsbacherpark, Hof.

Nach einem gemeinsam gesungenen Lied hatte Jutta Starosta als Prominente des Nachmittags die ostpreußische Natur- und Heimatdichterin Johanna Ambrosius ausgewählt. Sie wurde am 3. August 1854 in Langwethen, Kreis Tilsit-Ragnit, geboren. Besonders bekannt ist ihr Gedicht „Mein Heimatland", später bekannt als das „Ostpreußen-Lied". Johanna Ambrosius war zeitlebens seit einer schweren Influenza gesundheitlich geschwächt. Sie starb am 27. Februar 1939 in Königsberg und ist auf dem Neuen Luisenfriedhof begraben. Der Vortrag ihres bewegenden Gedichtes „Mein Heimatland" schloss diese Lebensgeschichte ab.

In seinem Reisebericht zeigte Bernd Hüttner mit seinen eindrucksvollen Fotos die Türkei, insbesondere das westarmenische Hochland mit dem 5165 Meter hohen Vulkankegel des Ararat. In diesem Gebirgszug war er als Bergsteiger mit einer Gruppe unterwegs und zeigte uns das Leben und Erleben in diesem Hochland. Es war ein besonderer Vortrag, in dem wir unseren Kulturreferenten als Bergsteiger erleben durften. Langer Beifall war der Dank für die Vortragenden.

Christian Joachim dankte für die Ausgestaltung des Nachmittags, Hannelore Morgner gab noch einen Bericht von ihrer Teilnahme an der Landesdelegiertentagung der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern am 1. November in Pleinfeld/Ellingen. Viele Heimatvorträge und Neuwahl des Landes-Vorstands prägten diese Veranstaltung.

Mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied endete die Zusammenkunft. Unsere nächsten Termine: Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstuben: Adventsfeier. – Sonnabend, 9. Januar 2016, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstuben: Jahreshauptversammlung mit Wahl des Vorstandes. – Sonnabend, 13. Februar 2016, 14 Uhr, Altdeutsche Bierstuben: Grützwurstessen,

Renate Pfäff, Schriftführerin

Kitzingen – Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Hotel „Würzburger Hof": Vorweihnachtliche Feier mit Beiträgen von Mitgliedern und musikalischer Umrahmung durch Landsmann Günter Schmidt.

Landshut – Dienstag, 15. Dezember, Gasthaus Zur Insel: Weihnachtsfeier.

Weiden – Zur monatlichen Zusammenkunft konnte der Erste Vorsitzende Norbert Uschald im Café Mitte wieder zahlreiche Landsleute und Gäste willkommen heißen. Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen mein lieb Heimatland" referierte Uschald zu verschiedenen Themen. Er ging unter anderem auf die Gedenkveranstaltung an Allerheiligen im Weidener Stadtfriedhof ein, die wieder in sehr würdiger Art ablief.

Die Kassiererin Ingrid Uschald gratulierte danach allen Geburtstagskindern des Monats November. Im Anschluss daran sorgte der Vorsitzende für musikalische Unterhaltung. Sein Sohn Andreas trug daraufhin ein zum Monat passendes Gedicht vor.

Ingrid Uschald erheiterte schließlich die Anwesenden mit einem Zwiegespräch zwischen einem Wanderer und einem Baum. Mit dem Lied „Kein schöner Land" und guten Wünschen verabschiedete man sich.

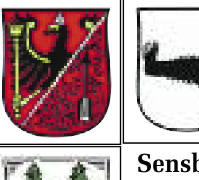


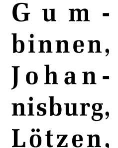
BERLIN

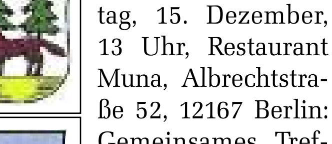
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



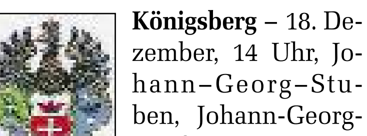
Rastenburg – Sonntag, 13. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



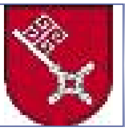




Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 15. Dezember, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Gumbinnen Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Königsberg – 18. Dezember, 14 Uhr, Johann–Georg–Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Hallensee: Weihnachtsfeier. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Freitag, 18. Dezember, 14.30 Uhr: Adventsfeier im Barlachhaus. Anmeldung erforderlich – Freitag, 29. Januar, 12 Uhr: Treffen am Elbinger Platz zum Kohlmarsch durch Geestemünde mit anschließendem Grünkohlessen (13 Uhr) im Barlachhaus

– Bericht –

Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul konnte zum November-Kulturnachmittag im Barlachhaus am Holzhaufen 17 Teilnehmer begrüßen darunter auch einen Gast. Leider musste sie auch einen Todesfall vermelden: Am 5. November verstarb kurz vor ihrem 75. Geburtstag das Mitglied Stefanie Flotow. Frau Flotow war in Königsberg geboren und hatte viele Jahre lang aktiv im Vorstand der Landsmannschaft mitgearbeitet.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Die Mitglieder der Landsmannschaft erhoben sich ihr zu Ehren und sangen das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“.

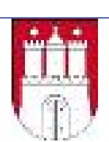
Die Vorsitzende berichtete über ein Treffen deutscher Flüchtlinge und Vertriebene am 12. November in der Kreuzkirche in Mitte. Außerdem las sie aus dem Buch „Moosbruch“ ihrer Mutter, das von der „Sehnsucht nach Ostpreußen“ handelt, obwohl die frühere Vorsitzende der Landsmannschaft dort nur ein Drittel ihres Lebens, aber zwei Drittel in der neuen Heimat an der Unterweser verbracht hatte.

Neben Marita Jachens-Paul brachten die Zweite Vorsitzende Barbara Sandmann sowie Ingrid Monsees mehrere Gedichte und Geschichten zu Gehör. Marita Jachens-Paul sprach über „unseren unsterblichen Kant“, der von 1724 bis 1804 meist in Königsberg lebte und als Philosoph, Astronom, Rechtsgelehrter und Mathematiker weit über Deutschland hinaus bekannt und geachtet war. Weltruhm erlangte er mit seiner Abhandlung der „Kritik der reinen Vernunft“. Sein berühmter „Kategorischer Imperativ“ lautet: „Handle stets so, dass der oberste Grundsatz Deines Willens jederzeit als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte“.

Hier einige Beispiele der Kant'schen Lebensweisheiten: „Drei Dinge helfen, die Mühen des Lebens zu tragen: die Hoffnung, der Schlaf und das Lachen“, „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staates mit Gewalt einmischen“ und „Ein Krieg ist auch deshalb schlimm, weil er mehr böse Menschen macht als er deren wegnimmt“.

Nach dem gemeinsamen Singen des Liedes „Westpreußen, mein lieb' Heimatland“ beschloss die Vorsitzende Marita Jachens-Paul einen erfolgreichen Heimatnachmittag und wünschte allen einen sicheren Nachhauseweg.

Barbara Sandmann



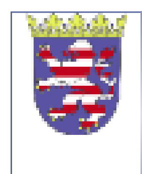
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

HEIMATKREISE



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und zu einem kulturellen Programm um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon und Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612. Stellvertretender Vorsitzender Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/M., Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich@gmail.com

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung stimmte Pfarrer im Ruhestand Dietmar Balschun auf die Advents- und Weihnachtszeit ein. Er hatte dazu mehrere Schwibbögen mitgebracht, die erzgebirgischen Wahrzeichen der Vorweihnachtszeit. Ein Schwibbogen ist ein halbrundes Gestell aus Eisen oder Holz, auf dem Kerzen leuchten, in der Regel sieben. Unter dem Bogen stehen Figuren des Erzgebirges, in der Mitte zwei Bergleute, rechts und links davon sitzen ein Holzschnitzer und eine Frau, die klöppelt. Der Schwibbogen (Schwebebogen) ist das Abbild des Grubeneingangs. Der Beruf des Bergmannes ist sehr hart. Im Winter fahren die Bergleute morgens im Dunkeln ein und kehren abends nach der Schicht im Dunkeln zurück. Nach der letzten Schicht vor Weihnachten hängten sie ihre Berglampen brennend außen rund um den Stolleneingang auf.

Dietmar Balschun zündete eine Kerze nach der anderen an und gab dazu jeder eine gewisse Bedeutung: Erwartung des Heilands (Licht der Welt), Glaube und Vertrauen, Hoffnung auf das ewige Leben, Liebe, Freude und Frieden. Advent bedeutet ja Ankunft, Erwartung des Jesuskinds. Advent soll aber auch eine Zeit der Besinnung sein, genau wie die Passionszeit. Zu beiden Zeiten findet sich in der Kirche die gleiche Farbe, lila, als Farbe der Reue und Buße. Osterzeit und Weihnachtszeit stehen beide im Zeichen der Freude.

Der erzgebirgische Schwibbogen ist darum ein Zeichen dafür, dass die Dunkelheit durchbrochen wird und das Licht der Welt auch im Alltag stärker ist als die Dunkelheit. Dietmar Balschun wies dann noch auf das Lied von Hans Graf von Lehndorff hin „Zu welchem Ziel reisst uns die Zeit noch hin“, bezogen auf Johannes 14, Vers 6 (Der Weg, die Wahrheit und das Leben), das er vorlas. Zum Abschluss des Nachmittags sangen alle gemeinsam das Ostpreußenlied.

Wiesbaden – Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Vorweihnachtliche

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Stafettenwechsel beim BJO

Der Bund Junges Ostpreußen hat einen neuen Vorsitzenden – Marius Jungk will den Bund noch stärker in der Heimat verwurzeln

Vorab die Visitenkarte: Wer ist der BJO und was will er? Der im Februar 2000 gegründete „Bund Junges Ostpreußen“ ist die Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen. Die Mitglieder und Interessenten kommen überwiegend aus der Bundesrepublik, teils sind es Angehörige der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen, aber auch junge Russen, Polen oder Litauer. Allen ist die Kulturlandschaft zwischen Weichsel und Memel ein wichtiges Anliegen. Anlässlich des diesjährigen Bundestreffens in Düsseldorf wählte der BJO neue Gremien und besuchte das Museum Haus Königsberg in Duisburg.

„Ein Jugendverband gehört einfach in jüngere Hände“, erklärte Stefan Hein, der von 2007 bis in den Herbst 2015 das Amt des Bundesvorsitzenden des BJO innehatte. Der 33-Jährige war sich während dieser Jahre stets bewusst, dass das Amt nur eine auf Zeit geliehene Verantwortungsübernahme ist. Nun sei der Augenblick gekommen, die Verantwortung weiterzugeben. Die „Stafette“ übernahm bei den jüngsten Wahlen der 25-jährige Marius Jungk. Der neue Bundesvorsitzende ist gebürtiger Bielefelder, er studiert derzeit Rechtswissenschaft an der Universität Passau. Jungk gehört zu jenen BJO-Mitgliedern, die aufgrund der eigenen Abstammung dem Verband nahe stehen. Sein Vater und die gesamte väterliche Familie stammen aus dem Kreis Sensburg in Ostpreußen, die Großmutter mütterlicherseits kommt aus Niederschlesien.

Als stellvertretender Bundesvorsitzender wurde Martin Rautenberg gewählt. Auch er hat familiäre Bezüge zu Ostpreußen, seine Großeltern stammen aus dem Ermland. Der 32-Jährige hat den BJO auf der Sommerfahrt nach Ostpreußen im Jahre 2009 kennen- und schätzengelernt. Von 2009 bis 2013 war er im Bundesvorstand des Verbandes tätig und engagiert sich nun auf einer neuen Position.

Im Gespräch mit der *PAZ* verrieten der neue Bundesvorsitzende Marius Jungk und sein Stellvertreter Martin Rautenberg einige ihrer Gedanken und Impulse für die Zukunft des BJO. Eines steht fest: Innerhalb der Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen wollen sie eine moderierende Rolle einnehmen und den Mitgliedern für das kommende Jahr ein spannendes Veranstaltungsprogramm vorlegen.

Jungk möchte den BJO als erste Anlaufstelle für junge Leute etablieren, die etwas über Ostpreußen erfahren wollen. Der jungen Generation kann dieses besondere Land auf attraktive Weise nahegebracht werden – ganz unabhängig davon, ob jemand selbst ostpreußische Wurzeln hat.“ Der Vorsitzende ist überzeugt: „Nur durch Begeisterung der Jugend, sowohl bei uns in der Bundesrepublik als auch in den drei Teilen Ostpreußens kann diese Region tatsächlich in ihrem kulturellen Reichtum erhalten bleiben.“

Für 2016 spannende Veranstaltungen

Er betont: „Wir werden versuchen, uns noch weiter in den Regionen Ostpreußens selbst zu verwurzeln, und neben der deutschen Volksgruppe vor Ort den Kontakt zu jungen Russen, Polen und Litauern verstärken. Hier können wir zeigen, dass die deutsche Geschichte Ostpreußens durchaus identitätsstiftend in der Gegenwart sein kann. Auch die Brückenfunktion des Königsberger Gebietes zwischen Deutschland und Russland, für die Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert.“

Er betont: „Im Vordergrund steht für mich grundsätzlich die Idee, den jungen Leuten unter dem Leitspruch ‚Ostpreußen erleben‘ die Besonderheiten der Landschaft und der Geschichte zu vermitteln. Nur wenn die Auseinandersetzung mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dieser Region auf vielfältige Weise erfolgt, wird das Interesse der jungen Generation in der Bundesrepublik und auch in Ostpreußen selbst geweckt werden können.“

Geschichts- und Kulturpolitik seien ebenfalls wichtige Themen, zumal in der Schule Ostpreußen sowie Flucht und Vertreibung kaum noch erfasst werden. Außerdem gebe es immer weniger Zeitzeugen. Und noch ein Hinweis von Marius Jungk: „Auch mit Seminaren und Beiträgen in unserer Zeitschrift ‚FRITZ‘ versuchen wir zum einen, dem Vergessen entgegenzuwirken, und zum anderen, Wege für die Zukunft aufzuzeigen.“

Der stellvertretende Vorsitzende Martin Rautenberg sieht das Hauptziel des BJO in den nächsten Jahren darin, weiterhin junge und begeisterte Mitglieder zu gewinnen. Wichtig sei diesbezüglich das Gemeinschaftserlebnis, welches man bei Fahrten nach Ostpreußen erlebt. Sein Credo: „Der Kontakt zur verbliebenen deutschen Volksgruppe in Ostpreußen sollte meiner Meinung nach, wenn möglich, intensiviert werden. Eines unserer Ziele ist, langfristig dazu beizutragen, dass Ostpreußen in allen drei Teilen noch stärker als Reiseland etabliert wird.“ *Dieter Göllner*



Rechts: „Auf attraktive Weise ein besonderes Land nahebringen“: BJO-Vorsitzender Marius Jungk Bild: privat

Zielgerichtete Fragen, großes Interesse – Besuch im Museum Stadt Königsberg

Lorenz Grimoni, der langjährige Leiter des Museums Stadt Königsberg aus Duisburg, empfing die 20-köpfige BJO-Gruppe mit einer Überraschung. Er bot den Jugendlichen die Möglichkeit, aus einer Fülle von Büchern, die Ostpreußen und Königsberg betreffen, einige auszuwählen und kostenlos mitzunehmen. Das Interesse war groß, zumal es bekannte Titel und Autoren waren, die bei den Vertretern des BJO sicherlich gut aufgehoben sind.

Bei der Führung durch die aktuelle und zugleich letzte Ausstellung des Hauses unter dem Motto „Reformation in Königsberg und im Herzogtum Preußen“ verriet Grimoni, dass das Museumsteam mit dieser Sonderschau und den begleitenden Veranstaltungen erneut – wenn auch ein letztes Mal – eine Trumpfkarte ausgespielt hat. Bekanntlich schließt das Museum in Duisburg am 8. Januar 2016 seine Pforten, wobei die Sammlungen in das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg umziehen werden. Die BJO-Gruppe lauschte den kompetenten Ausführungen des Museumsleiters und erfuhr viel Neues. Auch bei der Präsentation der Königsberger Höhepunkte aus den Bereichen Geschichte und Kultur stellten die Jugendlichen so manche zielgerichtete Fragen, die bewiesen, welch großes Interesse besteht.

Der Besuch im Museum Stadt Königsberg und die Begegnung mit dessen Leiter war für die Teilnehmer – darunter Raphael Schmelter, Bundesschatzmeister und Bundesgeschäftsführer des BJO, Magdalena Danek, frisch gewähltes Mitglied des Bundesvorstandes des BJO (Beisitzerin), und Rafael Brutzki, vom Regionalverband Süd – eine gute Gelegenheit, das Haus vor der Schließung noch ein letztes Mal in seiner bisherigen Form zu erleben.

„Herr Grimoni hat ein enormes Wissen über die Stadt Königsberg und konnte dieses mit großer Leidenschaft an die Besuchergruppe weitergeben. Um über viele Jahre eine solche Arbeit leisten zu können, ist viel Idealismus notwendig, wie wir ihn letztlich bei unserer Arbeit ebenfalls haben“, schlussfolgert Marius Jungk. *DG*



Raphael Schmelter, Bundesgeschäftsführer des BJO, und Magdalena Danek, Mitglied des Vorstandes Bild: Göllner



„Leidenschaftlicher Vortragender“: Museumsleiter Grimoni und die BJO-Besucher Bild: Göllner

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Feier mit Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan und Kerzenschein. Geschichten, Gedichten, Gesang und Oboespiel sowie einer Ansprache von Pfarrer Holger Saal gehören zum besinnlichen Programm. Zur Kostendeckung der Feier ist der Kreisverband für Geldspenden dankbar.





MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Die diesjährige Weihnachtsfeier fand im Zentrum für alte Menschen in Göttingen-Grone statt. An der festlich geschmückten Kaffeetafel konnte der Vorsitzende W. Erdmann viele Ostpreußen und Gäste begrüßen.



Weihnachtsfeier in Göttingen: Auch für die Jüngeren war es eine Gedankenreise in die Heimat Bild: privat

Mit großer Freude wurden gemeinsam Weihnachtslieder gesungen. Der Ehrenvorsitzende Alfred Wermke erzählte weihnachtliche Anekdoten. Die Erinnerungen an die Heimat Ostpreußen kam bei alledem nicht zu kurz. Auch wir Jüngeren ließen uns gerne gedanklich mitnehmen in die Heimat unserer Vorfahren.

Dirk-Peter Harling, Schriftführer

Osnabrück – Dienstag, 15. Dezember, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln – Freitag, 18. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Im Januar ist für die Mitglieder am Donnerstag, dem 14., um 15 Uhr, die Jahreshauptversammlung vorgesehen. Da Vorstandswahlen nicht anstehen, wird es neben dem Rechenschaftsbericht und weiteren Regularien hauptsächlich auch um Planungen für 2016 gehen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de.





NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Der Stammtisch findet jeweils am dritten Mittwoch des Monats im Erkerzimmer der Stadthalle statt. – Die Frauengruppe trifft sich jeweils am ersten Mittwoch eines jeden Monats um 15 Uhr im Erkerzimmer.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland" unter Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 12. Dezember, 18.30 Uhr, Herz-Jesu-Kirche, Roßstraße, Derendorf: Gottesdienst mit der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland. – Sonntag, 13. Dezember, 13 Uhr: Busbahnhof Worringer Straße: Abfahrt zur ostdeutschen Weihnacht auf Schloss Burg. – Sonnabend, 19. Dezember, 15 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Weihnachtsfeier der Ostpreußen.

Ennepetal – Sonntag, 13. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Rosine: Weihnachtsfeier der Landsmannschaft Ostpreußen. – Donnerstag, 17. Dezember, 16 Uhr, Heimatstube, Kirchstraße 52: Monatsversammlung im weihnachtlichen Rahmen.

Köln – Dienstag, 15. Dezember, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41 – 43: Nikolausfeier der Ostpreußenrunde. Das Lokal ist mit den Linien der KVB 3 und 4 von der Haltestelle Suevenstraße, und den Linien 1 und 7 von Deutzer Freiheit in wenigen Minuten zu erreichen.

Lippe – Wie schon seit elf Jahren veranstalteten die Teilnehmer des „Heimattreff" Horn–Bad Meinberg mit Unterstützung der Kreisgruppe Lippe der Landsmannschaft Ostpreußen am Volkstrauertag 2015 eine Gedenkfeier am Mahnmal für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Der Leiter der Gedenkfeier, Eckart Knoerich, begrüßte zahlreiche Bürger aus dem ganzen Kreis Lippe. Darunter waren Stefan Rother, der neue Bürgermeister von Horn-Bad Meinberg, der ein Grußwort sprach, sowie andere politischen Vertreter der Stadt. Als Gastredner kamen Heiko Hendriks, Mitglied es nordrhein-westfälischen Landtages und Vorsitzender der Ost-Mitteldeutschen Vereinigung NRW, sowie Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen.

Zu Beginn stimmte Regina Tarnow auf der Trompete mit „Ich bete an die Macht der Liebe" auf die Feierstunde ein. Die Harmonie-Chöre sorgten mit einigen Liedern, unter anderem „Ännchen von Tharau", für die musikalische Unterhaltung. Heiko Hendriks erinnerte in seiner ausführlichen Rede an die Leiden und das Elend, das die Weltkriege über die deutsche Bevölkerung gebracht haben. Er warnte vor dem Vergessen der Opfer von Flucht und Vertreibung. Er beanstandete das Ersetzen von deutschen Ortsnamen der verlorenen Ostgebiete durch polnische und russische bei historischen Berichten und Filmen.

Aber auch aktuelle Probleme, wie den IS-Terror und die vielen Asylsuchenden, sprach er an. Mit dem Trompetenlied „Ich hat einen Kameraden" wurde die Feierstunde beendet. Die 95 Gäste wurden anschließend zu Kaffee und Kuchen eingeladen.



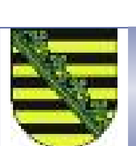
Gedenkfeier in Horn-Bad Meinberg (v.l.): Hans-Georg Ippig, Eckart Knoerich, Heiko Hendriks, Stephan Rother und Stephan Grigat Bild: privat

Wesel – Sonntag, 13. Dezember, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Weihnachtsfeier. Kaffee und Kuchen werden für ein gemütliches Beisammensein bereitstehen. Das Programm soll allen Gästen besinnliche Stunden zur Vorweihnachtszeit bereiten. Anmeldungen bitte bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

Witten – Montag, 21. Dezember, 14.30 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreisgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: „Weihnachtsfeier im Wandel der Zeit".

Wuppertal – Sonntag, 13. Dezember, 14 Uhr, Alte Feuerwache (Eingang große Wagenhalle), Gathe 6, Wuppertal-Elberfeld: Adventsfeier. Die Feier wird gestaltet von den Chorfreunden Wuppertal, der Tanzgruppe Ursula Knocks, dem Mundharmonika-Duo Ulla Busch und Waltraut Bombe, Ritas Rasselbande sowie einem Duo Klavier und Geige. Für Kaffee undKuchen ist gesorgt. Gäste sind herzlich willkommen.

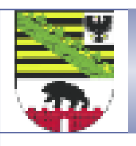
Der Veranstaltungsort ist mit den Linien 607, 620, 625, 635 und 645 zu erreichen. Die Haltestelle heißt Ludwigstraße.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach–Oberfrohna – Sonnabend, 12. Dezember, 14 Uhr, Eschemuseum: Weihnachtsfeier. Dazu lädt die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen alle Landsleute und Gäste auf das Herzlichste ein. Der Weihnachtsmann bereitet für alle eine kleine Überraschung vor. Alte Sitten und Bräuche zur Weihnachtszeit in Ostpreußen werden die Teilnehmer an die Kindheit erinnern. Die Kinder der Gerhart-Hauptmann-Oberschule werden die Teilnehmer mit ihren Beiträgen erfreuen. Für musikalische Unterstützung sorgt Herr Weihe. Ein weiterer Programmpunkt: Es werden wichtige Informationen für das neue Jahr bekannt gegeben.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 14. Dezember. 14 Uhr, Krötenhof; Weihnachtsfeier.

Gardelegen – Mittwoch, 16. Dezember, 12 Uhr, Waldgaststätte Lindenthal: Weihnachtsfeier,

Magdeburg – Sonntag, 13. Dezember, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Gemeinsames Treffen unter dem Motto „Weihnachten in der Heimat und jetzt". – Dienstag, 15. Dezember, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Kreuzworträtsel

großes Theatergebäude; Geschichte; israelisches Parlament; pflanzlich; fettarm; ostslawisches Volk; Nagetier; Mitteilung, Hinweis (Kzw.); Organist; Chorleiter; Illustration; jeder ohne Ausnahme; kleines Lasttier; Wasserrettungsorganisation (Abk.); sich körperlich entspannen (ugs.); Trugbild, Hirngespinst; gesundheitlich beeinträchtigt; Bewohner einer schweiz. Stadt; höchster Teil der Karpaten; Vorliebe; Schwäche (franz.); achten, anerkennen; umformen, abwandeln; Flüssigkeit zum Färben von Holz; Stillstand, Stockung; ungesetzlich; Katzenschrei; nach Abzug der Kosten; Minibikini; Minislip; Fremdwortteil: fern; Tennis: Aufschlagverlust; ungenutztes Gebiet; lat.: innen, inwendig; Titel arabischer Fürsten; Gesandter des Papstes; Bruder des Moses; Stadtbezirk von New York; Nordpolargebiet; Tritt, Stoß beim Fußball; Stadt in der Schweiz; Ankerplatz vor dem Hafen; Nutzboden, Feld; Bundesstaat der USA; Ölbaumfrucht; gebrauchen; Frage-und-Antwort-Spiel; leise, still; ein Baumwollgewebe; Inhaltslosigkeit; Zeichengerät; Durcheinander; Mischung; Zierpflanze, Zantedeschia; Ruheständler, Pensionär; Haushaltsplan; Ton, Schall; lange, schmale Vertiefung; abgesehen von; nordischer Hirsch, Elch; Wertpapier; Unterhaltung; israelische Wüste; zähflüssiges Kohleprodukt; zweisitziges Fahrrad; übersichtlich; feuchter Wiesengrund; kochen; franz. unbestimmter Artikel; verzichten; abdanken; Vogelweibchen, Huhn; Gesteinsgebilde; Erkältungssymptom; Feingewicht für Edelmetalle; eine Zahl; salopppe Umgangssprache; Jargon; Bratgefäß; glätten, planieren; nicht heiter; seriös; Ausflug, Reise; Heiligkeit; österr. Schriftsteller (Franz); Einzelvortrag in der Musik; Erstaufführung; bevor; Roman von Stephen King; alkoholisches Getränk; Gewürz-, Heilpflanze; engl.-amerik. Längenmaß; chem. Zeichen für Kobalt; von etwas völlig beherrscht; schwierig, gefährlich; gebündelter Energiestrom; sehr großer Mann; Brutstätte; Sportwette

PAZ15_50

So ist's richtig:

	O		K		B				U				I			A		E		D
P	H	A	N	T	O	M		K	R	A	N	K		B	A	S	E	L	E	R
B	E	I	Z	E		T	A	T	R	A		F	A	I	B	L	E		R	E
R	S		S	T	A	G	N	A	T	I	O	N		I	L	L	E	G	A	L
I	N	T	U	S		N	E		I	T		T	E	L	E		H		E	A
H	O		E	M	I	R		N	E	T	T	O		D		B	R	O	N	X
A	R	K	T	I	S		L	E		A	A	R	A	U		R	E	E	D	E
Q	U	I	Z		A	C	K	E	R		N		A	N	W	E	N	D	E	N
S	E		R	U	H	I	G		G	E	O	R	G	I	A		L	R		

C	A	L	L	A		L	O		K	L	A	N	G
A	K	T	I	E		R	I	N	N	E		I	N	E
	N	E	G	E	V		T	A	N	D	E	M
G	E	O	R	D	N	E	T		A	U	E		L	E
H	E	N	N	E		T	E	N	T	S	A	G	E	N
S		U	N	Z	E		S	L	A	N	G
P	F	A	N	N	E		R	Z		E		R	E
P	R	E	M	I	E	R	E		W	E	R	F	E	L
	A	L	E		B	I	E	R		A	N	I	S
B	E	S	E	S	S	E	N		I	N	C	H		C	O
	C	H	E	I	K	E	L		S	T	R	A	H	L
H	U	E	N	E		N	E	S	T		T	O	T	O

Diagonalrätsel: 1. Madrid, 2. Raglan, 3. Burnus, 4. leiten, 5. Herrin, 6. loesen – Martin, Daniel

Kreiskette: 1. Figaro, 2. ratsam, 3. Saline, 4. Ratiné, 5. Graete – Formalitaet

Sudoku:

3	2	5	6	4	8	1	9	7
9	6	1	5	2	7	4	8	3
8	4	7	1	3	9	5	2	6
4	3	9	8	5	1	6	7	2
7	8	6	4	9	2	3	1	5
1	5	2	3	7	6	9	4	8
5	9	8	2	6	4	7	3	1
6	1	4	7	8	3	2	5	9
2	7	3	9	1	5	8	6	4

Sudoku

			6	4	8	1		7
9		1				4		3
								6
				5		6		
	8		4		2		1	
		2		7				
5								
6		4				2		9
2		3	9	1	5			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

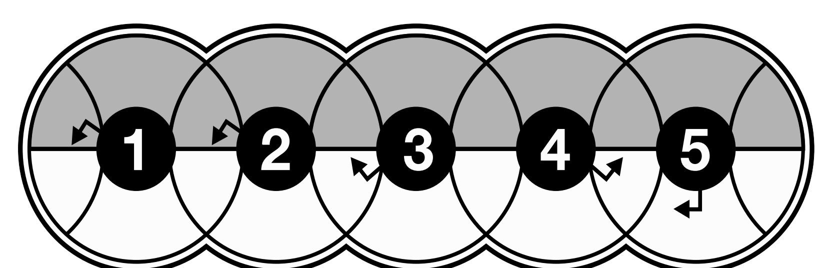
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei männliche Vornamen.

1 spanische Hauptstadt
2 Mantelschnitt, Sportmantel
3 Beduinenmantel
4 verantwortlich führen
5 Gebieterin
6 lockern; enträtseln

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine behördliche, amtliche Vorschrift.

1 Opernfigur bei Mozart, 2 empfehlenswert, 3 Anlage zur Gewinnung von Kochsalz, 4 flauschiger Wollstoff, 5 Fischknochen



Ein emotionales Zeugnis

Lebenserinnerungen I: Ein Buch voll Heimatliebe und Lebensfreude



Irmgard Röhrig, geb. Buchholz, aus Fredersdorf-Vogelsdorf im Osten Berlins gehört zur Generation der spätgeborenen Ostpreußen. Sie bewahren nicht sehr viele, aber schöne und wehmutsvolle Kindheitserinnerungen an ihre Heimat. Die Autorin wurde am 28. August 1937 in Langendorf, Landkreis Bartenstein, geboren. Obwohl zwei Jahre später der Krieg ausbrach, erlebte sie einige unbeschwerte Jahre, dann war für sie die kurze Zeitspanne der unbeschwerten Kindheit auch schon vorbei. Der Kriegswinter 1945 bedeutete eine krasse Wende in ihrem Leben. Davon und von ihrem späteren Leben in der DDR erzählt sie in ihrem reich bebilderten Erinnerungsbuch mit dem Titel „Ostpreußen. Glück und Vertrei-

Überzeugte Anhänger des Hitler-Regimes

bung“. In großen Zügen umreißt sie ihre eigene Geschichte bis in die 1970er Jahre und berichtet vom Schicksal ihrer Verwandten in Bilshofen. Genauere Schilderungen betreffen die Flucht und die Nachkriegsereignisse.

Irmgard Röhrig und ihr Bruder Heinz waren glückliche Kinder einer lieben Mutter. Diese hatte zu ihrer Schwester Berta, die mit ihrer Familie auf dem nahe gelegenen Gut Romsdorf wohnte, ein besonders inniges Verhältnis. So verlebten die beiden Schwestern mit ihren insgesamt vier Kindern zusammen viele frohe Stunden.

Das Verhältnis der Autorin zum Vater war eher distanziert. Dieser war bei der berittenen Polizei, im Verlauf der ersten Kriegsjahre wurde er zum Militärdienst eingezogen. Oft fuhren sie nach Romsdorf, wo die Großeltern Krauskopf ein eigenes Häuschen bewohnten und eigenes Land bewirtschafteten. Bis Hitler an die Macht kam hatten sie mit sieben Kindern in einfachsten Verhältnissen im Deputatenhaus gewohnt. Trotzdem waren sie nach den Worten ihrer Mutter eine glückliche Familie, nur etwas leichter hätten sie sich das Leben schon gewünscht.

So nimmt es nicht Wunder, schreibt die Autorin, dass ihre Angehörigen mütterlicherseits dem Hitler-Regime vorbehaltlos Zustimmung zollten. Als ihre Mutter im Frühjahr 1944 an Tuberkulose starb, übernahm ihre Tante Berta die Mutterrolle. Damit hatte sie die Verantwortung für vier Kinder auf der Flucht im eiskalten Januar 1945. Zusammen mit den Großeltern und einem Onkel begaben sie sich mit einem großen Leiterwagen im Treck auf den Weg zur Nehrung, vorbei am brennenden Städtchen Schippenbeil.

Genau erinnert sie sich an die Fahrt über das zugefrorene Haff mit vielen grauenhaften Ereignissen. Dann holten sie Russen ein, und damit begann eine schreckliche Zeit. Onkel und Tante wurden verschleppt, die Kinder kehrten mit den Großeltern nach Romsdorf zurück. Bald darauf starb die Großmutter. Mit Unterstützung der größeren Kinder kämpfte der Großvater in Romsdorf um das schiere Überleben der vier Kinder und seiner selbst. Monate später durften sie ausreisen wie alle Dorfbewohner, die keinen polnisch klingenden Namen hatten. Alle, deren Namen auf -ski endeten, mussten bleiben. Von Thüringen aus reisten sie im Januar 1947 nach Marzahn, wo ihre in Berlin lebende Tante Berta ihnen ein Quartier verschaffte. Die Tante gehörte zu den Glücklichen, die nach einem Jahr im sibirischen Arbeitslager nach Deutschland hatten zurückkehren dürfen. Auch der Vater der Autorin kehrte aus russischer Kriegsgefan-

Mit vier Kindern auf der Flucht

genschaft zurück. Sie selbst erhielt einige Jahre darauf die lang ersehnte Genehmigung für den Zuzug nach Berlin (Ost).

Irmgard Röhrig wurde Schneiderin, was ihr bei der Mangelwirtschaft in der DDR oftmals half, über die Runden zu kommen. 1967 starb ihr geliebter Mann Gerd bei einem Unfall mit seinem Pkw. Ihr gemeinsamer Sohn Frank war damals neun Jahre alt. Nach diesem Schicksalsschlag erlebten sie und ihr Bruder Heinz dann 1972 die unerwartete Freude, über den Suchdienst des Roten Kreuzes ihren tot geglaubten jüngsten Bruder Siegbert wiederzufinden, der als Kleinkind mit einer Tuberkulose im Krankenhaus Frauenburg zurückgeblieben war. Er war in Westdeutschland in einem Heim aufgewachsen.

Irmgard Röhrigs Buch ist ein schönes, emotionales Zeugnis von Heimatliebe und -verlust, von Tapferkeit und Lebensfreude.

Dagmar Jestrzemski

***Irmgard Röhrig: Ostpreußen. Glück und Vertreibung,** Engelsdorfer Verlag, Leipzig 2015, broschiert, 118 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, 12 Euro*

»Alles beruht auf Tatsachen«

Lebenserinnerungen II: Die Vertreibung als Roman verarbeitet



Zwei Jahre alt ist Klaus Templin aus Wesel, als seine Mutter mit ihm und seinem fünfjährigen Bruder Günter im Januar 1945 ihren Heimatort im westpreußischen Deutsch-Eylau verlassen, um gemeinsam mit einigen Nachbarn im Flüchtlingstreck in Richtung Marienburg zu ziehen. Am dortigen Eisenbahnknotenpunkt steigen sie in einen Güterzug, der die Flüchtlinge, hauptsächlich Frauen und Kinder, aus dem Kriegsgeschehen in den Westen Deutschlands transportieren sollte. Nach Überqueren der Grenze zum polnischen Korridor hält der Zug plötzlich mit kreischenden Bremsen. Polnische Soldaten, auf der Suche nach deutschen Wehrmachtsangehörigen, hämmern von außen mit ihren Gewehren an die Waggontür und erzwingen die Öffnung der von innen verriegelten Tür. Dann geht alles sehr schnell. Einer der jungen Polen richtet sein Gewehr auf die verängstigten Menschen, schreit sie an, dass alle aussteigen sollen in die Eiseskälte der Winternacht. Vergeblich versuchen die beiden anderen Soldaten, ihn zu beruhigen. Der aufgebrachte Soldat erschießt den kleinen Günter im Arm seiner Mutter, weil diese ihn gebeten hatte, mit ihrem schwerkranken Kind im Zug bleiben zu dürfen.

Mit der Schilderung von so viel unermesslichem Leid beginnt der mehr als 500-seitige autobiografische Roman von Klaus Templin mit dem Titel „Und neues Leben blüht aus den Ruinen“. Gleich zu Beginn des Buches wird der Leser mit einer Kette erstaunlich fantasievoll und lebendig dargestellter Geschehnisse von Flucht und Krieg konfrontiert. So verspürt man denn auch eine erhebliche Erleichterung, wenn man sich zu den Kapiteln hindurch gelesen hat, die mit dem verhaltenen Optimismus des Titels korrespondieren. Allerdings geschieht das in zwei Etappen, da der Roman aus zwei Handlungssträngen zusammengesetzt ist. Während die Mutter und der zweijährige Rainer am 14. Februar 1945 in einem Dorf im Süden Schleswig-Holsteins ankommen, wo sie durch die Kriegsereignisse kaum noch unmittelbar bedroht sind, erwarten Hermann Schmidtke, den Ehemann und Vater, in Westpreußen und Danzig noch viele Gefahrensituationen, die er gemeinsam mit einem Freund glücklich übersteht, bevor beide in der Nähe von Gotenhafen von russischen Soldaten gestellt werden. Ihn erwarten vier lange Jahre Lagerhaft in Nowgorod, Charkow und Odessa.

Zeitdokument und spannende Lektüre

Da sich die Ereignisse im ersten Teil des Romans regelrecht überschlagen, ist es nicht ganz leicht, beiden Handlungsverläufen abwechselnd zu folgen, zumal die Übergänge manchmal nicht genau markiert sind. Aber aufregend ist es allemal. Ungewöhnlich an diesem Buch sind die authentisch wirkenden Dialoge, teilweise in geschriebenem Dialekt.

Klaus Templin aus Wesel wurde 1942 in Deutsch-Eylau geboren. Mit seiner Mutter verbrachte er nach der Flucht die ersten Jahre nach Kriegsende in einem Dorf in Niedersachsen. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand hat er mittlerweile vier Romane geschrieben. Er selbst ist der zweijährige Rainer in dieser fantasievoll ausgeschmückten, jedoch im Wesentlichen auf Fakten beruhenden Geschichte. Dieser, sein dritter Roman, der von seiner und seiner Familie Flucht, von Kriegsgefangenschaft und schwierigem Neubeginn handelt, beruhe auf Tatsachen, wie der Autor auf Nachfrage versichert.

Was hat er als zweijähriges Kind mitbekommen, welche unauslöschlichen, angsteinflößenden Bilder haben sich ihm eingeprägt? Darüber lässt sich nur mutmaßen. Klaus Templin erklärt, dass er als größeres Kind häufig den Gesprächen seiner Eltern und Verwandten gelauscht habe, die sich immer wieder über die vielerlei überstandenen Gefahren unterhalten hätten. Bei der Niederschrift seines Romans seien diese Schilderungen in seinem Gedächtnis wieder zum Vorschein gekommen, so dass die Kette der Ereignisse sich nach und nach geschlossen habe. Da zu den Jahren der russischen Kriegsgefangenschaft seines Vaters erstaunlich viele Details und Personennamen eingebracht worden sind, würde man auch den Zugriff auf schriftliche Aufzeichnungen vermuten, doch davon ist nicht die Rede. Bemerkenswert ist auch die üble Behandlung, der der kleine Rainer und seine Mutter in dem norddeutschen Dorf, in dem sie Zuflucht gefunden hatten, zunächst ausgesetzt waren. Erst Hilfe von außen befreit sie aus einer an Sklaverei erinnernden Lage. Um eine Verknüpfung mit noch lebenden Personen oder deren Nachkommen zu verhindern, hat der Autor eine andere norddeutsche Gegend und ein anderes Dorf als Handlungsort angegeben.

Einige Fehler im Text sind leider, wie so oft, beim Verlagslektorat übersehen worden. Das mindert jedoch nicht den Wert des Romans als Zeitdokument sowie als spannende Lektüre.

Dagmar Jestrzemski

***Klaus Templin: „Und neues Leben blüht aus den Ruinen.“** Mecklenburger Buchverlag, Neubrandenburg 2014, broschiert, 520 Seiten, 14,90 Euro*



Der Autor Klaus Templin ist ehemaliger Stadtoberamtsrat und wohnt heute in Wesel am Niederrhein Bild: privat

Auf Einladung des Generals

Heilsarmee zeigt zu Weihnachten verstärkt Präsenz – Die von ihr organisierten Feste erfreuen viele sozialbedürftige Menschen

Auch in diesem Jahr organisiert die Heilsarmee in vielen deutschen Städten wieder Weihnachtsfeiern für alle diejenigen, die sonst keinen Ort zum Feiern haben oder den Heiligabend nicht allein verbringen wollen. Das ist laut einer Umfrage jeder Sechste in Deutschland. Ganz besonders richtet sich die Einladung an Bedürftige.

In den 47 deutschen Korps-Stationen (Gemeinden) werden die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Heilsarmee ihre Gäste an Heiligabend mit einem Festmahl und einem liebevoll gestalteten Programm aus weihnachtlicher Musik, besinnlichen Geschichten und Krippenspiel erfreuen. Es geht auch anschließend niemand unbeschenkt nach Hause.

150 Jahre nach ihrer Gründung durch den Engländer William Booth sind die Salutisten (Seelenretter) als protestantische Freikirche mit evangelistisch-karitativer Ausrichtung in 127 Ländern der Welt tätig. Die Heilsarmee hat mehr als 1,5 Millionen Mitglieder. In ihren Gemeinden und Sozialzentren leisten die Mitarbeiter unschätzbare Hilfe gemäß dem altbewährten „Suppe-Seife-Seelenheil“-Prinzip. Unzählige entwurzelte Menschen am Rand der Gesellschaft fanden durch ihren Einfluss zurück in ein geordnetes Leben. Die Frauen und Männer in leitenden Funktionen haben Offiziersrang, nennen sich „Kapitän“, „Major“, „Leutnant“, „Oberst“ oder „General“.

Selbst im berühmt-berüchtigten Szene-Viertel Hamburg-St. Pauli verspottet sie niemand, wenn sie singend und musizierend über die Vergnügungsmeile Reeperbahn ziehen, um den Menschen das Evangelium Jesu Christi näherzubringen. Sie werden geachtet und respektiert, denn die St. Paulianer bewundern ihr Engagement und ihre Mitmenschlichkeit ohne Ansehen der Person. Überdies haben die Hamburger Heilsarmee-Angehörigen ihre traditionellen Uniformen abgelegt und tragen stattdessen eine rotblaue Kluft.



O Tannenbaum: Heilsarmee-Kapelle bläst auch in Einkaufszentrum besinnliche Töne — Bild: Mauritius

Zu den Weihnachtsfeiern in den Heilsarmee-Gemeinden kommen überwiegend Obdachlose und sozial schwache Familien mit ihren Kindern, Geringverdiener, Alleinstehende und Rentner. Gewöhnlich sind die festlich geschmückten Räumlichkeiten frühzeitig mit Gästen gefüllt. An den großen Standorten Berlin, Köln, Hamburg, Chemnitz und Stuttgart finden zwei Weihnachtsfeiern nacheinander statt.

Kapitän Hilligsberg von der Lübecker Korpsstation veranstaltet auch in diesem Jahr an Heiligabend wieder eine „Sozialweihnachtsfeier“. In Köln-Süd werden 140 Gäste zu den so genannten „Bürgerweihnachtsfeiern“ erwartet. Vorbereitet werden sie von Kapitänin Anni Lindner, Ehemann Kapitän Matthias Lindner und zehn freiwilligen Helfern. Die Bezeichnung setzt hier einen etwas anderen Akzent, weil wieder viele Rentner, Alleinstehende und Alleinerziehende mit ihren Kindern erwartet werden. Sie kommen, weil sie einsam sind oder sich ein Weihnachtsessen nicht leisten können. „Weihnachten fürs Volk“ tituliert die Heilsarmee in Leipzig-Paunsdorf („Die Brücke“) aus ähnlichen Gründen ihre Weihnachtsfeier, die auf dem alten Messegelände im „Pavillon der Hoffnung“ der Andreaskirchgemeinde stattfindet. Die Gemeinde betreibt in Dresden ein Begegnungszentrum, eine Kleiderkammer und ein Jugendcafé.

Keinen besonderen Namen haben sich die Auxiliar-Kapitäne Rosi und Gert Scharf und ihre Mitarbeiter für die Weihnachtsfeier ihrer Dresdener Korps-Station ausgedacht. Hier bietet die Heilsarmee seit 21 Jahren Menschen Unterstützung, die seelische und materielle Not leiden. Auch in diesem Jahr sind in Dresden wieder bedürftige Menschen zur gemeinsamen Feier des Weihnachtsfestes auf ein Salonschiff eingeladen, was dank großzügiger Unterstützung durch die Sächsische Dampfschifffahrtsgesellschaft ermöglicht wird. Auf dem Schiff finden 150 Menschen Platz, die heiß begehrten Freikarten sind bereits verteilt worden. Nach der Christvesper begeben sich die Gäste auf den Dampfer, wo sie ein festliches Menü erwartet, das ein großes Hotel gestiftet hat.

In Hamburg, einer ihrer ältesten deutschen Standorte, konnte die Heilsarmee im Mai dieses Jahres ihr 125-jähriges Bestehen feiern. 1890 gründete der Schotte George Scott Railton hier die erste Gemeinde. Die ersten Versammlungen fanden in seiner Wohnung in der Nähe des Hauptbahnhofs statt. Schon 1913 unterhielt die Heilsarmee in Hamburg fünf Männerheime mit 600 Plätzen. 1922 wurde das Haus in der Talstraße im Hamburger Stadtteil St. Pauli gekauft, einer Nebenstraße der berühmt-berüchtigten Reeperbahn. Das historische Gebäude auf dem Kiez in der Nachbarschaft von Sexshops, Kneipen und Pornokinos ist auch heute noch zentraler Standort der Hamburger Salutisten.

Jährlich lädt das Heilsarmee-Korps St. Pauli am 24. Dezember alle, die sich angesprochen fühlen, zur „Offenen Tür“ ein. 120 Gäste finden Platz im Saal. Die Feier für die bunt gemischte Schar der Gäste beginnt mit einem Festessen. Danach wird Kaffee und Kuchen serviert, und das besinnliche Programm beginnt. Niemand stört durch Zwischenrufe, niemand redet dazwischen. Später werden wieder einige Heilsarmee-Mitarbeiter mit ihren Geigen und Gitarren über die fast menschenleere Reeperbahn ziehen und Weihnachtslieder singen, um an diesem Ort, wo so viel menschliches Elend Zuhause ist, die Botschaft von der Menschwerdung Gottes zu verkünden.

Am meisten werden die Weihnachtsfeiern der Heilsarmee wohl von den Obdachlosen geschätzt, deren Lebensführung besonders im Winter mit erheblichen Herausforderungen verbunden ist. Durchweg haben sie keinen Kontakt mehr zur Familie und sind völlig auf sich selbst gestellt. Kaum jemandem ist bekannt, dass Obdachlose täglich weite Strecken laufen, da sie viel organisieren müssen. Für sie ist die Weihnachtsfeier daher viel mehr als nur ein festliches Essen und heißer Kaffee. Die Tische sind nett gedeckt und die Mitarbeiter der Heilsarmee freundlich, niemand wird von oben herab behandelt. Die Obdachlosen sind dankbar dafür, dass sie an Heiligabend für ein paar Stunden in einem warmen Saal zur Ruhe kommen und sich satt essen können.

D. Jestrzemski

Frohe Glühwein-Schicht

Schon die Bergleute schätzten den Weihnachtsmarkt von Zwickau

Zwigge – so heißt unsere Stadt auf Sächsisch, ist eine weit unterschätzte Stadt im Herzen Deutschlands, die viel mehr Aufmerksamkeit verdiente“, sagt Stadtführer Hartmut mit Nachdruck. Er freut sich, dass die alten, häufig im neugotischen Stil erbauten Häuser nach der Wende originalgetreu restauriert wurden und die Altstadt erneut in ein echtes Schmuckstück verwandelten. Besonders jetzt in der Vorweihnachtszeit erstrahlt Zwickau in märchenhaftem Glanz.

Ein Bummel über den historischen Weihnachtsmarkt, der am ersten Advent eröffnet wurde, glänzt mit seinem Angebot filigraner Schnitzereien aus dem nahen Erzgebirge, lockt mit voigtländischer Volkskunst, handgefertigtem Spielzeug und Korbwaren. An den bunt bemalten Buden, die dicht gedrängt vor dem hell erleuchteten Rathaus stehen, genießen die Besucher zu einem Glas Glühwein für die Region typische Speisen. Wie wäre es mit einer Portion „Flecke“, einem Gericht aus Rind und Schwein, das in einem Gemüsesud aus Möhren und Zwiebeln gegart wird?

Festlich geschmückt präsentiert sich das nur einen Steinwurf entfernte Schloss Waldenburg, das eine Sammlung einmaliger Siegel beherbergt. Unlängst diente das elegante Gebäude als Filmkulisse für den Hollywoodstreifen „Grand Budapest Hotel.“ Berühmte Mimen, darunter Ralph Fiennes und Tilda Swinton, sollen den Drehort einfach „wonderful“ gefunden haben. Großen Anklang fand auch die Sächsisch-Thüringische Schokoladen-Manufaktur, die feinste Pralinen und Schokoladen herstellt. Kalorienbomben – aber unwiderstehlich.

„Raten Sie doch mal, welche zwei großen Deutschen in Zwigge geboren wurden.“ Hartmut blickt gespannt in die Runde. Dass Robert Schumann gebürtiger Zwickauer war, wissen fast alle. August Horch, den genialen Autobauer, kennen jedoch nur zwei gestandene Herren. Für sie ist das August-Horch-Museum ein Sehnsuchtsort. Allein deshalb lohnt eine Reise in die Region, sagen sie. Auf einer Fläche von 3000 Quadratmetern sind die prächtigsten Exponate sächsischen Automobilbaus zu bestaunen.

Der Steinkohlebergbau spielte über Jahrhunderte im „territorio Zcwickaw“ eine gewichtige Rolle. Die inzwischen geschlossenen Zechen besitzen heute lediglich musealen Wert. Ein Gang durch das Bergbaumuseum Oelsnitz im Erzgebirge lohnt aber immer.

Die traditionelle „Mettenschicht“ – die letzte vor Weihnachten gefahrene Schicht – macht die Besucher mit der gefährlichen Arbeit vertraut, die Männer und Frauen einst verrichten mussten. „Bevor sie nach Hause gingen“, erzählt der „Schichtführer“ und schiebt seinen Helm in den Nacken, „machten sie noch kurz einen Bummel über den Weihnachtsmarkt.“ Der war Anno dazumal genau so beliebt wie heute.

Uta Buhr

Ein Lichterglanz: Zwickauer Weihnachtsmarkt — Bild: action press

Der Zwicker Weihnachtsmarkt läuft bis zum 23. Dezember täglich ab 10 Uhr. www.zwickau.de

Eine Eselsbrücke für alle

Wie hätte die Weihnachtsgeschichte wohl ohne das Lasttier geendet?

Schon vor 6000 Jahren wurden Esel als Lasttiere in Ägypten gehalten. Natürlich nutzte man sie auch zum Reiten. Wem kommen dabei nicht Maria und Josef in den Sinn, die mit einem Esel auf den Weg nach Bethlehem waren? Wobei die schwangere Maria wegen des beschwerlichen Weges auf dem Esel reiten durfte.

Leider ist auch die Behauptung, Esel seien dumm und stur, genauso alt wie das Zusammenleben zwischen Eseln und Menschen. Eher zeugt es von menschlicher Dummheit, denn diese konnten das Verhalten des Esels nicht verstehen. Heute wissen wir es besser: Ein Esel flüchtet nämlich nicht wie die Pferde, wenn er Angst hat. Esel bleiben stehen. Sie haben ein ausgezeichnetes Gehör. Mit ihren langen und beweglichen Ohren versuchen sie, die Gefahrenlage zu sondieren. Ihr genaues Gehör sagt ihnen, ob sie weitergehen sollten oder nicht. So stehen sie zum Beispiel vor einer Flussbrücke und wollen nicht weiter. Das spiegelnde Wasser macht ihnen Angst.

Sehr häufig haben Menschen die gutmütigen Tiere geschlagen, weil sie nicht begriffen, dass das Zögern eine Schutzmaßnahme ist. Dabei sind wir Menschen diesen Graufellchen zu viel Dank verpflichtet. Früher gab es keinen Müller, der nicht seine Mehlsäcke per Esel zur Mühle transportierte. Esel haben Getreidemühlen angetrieben, schwerste Lasten geschleppt, Menschen auf Berge getragen. Egal, wie steil es war, denn sie sind kleiner und schmaler als Pferde und mit ihren hohen Hufen sehr trittsicher.

Esel spielen häufig eine große Rolle in Märchen. Auf Anhieb fallen einem die Bremer Stadtmusikanten oder der Goldesel ein. Man kennt den Spruch „Du dummer Esel“. Doch aufgemerkt: Esel begreifen schnell und können kleine Kunststückchen erlernen.



Genügsam: Esel sind mit karger Kost zufrieden — Bild: Friedrich

Sie gehören zur Pferdefamilie, sind aber viel kleiner. Es gibt verschiedene Rassen, und sie sind nicht immer nur grau. Erkennen kann man die Langohren an dem dunklen Strich auf dem Rücken und am weißgefärbtem Maul. Manche nennen das auch Mehlmaul, weil es aussieht, als ob sie ihre Nase ins Mehl gesteckt hätten. Esel sind sehr gesellig und beim Fressen anspruchslos. Oft genügt ihnen trockenes Gestrüpp.

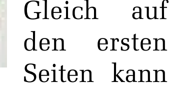
Sie stammen ursprünglich aus den bergigen Steinwüsten Nordafrikas. Deshalb können sie mehrere Tage ohne Wasser auskommen und sind mit wenig Futter zufrieden. Wer je einen Esel „Iaaah“ hat schreien hören, vergisst es nie wieder. Es klingt klagend und jammernd und ist ohrenbetäubend laut.

Die Knicke in Heften und Büchern bringt man mit Eseln in Verbindung, weil neugeborene Esel umgeklappte Ohren haben.

Eine Eselsbrücke ist nach unserem Verständnis eine Gedächtnishilfe. Der praktische Hintergrund dieses Begriffes: Um Esel doch zum Gehen über Wasser zu bewegen, wurden in alten Zeiten an geeigneten Stellen des Flusslaufes Eselsbrücken gebaut. Der griechische Gelehrte Euklid soll in der Geometrie seinen berühmten Basiswinkelsatz für gleichschenklige Dreiecke als „pons asinorum“, also Eselsbrücke bezeichnet haben. Ob das ins Reich der Phantasie gehört, ist umstritten. In der Literatur ist der Satz jedenfalls unter der Bezeichnung zu finden.

Silvia Friedrich





Von kuschelig bis tödlich

17 Beiträge zum Separatismus

Gleich auf den ersten Seiten kann der Herausgeber von „Unabhängigkeit! Separatisten verändern die Welt", mit einer beeindruckenden Zahl auftrumpfen: 1900 waren 40 Prozent der Erde von Nationalstaaten bedeckt, 2014 über 90. Herausgeber Marc Engelhard, Jahrgang 1971 und freier Journalist mit Arbeitsplatz in Brüssel, schließt daraus, dass der Separatismus Charakteristikum einer neuen Weltordnung sei. 14 Autoren, darunter auch Engelhard selbst, treten an, dies zu beweisen. Nicht explizit, aber ungefähr halten sie sich dabei an die Grundregeln des „nation building", der Nationenbildung: Ausgebildete Nationen schaffen sich einen Staat zwecks Ordnung und Verwaltung – Völkerreste (oder -trümmer) streben nach dem Staat, der ethnogenetische Defizite beheben soll.

Jedes Einzelkapitel zeigt auf einer Karte, von welcher Region die Rede ist, zudem sind alle auf einer Weltkarte verzeichnet. Die Samen in Lappland und die Frankokanadier in Québec bewohnen die flächenmäßig größten Regionen. Die Provinz Québec ist fünfmal so groß wie Deutschland. Lappland erstreckt sich über die Nordgebiete Norwegens, Russlands, Schwedens und Finnlands. Die Samen pflegen allerdings eine so friedlich ethno-regionale Autonomie, dass man sie kaum wahrnimmt – ebenso „kuschelig" sind die Autonomiebestrebungen der Südtiroler.

Die drei kleinsten „Staaten" verkörpern dagegen die tödliche Gefahr, die Separatismus bergen kann. Da ist erstens das winzige Kosovo, von wo (angeblich) 1,8 Millionen Albaner den ganzen West-Balkan terrorisieren. Seit 2008 haben sie einen Staat, dessen Haupteinnahmequelle der Handel mit Menschen, Drogen und Waffen ist. Ähnlich präsentiert sich Transnistrien, ein russisches Sezessionsgebiet im Nordosten der Moldau-Region, von Russland 1992 durch Krieg annektiert. Dort üben politkriminelle Strukturen Macht aus. Details schildert Thomas Franke in seinem Beitrag „Ein Phänomen, das Konflikt genannt wird". Die Tragik dahinter verschweigt er allerdings: Diese Region ist das altrumänische Besarabien. Seine Einwohner sind nicht „rumänischstämmig", sondern reine Rumänen, denen russische Willkür seit 25 Jahren die Wiedervereinigung mit Rumänien versagt, bis hin zum Verbot der lateinisch geschriebenen rumänischen Sprache.

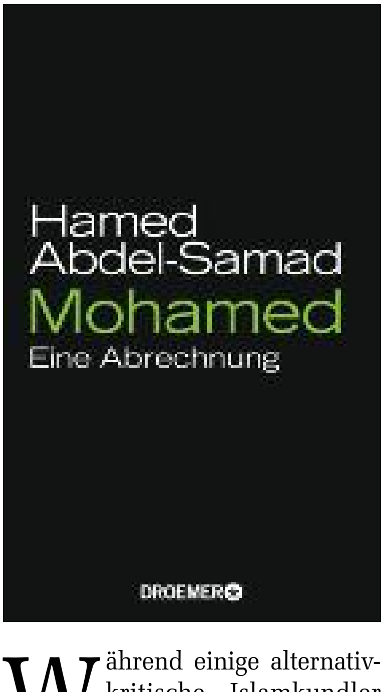
Zu Kriegen und Intifadas verleitet

Drittes Negativ-Beispiel ist Palästina, wo heillos zerstrittene Araber seit über 60 Jahren nur im Willen zur „Vernichtung Israels" einig sind, sich von diesem Willen auch ständig zu verlustreichen Kriegen, Bombenattentaten und „Intifadas" verleiten lassen. Zum Glück führt die „globale Staatenfamilie" (UNO) solche Gebilde nur als „bedingt anerkannte Staaten".

Leider erschwert die willkürliche Anordnung der Länderkapitel erhellende Vergleiche. Ebenfalls ein Leseerschwernis: Die Autoren, allesamt Mitglieder der Journalistenvereinigung weltreporter.net, scheinen sich oft unschlüssig darüber, ob sie nun Reportagen oder Fallstudien abfassen wollten. So bleibt manches offen. Wer war beispielsweise „Separatist", als Tschechen und Slowaken sich 1993 trennten? Wer ist „Separatist" im seit 1949 köchelnden Konflikt zwischen Festlandschinesen und Taiwan? Warum bleiben Slowenen und Kroaten unerwähnt, deren Sezession von Jugoslawien den dortigen Bürgerkrieg auslöste?

Wolf Oschlies

***Marc Engelhardt (Hg.): „Unabhängigkeit! Separatisten verändern die Welt",** Ch. Links Verlag, Berlin 2015, broschiert, 270 Seiten, 18 Euro*



Prophet mit Paranoia

Hamed Abdel-Samads brisantes Buch über Mohamed

Während einige alternativkritische Islamkundler heute die historische Existenz von Mohammed anzweifeln (siehe Seite 10), gehen die meisten anderen Fachleute sowie natürlich die Muslime selbst davon aus, dass der Prophet wirklich gelebt habe und die überlieferten Geschichten über sein Wirken der Wahrheit entsprechen. Wer sich diesen Standpunkt zu Eigen macht, sollte dann freilich alles zur Kenntnis nehmen, was die Quellen über Mohammed sagen. Einer, der dies versucht, ist der aus Ägypten stammende Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad, welcher in seiner Jugend vom Islamisten zum Islamkritiker mutierte und in diesem Zusammenhang dann auch die fulminante Streitschrift „Der islamische Faschismus" vorlegte, die ihm eine Todes-Fatwa vonseiten einiger Vertreter des angeblich so toleranten Islam eintrug. Trotzdem jedoch reicht er nun noch das ebenso brisante Buch „Mohamed. Eine Abrechnung" nach.

Hierin analysiert Abdel-Samad die Persönlichkeit und die Lebensgeschichte des Propheten und kommt zu dem Ergebnis, dass dieser „ein empfindsamer, gekränkter Außenseiter, ein permanent Enttäuschter von der Welt" gewesen sei. Die Familienverhältnisse seien daran schuld: Mohameds Vater Abd Allah starb bereits vor seiner Geburt. Später führte die frühzeitige Trennung von der Mutter zu Verlustängsten und verhinderte, dass sich ein sogenanntes Urvertrauen ausbildete. Ebenso belastend sollen aber auch die permanenten Zweifel der Zeitgenossen an der Abstammung Mohammeds aus dem adligen Clan der Haschimiten gewesen sein, wobei die Aussagen über den ehrwürdigen Stammbaum des Propheten ja tatsächlich nur dann Sinn ergeben, wenn man der Mär von der vierjährigen Schwangerschaft seiner Mutter Amina glaubt! Das alles, da ist sich der Autor sicher, führte zu einer erheblichen psychischen Instabilität. Sie bescherte dem damaligen Händler und Karawanenführer heftige Visionen, in deren Verlauf er göttliche Offenbarungen empfing, die dann im Koran überliefert wurden.

Auf jedwede Kritik reagierte er mit Mord

Als mögliche Ursache für „die Krankheit des Propheten" nennt Abdel-Samad Temporallappen-Epilepsie, welche typischerweise mit Hyperreligiosität sowie visuellen und akustischen Halluzinationen einhergeht, eine narzisstische Persönlichkeitsstörung mit Tendenz zur Manie, eine Zwangsneurose, die unter anderem die umfangreichen Gebets- und Reinigungsrituale erklärt, die Mohamed seinen Anhängern verordnete, sowie Paranoia – immerhin fühlte sich der Prophet ja permanent bedroht und witterte allerorten Attentäter.

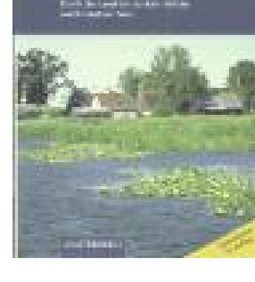
Darüber hinaus schildert Abdel-Samad, wie antisozial und gewalttätig der Begründer des Islam auftrat: So lebte er jahrelang von Raubüberfällen und führte dann noch in den letzten acht Jahren seines Lebens 80 Kriege. Gleichzeitig reagierte Mohamed auf jedwede Kritik mit Mord, wodurch das Bild eines Menschen entsteht, „der für seine politischen Ziele über Leichen ging". Damit, so der Verfasser, sei der Prophet natürlich außerstande gewesen, die Grundlagen für eine friedliche humanistische Gesellschaft zu schaffen. Und genau das hänge dem Islam eben auch heute noch an, denn letztlich habe der Prophet „die Züge seiner Persönlichkeit, die man durchaus krankhaft nennen könnte, an viele Muslime weitergegeben: Allmachtsphantasien und Größenwahn, Paranoia und Verfolgungswahn, Kritikunfähigkeit und Zwangsstörungen".

Abdel-Samad präsentiert also eine Vielzahl von aufschlussreichen Informationen und daran anknüpfenden negativen Schlussfolgerungen über den Menschen Mohamed. Jedoch tut er dies leider in einer sehr ungeordneten Form, welche die Lektüre erheblich erschwert – seinem Buch ermangelt es ganz deutlich an Struktur und Systematik. So beginnt die Darstellung gleich mit dem Tode des Protagonisten und behandelt dann nacheinander folgende Themen: Mohameds zweifelhafte Abstammung und die daraus resultierende Identitätskrise, seine brutale Kriegführung und sein gestörtes Verhältnis zu Frauen, die seltsamen Umstände der Offenbarung des Korans, Mohamed und die Juden sowie die psychischen Leiden des Propheten. Das heißt, Abdel-Samad geht weder chronologisch vor noch nach sinnvoll aneinandergereihten Sachgesichtspunkten. Offenbar wurde der Islamkritiker hier von seinem eigenen Furor mitgerissen.

Nichtsdestotrotz ist das Buch ein wichtiger Beitrag zur Debatte über die wahre Natur des Islam: Wenn die Worte und Taten Mohameds heute immer noch die Richtschnur für Milliarden von Muslimen sind und deren Welt- und Gesellschaftsbild bestimmen, dann sollten wir uns diesen Propheten und seine dunklen Seiten schon sehr genau anschauen. Das haben bereits viele Leser. Das Buch schaffte es sogar auf die „Spiegel"-Bestsellerliste.

Wolfgang Kaufmann

***Hamed Abdel-Samad: „Mohamed. Eine Abrechnung",** Droemer Verlag, München 2015, 240 Seiten, gebunden, 19,99 Euro*



Ostpreußen in Bunt

Ein Klassiker unter den Reiseführern erscheint im neuen Gewand

Es gibt sehr viele Reiseführer über Ostpreußen, Westpreußen und Danzig. Aber nur einen Hardenberg. Der Reiseführer von Gerd Hardenberg ist der Klassiker. Mehr als 66 000 Exemplare, so liest man im Vorwort, haben bisher Reisenden als Wegweiser gedient. Jetzt ist die 13. aktualisierte Auflage mit vielen neuen, diesmal ausschließlich bunten Fotografien erschienen, und die Zeiten haben sich sehr geändert: Als die erste Auflage des Reiseführers herauskam, war es noch riskant, Reiseführer über die polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete zu schreiben. Deswegen wählte der vielen Ostpreußen bekannte Autor Gerhard Prengel damals auch den Decknamen „Gerd Hardenberg". Seit 1975 hat er dieses Land jedes Jahr mit Auto und Boot durchfahren, durchwandert und auch Reisegruppen durch dieses Land geführt.

Der neue Reiseführer beschreibt Danzig, die Frische Nehrung, das Land westlich der Weichsel, die Marienburg, Elbing und das Umland, das östliche Weichsel- und Nogattal, das Kulmer Land, das Oberland, das Ermland, das Bartener Land und nicht zuletzt Masuren. Wohltuend für deutsche Leser ist die deutsche Benennung der Orte. In Klammern sind selbstverständlich auch die polnischen Ortsbezeichnungen angegeben.

Was Touristen sonst verborgen bleibt

Der Reiseführer geht sehr ins Detail. Die Geschichte ist in den einzelnen Abschnitten verständlich geschildert. Baudenkmäler und sehenswerte Landschaften werden vorgestellt. Zahlreich sind die Hinweise auf besondere Naturschönheiten, die anderen Touristen verborgen bleiben. Leicht zu finden sind sie mit den einfachen und klaren Wegbeschreibungen Prengels zudem. Selbst Fußwege werden so gut erklärt, dass man sich nicht verlaufen kann.

Einen breiten Raum nimmt auch das Paddeln auf verschiedenen Flüssen und Seen ein. Kein Wunder, der Autor des Reiseführers, ein passionierte Paddler, hat alle Strecken selbst befahren. Besonders Masuren ist für Paddler ein Naturparadies.

Das Fazit: Diesen Reiseführer sollte man im Gepäck haben, wenn der Weg gen Osten führt.

Gerd Bandilla

***Gerd Hardenberg: „Reiseführer Polen – Ostpreußen, Westpreußen und Danzig",** Rautenberg Verlag, Würzburg 2015, broschiert, 288 Seiten, 14,95 Euro*

Weihnachtslieder, Winterfreuden, Waisenväter

Zum Verschenken oder zum Selberlesen: Zwei besonders schön und aufwendig gestaltete Bücher bieten besinnliche Adventslektüre

Stets zur Adventszeit hören und singen wir die wunderbaren Weihnachtslieder mit ihren anrührenden Melodien und Texten. Dass sich hinter fast allen eine interessante Entstehungsgeschichte verbirgt, wissen wohl die wenigsten. In einem schön gestalteten, kleinformatigen Band mit dem Titel „Weihnachten überall" hat der österreichische Autor, Musikwissenschaftler und Lieddichter Michael Korth die schönsten Weihnachtslieder mit ihren Notensätzen herausgegeben und jeweils einen Textbeitrag über ihren Ursprung beigefügt. Herausgekommen ist eine gelungene Mischung aus Kulturgut und Kulturgeschichte. Wer beispielsweise nicht wusste, wie das Lied „O du fröhliche" entstanden ist, erfährt es hier: „Der Weimarer ,Waisenvater' Johannes Daniel Falk (1768–1826) gründete, nachdem er vier seiner sieben Kinder verloren hatte, das Rettungshaus für verwahrloste Kinder. Für die dort wohnenden Kinder dichtete er sein Lied ,O du fröhliche'."

Je nach ihrer inhaltlichen Ausrichtung sind die Lieder in zwölf Kapiteln zusammengefasst, von „Advent" und „Bald ist Nikolausabend da" bis „Christi Geburt" und „Die drei Könige aus dem Morgenland". Jedem Kapitel ist ein informativer, mit Anekdoten angereicherter Artikel des Autors vorangestellt sowie Gedichte von so berühmten Poeten wie Theodor Storm, Joseph von Eichendorff, Hoffmann von Fallersleben oder Rainer Maria Rilke. Zu empfehlen ist dieses hübsche und handliche Buch für die Weihnachtszeit keineswegs nur, aber ganz besonders Eltern, Großeltern und Lehrern.

Ebenfalls im Hoffmann und Campe Verlag erschien ein schmaler Band mit neun Erzählungen von Siegfried Lenz (1926–2014). Herausgeber des aufwendig in Leinen gebundenen Büchleins „Eine Art Bescherung. Weihnachts- und Wintergeschichten" ist der Verlagsleiter Daniel Campa. Seit 1951 veröffentlichte Siegfried Lenz seine Romane, Erzählungen, Essays und Bühnenwerke ausschließlich im Hoffmann und Campe Verlag. Die vorliegenden Erzählungen entstanden zwischen 1951 und 1968. Textgrundlage der Auswahl ist die Ausgabe „Siegfried Lenz: Die Erzählungen" von 2006. Für Kenner und Liebhaber des Werkes von Siegfried Lenz, Verfasser berühmter Romane wie „Heimatmuseum" und „Deutschstunde", bietet sich hier also womöglich nichts oder nur wenig Neues. Es sei denn, man möchte diesen literarischen Schatz noch einmal heben oder aber verschenken, zumal einige der ernsten und heiteren Geschichten die Heimat des Autors reflektieren: Masuren mit seinem Reichtum an Seen und Wäldern.

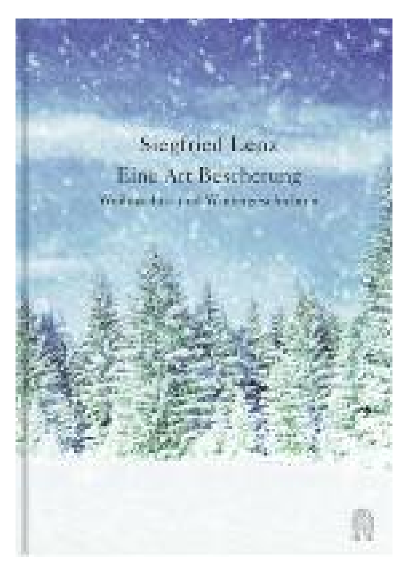
Von den Winterfreuden in seiner Kindheit und vom Eisfischen auf dem Lyck-See erzählt Lenz zum Beispiel in „Die Schärfe der Kufen" und „Eisfischen oder Was man mit Hechten erleben kann".

Ein Hinweis auf den geringen Umfang des Lesestoffs ist allerdings unerlässlich. Trotz Großdrucks ergeben sich noch nicht einmal 100 Seiten. Den Texten schließt sich eine Zeittafel zu Leben und Werk von Siegfried Lenz an sowie eine Auflistung seiner Ehrungen, Preise und Auszeichnungen.

Dagmar Jestrzemski



***Michael Korth: Fröhliche Weihnacht überall. Die schönsten Weihnachtslieder und ihre Geschichten,** Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2015, gebunden, 128 Seiten, 16 Seiten*



***Siegfried Lenz: „Eine Art Bescherung. Weihnachts- und Wintergeschichten",** Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2015, gebunden, 112 Seiten, 15 Euro*

MELDUNGEN

Rücktritt trotz Entschuldigung

Magdeburg – Der Vorsitzende des Philologenverbandes von Sachsen-Anhalt, Jürgen Mannke, ist zurückgetreten. Mannke hatte in der Verbandszeitung eine „Immigranteninvasion“ beklagt und Schülerinnen vor leichtfertigem Umgang mit jungen Immigranten gewarnt. Obwohl er sich später für seine Wortwahl entschuldigte, schlugen etliche Medien so heftig auf ihn ein, dass die Schüler seines Gymnasiums von einer „Hetzjagd“ sprechen. Schüler und Eltern seiner Schule hatten sich hinter Mannke gestellt. *H.H.*

SPD: Bespitzelt eure Nachbarn!

Berlin – Die SPD im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat 10000 frankierte Postkarten drucken lassen, mit denen die Bürger Vermieter von irregulären Ferienwohnungen denunzieren sollen. 90 Prozent der Anbieter solcher Wohnungen sind laut „B.Z.“ Privatpersonen, die auf diese Weise ihr Gehalt oder ihre Rente aufbessern. Kritiker erinnert die Aktion an das DDR-Spitzelsystem. *H.H.*

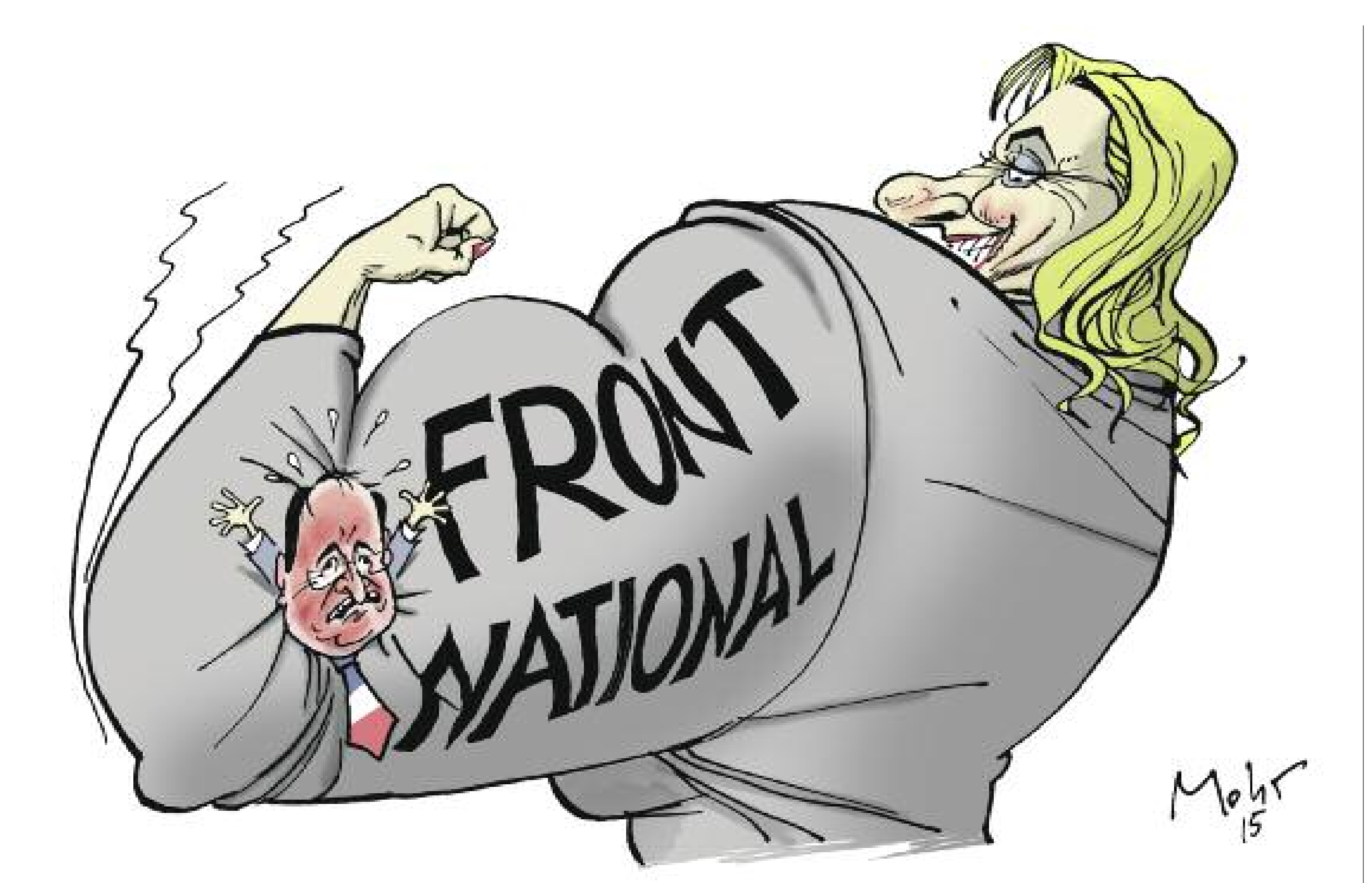
ZUR PERSON

Ein »Charakter aus Stahl«

Von einem „politischen Erdbeben“ sprechen die Medien nach dem erdrutschartigen Sieg des „Front National“ in Bezirken, in denen die Parteivorsitzende Marine Le Pen und ihre Nichte **Marion Maréchal-Le Pen** für die Regionalwahlen in Frankreich angetreten sind. Während Marine in der Region Nord-Pas-de-Calais-Picardie mit 42 Prozent im ersten Wahlgang einen klaren Sieg verbuchte, könnte auch ihre Nichte Maréchal-Le Pen im zweiten Durchgang in der südfranzösischen Region Provence-Alpes-Cote d'Azur ein ähnlich deutliches Ergebnis erlangen. Beim ersten Durchgang erhielt sie 41 Prozent der Stimmen und dürfte auch die Stichwahl gewinnen. „Sie ist die gefährlichste der Le Pens“, schimpfte ihr Gegenkandidat Christian Estrosi, der für Sarkozys „Republikaner“ kandidierte. Ihren politischen Erfolg habe die 25-jährige Marion vor allem ihrem attraktiven Äußeren zu verdanken.

Auf die Idee, dass die angehende Juristin und Mutter einer kleinen Tochter mit politischen Inhalten den Nerv vieler Franzosen getroffen haben könnte, kommen die etablierten Politiker in Frankreich offenbar ebenso wenig wie ihre Kollegen hierzulande. Maréchal-Le Pen vertritt zu den Themen Immigration und Islam die gleichen als radikal geltenden Ansichten wie ihr Großvater Jean-Marie. Sie fordert von Muslimen, sich die Sitten und Lebensart der Franzosen zu eigen zu machen. Die praktizierende Katholikin ist gegen Abtreibung und Homoehe und kündigte an, Familienberatungsstellen, die Abtreibung als banalen Eingriff bezeichneten, die Gelder zu entziehen. Anders als Tante und Großvater ist sie gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe. In einigen Punkten distanziert sich Marine Le Pen von ihrer Nichte, hält aber viel von ihr. Sie habe eben einen „Charakter aus Stahl“. *M. Rosenthal-Kappi*





Le Pens Rechts-Druck

Der wahre Terror

Wieso Ausgrenzer Ausgrenzung beklagen, weshalb Marine le Pen genauso gefährlich ist wie der IS, und warum die Polen Nazis sind / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Donnerschlag, das hat gesessen! Das Ergebnis der ersten Runde der französischen Regionalwahlen wirbelt die Mächtigen in Europas Hauptstädten kräftig durcheinander. Mit 28 Prozent ist Marine Le Pens „Front National“ (FN) stärkste Partei geworden, vor den konservativen Republikanern und den Sozialisten.

Die Kommentatorin einer deutschen Tageszeitung bringt die Stimmung auf den Punkt: „Frankreich steht unter Schock.“ Das klingt alarmierend – und eigenartig: Unter Schock? Warum denn? Also nochmal: Der FN ist stärkste Partei geworden, er hat damit die relative Mehrheit der französischen Wähler hinter sich gebracht. Warum sollten die denn jetzt schockiert sein? Etwa, weil die von ihnen angekreuzte Partei auch gewonnen hat?

Wenn Frankreich, sprich: ganz Frankreich, „unter Schock“ steht, kann das nur heißen, dass die deutsche Kommentatorin die FN-Wähler einfach nicht mehr dazu zählt. Sie haben durch ihre falsche Wahl gleichsam das Recht verwirkt, auch „Frankreich“ zu sein.

Um diesem brutalen Akt der Ausgrenzung die Krone aufzusetzen, erzählt uns die Journalistin noch, was sie vom FN an Schrecklichem befürchtet, nämlich, dass er „undemokratische Gleichschaltung und Ausgrenzung von Andersdenkenden“ betreiben werde.

Das muss man erst mal fertigbringen: Erst grenzt sie die stimmenstärkste Partei völlig aus dem Land aus, dann wirft die Kommentatorin den von ihr Ausgegrenzten vor, sie betrieben Ausgrenzung. Und unter totaler Missachtung der relativen Mehrheit behauptet sie pauschal, Frankreich stehe unter „Schock“, um danach den Anführern jener relativen Mehrheit „undemokratische Gleichschaltung“ vorzuhalten. Spinnt die?

Sicher, und dennoch ist der Artikel ausgesprochen lehrreich. Er macht nämlich den Blick frei auf das wüste Jammertal, in dem sich der etablierte deutsche Debattenzirkus verlaufen hat. Die Kollegin bemerkt den himmelschreienden Widerspruch in ihren Zeilen gar nicht, sonst hätte sie das ja nicht so geschrieben. Die Frau stellt keinen Einzelfall dar, sondern steht beispielhaft für die verkorkste Denk- und Diskutierweise, die unser Land so starr und so stickig gemacht hat. Mit denen, die sich nicht der herrschenden Richtung, dem „Mainstream“, unterwerfen wollen, wird nicht diskutiert, die werden für nicht existent erklärt oder als Schreckgespenst missbraucht. Je lauter die Tonangeber in diesem Heuchlerspiel ihre „Weltoffenheit und Toleranz“ feiern, desto aggressiver gehen sie auf jeden Abweichler los.

Und Vorsicht: Wenn jemand ständig erklärt, er sei „Demokrat“, dann war das früher eher ermüdend – nach dem Motto: Demokraten sind wir doch alle, also warum kehrst du das derart heraus? Das war einmal. Heute ist solcherlei Selbstbeweihräucherung ein Grund, misstrauisch zu werden. Denn in unserer verschrobenen Zeit streichen viele Leute ihr Demokrat-Sein nur deshalb so penetrant heraus, weil sie auf diese Weise ihren Gesprächspartner unterjubeln wollen, er sei keiner. „Also hören Sie mal, ich bin schließlich Demokrat!“ bedeutet: „Ich bin Demokrat – im Gegensatz zu Ihnen!“

> Grenzkontrollen, eine eigene Währung und nationale Identität – wer das empfiehlt, ist ein »Brauner«

Dass solche Anmaßung meist selbst zutiefst undemokratisch ist, stört niemanden, wie uns eine andere deutsche Tageszeitung in ihrer Reaktion auf das französische Wahlergebnis vor Augen führt. Das Blatt fordert, dass viel schärfer gegen Parteien und Strömungen wie den FN vorgegangen werden müsse. Vor dem Hintergrund des in Frankreich nach den Attentaten verhängten Notstands zetert die Zeitung, es sei „höchste Zeit, gegen den verhängnisvollen Fatalismus angesichts des Vormarschs der rassistischen und reaktionären Rechten einen anderen, politischen Notstand der Mobilisierung zu erklären: Es geht dabei um dieselbe Freiheit, die von der Gewalt islamistischer Fanatiker bedroht wird.“

Rumstata! Der FN ist für die Freiheit genauso gefährlich wie jene fanatischen, radikal-islamischen Massenmörder, welche gerade 132 unschuldige Menschen in den Tot gerissen haben. FN, das das sind Monster. Und was macht sie so schrecklich? Das können wir wieder dem erstgenannten Kommentar entnehmen. Dort steht nämlich, wieso Le Pens Partei in Wahrheit „eher braun“ aussehe. Nämlich, weil sie für die „Schließung der Grenzen, die Rückkehr zum Franc, die nationale Rückbesinnung auf die eigene Identität“ einstehe und damit für die „Abschottung Frankreichs nach außen“.

Mit „Schließung“ ist natürlich die Kontrolle und der Schutz der Grenzen gemeint. Dass man Frankreich künftig weder betreten noch verlassen darf (das würde „Schließung“ bedeuten), hat der FN nirgends gefordert. Fassen wir also zusammen: Wenn Sie die D-Mark dem Euro vorziehen, unsere Grenzen kontrolliert sehen wollen und wenn Sie obendrein eine Rückbesinnung auf unsere Identität als Deutsche für empfehlenswert halten, dann sind Sie ein „Brauner“, gegen den nur noch eine notstandsgerechte „Mobilisierung“ hilft.

Wie die „Mobilisierung“ im Alltag aussehen kann, hat der lettische Regisseur Alvis Hermanis im Hamburger Thalia-Theater erkunden dürfen (siehe Seite 2). Dort hat er es gewagt, im Hinblick auf den Pariser Terror eine andere Meinung zur Zuwanderung zu vertreten als es die „Refugees Welcome“-Linie des Hauses vorsieht. Hermanis lebt mit seinen sieben Kindern in der französischen Hauptstadt und berichtete den Hamburgern vom Klima der Angst nach den Anschlägen, davon, dass die jüdische Gemeinde von dieser Angst getrieben bereits die Stadt verlasse. Da ein Attentäter offenbar als „Flüchtling“ über Bayern eingesickert war, wollte er die pauschale Befürwortung offener Grenzen nicht mehr unterstützen und fragte: „Ist es immer noch ein Tabu, in Deutschland Einwanderung und Terrorismus zu verknüpfen?“

Nun muss man wissen, dass sich das Thalia-Theater emsig engagiert für Zuwanderer und auch gern Stücke spielt, welche die „richtige“ Meinung zum Thema verkünden – und zwar nur die „richtige“. Hermanis schildert seine Begegnung in einer öffentlichen Erklärung: „Nachdem ich mit den Menschen vom Thalia sprach, wurde mir klar, dass sie nicht offen für gegensätzliche Meinungen waren.“

Daher hat der Lette eine für April angesetzte Inszenierung im Thalia nun abgesagt, denn „sie [die Thalia-Leute] identifizieren sich mit einem Refugee-Welcome-Center. Daran will ich nicht teilnehmen.“ Spitz fragt er die Hamburger in seiner Erklärung: „Glauben Sie wirklich, dass 40 Millionen Einwohner in Polen, zum Beispiel, Neonazis und Rassisten sind?“

Die Antwort kann er haben: Selbstverständlich glauben wir das! Mehr noch: Wir wissen es sogar! Schließlich wollen die Polen den Zloty behalten, ihre Grenzen kontrollieren und obendrein legen sie großen Wert auf ihre nationale Identität, auf die sie sich nicht einmal „zurückbesinnen“ müssen, weil sie ihnen ohnehin schon immer höchst präsent war.

Unsere Zukunft könnte recht merkwürdig aussehen, wenn in Frankreich und anderen Ländern der EU wie jetzt schon in Polen oder Ungarn die „rassistischen und reaktionären Rechten“, also die „eher Braunen“ das Ruder übernehmen und Deutschland als einziges Land übrig bleibt mit seiner Vorstellung von „Weltoffenheit“, mit „Refugees Welcome“, seiner „politischen Mobilisierung“, dem Euro und der Verdammung von nationaler Identität.

Wir würden zu einer Art Freigehege mit fetten Futtertrögen, ein weißer Fleck auf der ansonsten bunten europäischen Landkarte. Bevölkert von einem faden Panoptikum salbadernder Besserwisser, die alle die gleiche Meinung haben, weil sie jeden ausgrenzen, der anders, oder genauer, der überhaupt noch selber denkt. Wir müssen uns vielleicht nur ein Land vorstellen, in dem alle so reden wie Katrin Göring-Eckardt, Joachim Gauck oder Angela Merkel. Dann begreifen wir, warum Alvis Hermanis „daran nicht teilnehmen“ will.

MEINUNGEN

Der „Focus“ (3. Dezember) zitiert den russischen Präsidenten ***Wladimir Putin****, der in seiner Rede an die Nation eine pittoreske Erklärung für die* ***Handlungsweise*** *seines türkischen Kollegen* ***Recep Tayyip Erdogan*** *gefunden hat:*

„Vielleicht weiß nur Allah, warum sie das gemacht haben. Allah beschloss, die regierende Clique in der Türkei zu bestrafen, und hat sie um den Verstand gebracht.“

Die „Welt“ (4. Dezember) zitiert den Kabarettisten ***Dieter Nuhr****, der die Ödnis und die* ***Krise des deutschen Kabaretts*** *(wie etwa der „heute Show“) auf die festgefahrene Gesinnung der Macher zurückführt:*

„Die Linke, die sich früher als intellektuelle Elite empfunden hat, ist heute weitgehend mit der Pflege der über Jahrzehnte erarbeiteten Vorurteile beschäftigt. In diesem Denksystem hat immer der Deutsche und der Amerikaner schuld zu sein. Wenn das nicht der Fall ist, tritt große Ratlosigkeit ein. Bei vielen hat sich die Nähe des Islamismus zum Faschismus noch nicht herumgesprochen. Deshalb haben sie Schwierigkeiten, das Geschehen in ihr einfaches Deutungssystem einzupflegen.“

Thomas Rietschel *sieht das* ***Nein*** *der Hamburger* ***zu Olympia*** *als Zeichen für die Haltung der Bürger zu ihrer politischen Führung. Im Autorenportal „Achse des Guten“ (1. Dezember) warnt er:*

„Der Europadampfer, auf dem wir schlingern, ist leckgeschlagen, da mag Martin Schulz auf der Brücke herumhampeln wie er will. Dieses autoritäre Gebaren wirkt bloß noch peinlich, so anachronistisch wie die quasi absolutistischen Verhältnisse der Merkel-Monarchie hierzulande. Wo es sich frei äußern kann, ohne medial angepöbelt zu werden, zeigt das Volk den Oberen längst schon die kalte Schulter, größerenteils. Hamburg war ein Menetekel, das vielen zu denken geben sollte, und ein Zeichen zudem, das Hoffnung macht.“

Der Berliner Historiker ***Jörg Baberowski*** *geißelt in der „Huffington Post“ (7. Dezember) das* ***Gebaren deutscher TV-Journalisten*** *in der Asylfrage:*

„Journalisten treten auf wie Hofberichterstatter, sie stellen keine kritischen Fragen, sondern verstehen sich als verlängerter Arm der Kanzlerin und ihrer Strategie. Sie machen Politik mit Bildern von Kindern und Frauen, berichten mit brüchiger Stimme und bedienen Gefühl und Ressentiment ... Wer immer in Deutschland anders spricht, als es die veröffentlichte Meinung von ihm erwartet, wird mit der Nazi-Keule zum Schweigen gebracht.“

Henning Hoffgaard *sieht auf Bundesregierung und EU-Kommission nach dem* ***Le-Pen-Sieg*** *schwere Zeiten zukommen. In der „Jungen Freiheit“ (7. Dezember) kommentiert er:*

„Nicht Frankreich wurde mit dieser Wahl in der EU isoliert, sondern Deutschland. Die Politik der offenen Grenzen, wie sie Angela Merkel gegen jede Vernunft praktiziert, ist außerhalb Deutschlands am Ende. Die Brüsseler Bürokraten und ihre feuchten Träume von einem Großeuropa stehen vor dem Scheitern.“